NEUE ZEIT

Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

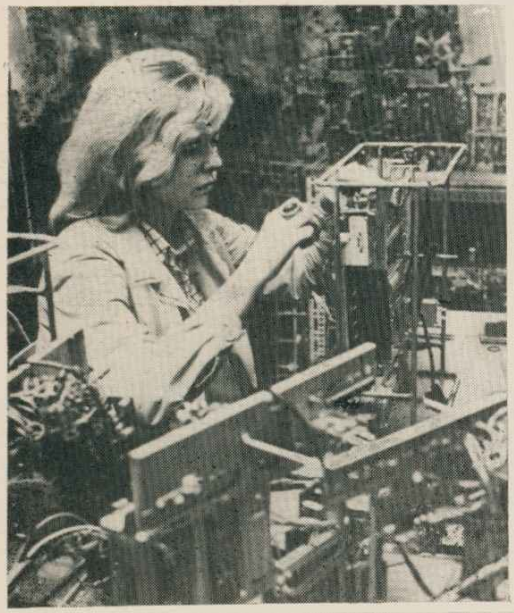
SIEBEN TAGE WELTPOLITIK

30

JULI 1977

GARANTIERTES RECHT AUF ARBEIT

OPEC: Kompromiß hebt Probleme nicht auf ★ BURMA KONKRETISIERT SEINEN KURS ★ Eine Insel namens Raoul





TAG DER WIEDERGEBURT POLENS







SOWJETUNION IM BILD

Hier standen einmal fünf Dörfer — mit Holzhäusern. Der Boden war nicht reich, und die Ernten fielen entsprechend aus. Am 12. Januar 1972 hoben Bagger die ersten Kubikmeter Boden aus: Der Bau des Traktorenwerkes von Tscheboksary hatte begonnen.

Heute ist dieses Objekt an der Wolga, in der Tschuwaschischen ASSR, in der Sowjetunion ein Begriff. Das Werk produziert 330-PS-Traktoren.

Die Einwohner der alten Dörfer, wo das Werk emporwuchs, zogen in neue Häuser um, viele arbeiten im Traktorenwerk oder auf dem Baugelände. Das Traktorenwerk von Tscheboksary wächst. Neue Werkhallen entstehen, Maschinen werden montiert.

Unsere Bilder: Der Bauarbeiterbrigadier des Tscheboksaryer Industrietraktorenwerkes, der Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR A. Sacharow ◆ So sehen die 330-PS-Traktoren aus.

Fotos W. Kruglikow



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

ENTSPANNUNG WIRD SICH DURCHSETZEN

Die europäische und internationale Presse schreibt heute viel über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Die entstandene Stokkung ruft Besorgnis hervor. Tatsächlich machen diese Beziehungen jetzt nicht gerade ihre beste Zeit durch. Doch darf man die Situation nicht dramatisieren, vielmehr gilt es, Ausdauer und Geduld an den Tag zu legen. In Genf verhandeln die UdSSR und die USA über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen und halten (unter Beteiligung Großbritanniens) Konsultationen über das totale Verbot der Kernteste ab; der Meinungsaustausch über eine Beschränkung der Rüstungen im Indikraum soll fortgesetzt werden, auch sonstige konkrete Themen sind Gegenstand der Diskussion. Auf jeden Fall gibt man in Moskau die Hoffnung nicht auf, daß die politische „Eklipse" (ähnlich der elektrischen in New York) zu Ende gehen und daß dort der konstruktive Kurs wiederaufgenommen werden wird.

Worauf beruht eine solche Hoffnung? Selbstverständlich nicht darauf, daß jemand Gnade vor Ungnade gehen läßt. Vielmehr darauf, daß sich Realitäten und Imperative des nuklearen Zeitalters nicht zur Seite schieben lassen und daß jeder nüchtern denkende Politiker ihnen schließlich Rechnung tragen wird, wenn er nicht bankrott gehen will. Die Entspannung duldet keinen Abfall von ihrem Kurs. Erinnert sei hier an Gerald Ford, der dem Militär- und Industriekomplex ein Zugeständnis machte und versuchte, selbst das Wort Entspannung aus seinem Wortschatz zu bannen.

Die „Habichte" möchten auch die gegenwärtige Washingtoner Administration zur Aufgabe der Entspannung veranlassen. Kürzlich verlautete es in der USA-Hauptstadt: Eine hohe Amtsperson erklärte, die UdSSR-Politik des Weißen Hauses formulierend: „Das Wort Détente gefällt uns nicht." Diesem Politiker imponiert mehr eine „regulierte Rivalität".

Ob das Wort oder das Phänomen Entspannung jemandem gefällt oder nicht, dieser Prozeß geht weiter. Mehr noch, er herrscht auf dem internationalen Schauplatz trotz aller Hindernisse vor. Doch wäre es ein Irrtum zu glauben, die Entspannung werde sich von allein entwickeln; erst recht wäre es falsch, die eventuellen Gefahren zu unterschätzen.

Denn sie bestehen. Vor allem sind es Versuche, sich unter der Flagge des Kampfes um die Menschenrechte in fremde innere Angelegenheiten einzumischen; solche Versuche will man zu einem Bestandteil und einem vorrangigen Ziel der Außenpolitik machen. Über diese Gefahr sind alle Menschen besorgt, die sich für die Entspannung einsetzen. Die Logik des „Kampfes um die Menschenrechte" kann nämlich den einen oder anderen ins Lager der Entspannungsgegner führen (und tut es bereits). Ein so erfahrener Politiker wie Willy Brandt ist nicht von ungefähr darüber beunruhigt, daß solche Leute ihre Pläne an den Chef des Weißen Hauses knüpfen, in der Hoffnung, er könne „gegen Entspannung in Anspruch genommen werden". Willy Brandt meint allerdings, daß diese Leute „sich irren". Schön wäre es.

Eine Gefahr für die Entspannung sind auch die neuen Programme des Pentagon, besonders die geplante Ausrüstung der amerikanischen (und nicht nur der amerikanischen) Truppen mit den Kreuzerraketen und Neutronensprengköpfen. Auch hier sieht man: Die Anhänger einer „regulierten Rivalität" haben nicht den Wunsch, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um das Wettrüsten einzustellen. Ganz im Gegenteil. Es ist die Haltung eines Glückspielers, wenn man sich in der Hoffnung wiegt, die USA würden „jedes Rüstungsrennen gewinnen" *(Washington Post)*. Dabei zeugt die ganze Nachkriegsentwicklung davon, daß es Wunschdenken ist.

Die Rivalität, die angesichts des Bestehens der beiden Welten unvermeidlich ist, läßt sich noch regeln. Nicht die Feindschaft. Sie wird von Leuten, die die Menschheit unter dem Damoklesschwert eines Kernkriegs leben lassen wollen, angepeitscht. Die Sowjetunion fordert dazu auf, die Rivalität in einem Bereich, wo sie sinnlos, verschwenderisch, gefährlich ist — im Wettrüsten — aufzugeben. Sie fordert auf, die Entspannung durch ausgeglichene und zuverlässige Sicherheit zu untermauern, und diese ist nicht durch Mehrung, sondern durch Vernichtung der Waffen herbeizuführen.

Diese Handlungsweise bedeutet, daß die UdSSR sich an die Prinzipien und Normen der Entspannung hält, sie materialisiert, vervollkommnet und festigt. Solche wirksamen Mittel stehen auch den Leuten durchaus zur Verfügung, denen die Entspannung heute „nicht gefällt". Man muß nur den Wunsch haben. Die Entspannung läßt sich nämlich durch nichts anderes, „Passenderes" ersetzen. Aus Verschulden ihrer Gegner hat sie schon viele Prüfungen bestehen müssen. Sie wird auch die heutigen Schranken niederreißen.

WOCHENSCHAU

Am 18. Juli wurde im Moskauer Kreml-Kongreßpalast das Internationale Kinderfestival „Immer scheine die Sonne!" feierlich eröffnet. An ihm nahmen etwa 2000 Delegierte von Kinderorganisationen aus fast 100 Ländern und ebenso viele sowjetische Kinder teil. Leonid Breshnew richtete an die Festivalteilnehmer folgende Grußadresse: „Es freut mich, daß Ihr alle, die Ihr zu Eurem Festival zusammengekommen seid, ein Beispiel dafür gebt, wie man schon in der Kindheit lernen muß, in Frieden und Freundschaft zu leben sowie gemeinsam für die Verwirklichung der besten Hoffnungen und Bestrebungen zu kämpfen."

Am 14. Juli schickte Leonid Breshnew ein Glückwunschtelegramm an den Präsidenten der Französischen Republik, Valéry Giscard d'Estaing, anläßlich des französischen Nationalfeiertages, des Tages der Erstürmung der Bastille. Im Telegramm wird insbesondere Genugtuung darüber geäußert, daß das kürzliche Gipfeltreffen überzeugend die Entschlossenheit der Sowjetunion und Frankreichs demonstriert hat, fest den Kurs der Eintracht und der beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zu steuern.

Am 17. Juli beging Afghanistan seinen Nationalfeiertag, den 4. Jahrestag der Republik. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten aus diesem Anlaß ein Telegramm an den Präsidenten der Republik Afghanistan, Mohammed Daud, in dem sie ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, daß sich die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Afghanistan auch weiter festigen und erweitern werden.

Am 18. Juli traf das Mitglied des Politbüros, der zweite Sekretär des ZK der KP Kubas und Minister der Revolutionären Streitkräfte der Republik Kuba, Armeegeneral Raúl Castro Ruz zu einem inoffiziellen Besuch in Moskau ein.

Am 16. Juli kehrte eine sowjetische Gewerkschaftsdelegation unter dem Vorsitzenden des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften, Alexej Schibajew, die auf Einladung des Ungarischen Gewerkschaftsrates in Ungarn geweilt hatte, nach Moskau zurück. Am 13. Juli war sie vom Ersten Sekretär des ZK der USAP, János Kádár, empfangen worden.

Am 14. Juli fand in Iwano-Frankowsk die Schlußveranstaltung des Freundschaftsfestivals der Völker der sozialistischen Länder statt, die am Bau der Ferngasleitung Orenburg—Westgrenze der UdSSR teilnehmen. Das Festival war am 5. Juli in Orenburg eröffnet worden. Die Festivalteilnehmer nahmen einstimmig eine Grußbotschaft an Leonid Breshnew an.

Das Sowjetische Komitee der Kriegsveteranen trat am 16. Juli mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der es heißt, daß in einer Reihe westeuropäischer Länder bei Duldung der Behörden und offener Unterstützung seitens gewisser NATO-Kreise neonazistische und faschistische Organisationen ihre Tätigkeit aktiviert haben und unverhohlen eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges verlangen. In der Erklärung wird betont, daß die sowjetischen Kriegsveteranen unversöhnliche Gegner des Faschismus waren und bleiben.

Am 18. Juli ging der offizielle Freundschaftsbesuch einer Partei- und Regierungsdelegation der Sozialistischen Republik Vietnam unter dem Generalsekretär des ZK der KPV, Le Duan, und dem Ministerpräsidenten der SRV, Pham Van Dong, in der VDR Laos zu Ende.

Am 15. Juli beendete der Vorsitzende des Ministerrates der VR Bulgarien, Stanko Todorow, seinen Freundschaftsbesuch in der DDR. Im Schlußkommuniqué, das von ihm und dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, unterzeichnet ist, heißt es, daß sich die brüderliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR Bulgarien, die auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus basiert, gestalte sich erfolgreich im Interesse der Völker beider Länder und einer weiteren Festigung der Macht der sozialistischen Gemeinschaft.

Nach dreitägiger Dauer ging in Havanna am 15. Juli die erste Tagung der Nationalversammlung der Volksmacht der Republik Kuba zu Ende. (Siehe S. 8.)

Am 13. Juli begann in Genf die erste Runde der Konsultationen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien zu einem Vertrag über das allgemeine und vollständige Verbot der Kernwaffenteste. Die sowjetische Delegation wird vom ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Staatskomitees der UdSSR für Atomenergienutzung, Igor Morochow, geleitet.

Vom 7. bis 18. Juli wurden in Genf die Verhandlungen zwischen den Delegationen der UdSSR und der USA über eine gemeinsame Initiative im Abrüstungsausschuß zum Abschluß einer internationalen Konvention fortgeführt, die die gefährlichsten chemischen Kriegführungsmittel als erster Schritt zu einem wirksamen Verbot aller chemischen Waffen betrifft. Außerdem wurde ein Verbot anderer chemischer Kampfmittel erörtert.

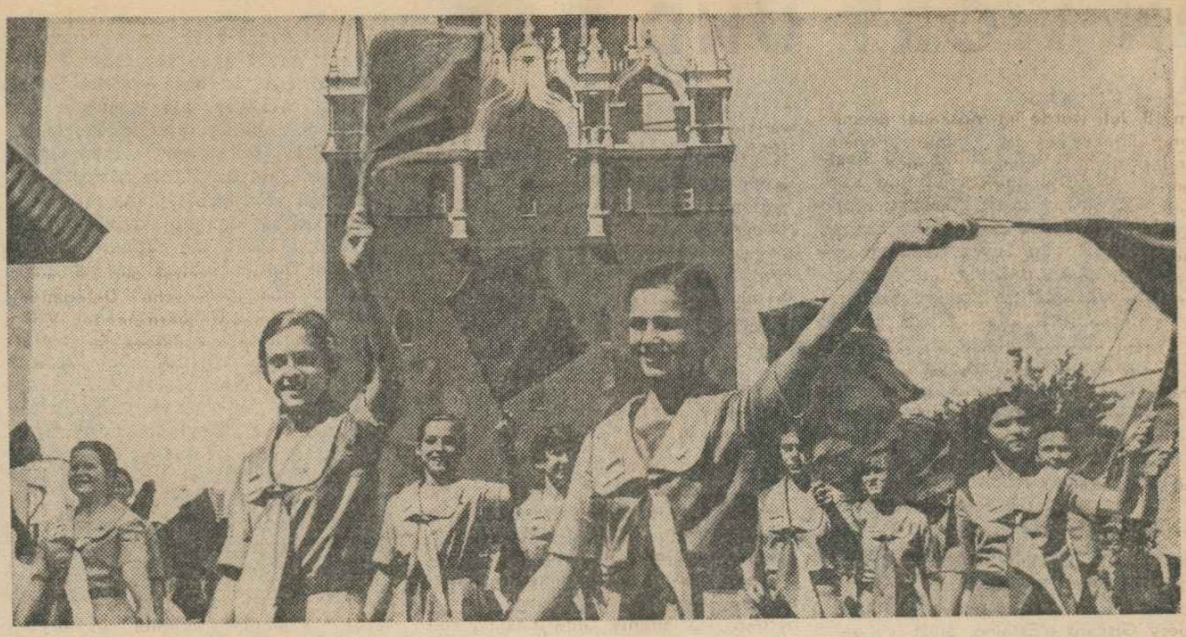
Am 14. Juli gingen in Washington die zweitägigen Gespräche zwischen US-Präsident James Carter und BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt zu Ende. (Siehe S. 16.)

In Saltsjöbaden bei Stockholm wurde am 13. Juli eine zweitägige Konferenz der Erdölminister der 13 OPEC-Staaten abgeschlossen. (Siehe S. 10.)

Am 15. Juli fand nach acht Wochen die 6. UNO-Seerechtskonferenz in New York ihren Abschluß. An ihr hatten ca. 150 Länder teilgenommen.

Am 15. Juli wurde in Dschibuti offiziell die Zusammensetzung der neuen Regierung bekanntgegeben. Der ehemalige Vorsitzende der Konstituierenden Versammlung, Ahmed Dini Ahmed, wurde Ministerpräsident und Abdallah Mohammed Kamil Außenminister.

Am 17. Juli traf der israelische Ministerpräsident Menachem Begin in New York ein. Von dort begab er sich nach Washington, wo er am 19. und 20. Juli Gespräche mit US-Präsident James Carter führte.



Moskau, am 18. Juli. Demonstration der Teilnehmer des Internationalen Kinderfestivals

Foto A. Steschanow

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 30 JULI 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär), **A. Ignatow, G. Kaschojan** (Stellv. Chefredakteur), **W. Kusnezow, B. Pistschik** (Stellv. Chefredakteur), **I. Trofimowa, V. Tschernjawski** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. Wolski.**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. Krestjaninow**

Verlag der Zeitung „Trud"
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Ploschtschadj Puschkina

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Entspannung wird sich durchsetzen 1
O. Kutafin — **In Wort und Tat** 4
K. Szyndzielorz — **Polen: Die Juliwende** 6
O. Darussenkow — **Kuba: Der Weg, der mit Moncada begann** 8
R. Andreassian — **OPEC: Kompromiß auf Zeit, Probleme auf Dauer** . . . 10
G. Krassin — **UdSSR—Japan: Die einzig richtige Wahl** 12
W. Tschirkow — **Konflikt um Belize** 13
D. Wolski — **Naher Osten: Rüstungswettlauf** 14
W. Sanin — **Bonner Trugbilder** 14
Notizen ◆ Glossen ◆ Kommentare 16
J. Potomow — **Ägypten: Ein Jahrestag und seine Lehren** 18
A. Malow — **Burma: Baumeister der Unabhängigkeit** 20
B. Megrelischwili — **UdSSR—Italien: Hohes Tempo, neue Formen** . . . 22
W. Lawrenow — **Protektionismus greift um sich** 22
S. Goljakow — **„Streng vertraulich"** 24
O. Ignatjew — **Eine Insel namens Raoul** 26
Diskussion mit dem Leser 28
Dokumente: **Gemeinsames Kommuniqué der XI. Dartmouth-Konferenz** . . 30
PS 32

Der 22. Juli ist der Tag der Wiedergeburt Polens.

Titelbild: Fotomontage „Die VR Polen heute": im Warschauer Radiowerk ● Das Zentrum der Hauptstadt ● Der Nordhafen von Gdańsk ● Schlesische Bergarbeiter bei einer Festdemonstration.

Fotos Interpress

IN WORT UND TAT

Oleg KUTAFIN

Wesenszug der Rechte und Freiheiten, die die heute geltende Verfassung und in noch höherem Maße der Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR den Sowjetbürgern gewähren, ist es, daß sie durch materielle, rechtliche und sonstige Mittel real garantiert sind. Diese Mittel dienen der Gesellschaft und dem Staat als Instrument, mit dessen Hilfe die vom Gesetz festgelegten Normen der sozialistischen Demokratie eingehalten werden.

Wie wird dieses Instrument in der Praxis angewendet? Am besten zeigt das wohl die Realisierung des Rechts auf Arbeit, das in Artikel 40 des neuen Verfassungsentwurfs vorgesehen ist.

Im Unterschied zu den weitaus meisten bürgerlichen Ländern, in denen dieses äußerst wichtige Menschenrecht durch nichts garantiert, ja nicht einmal verkündet ist, bedeutet das Recht auf Arbeit in der UdSSR erstens gleiche Möglichkeiten für jeden Staatsbürger, garantierte Beschäftigung zu erhalten, zweitens gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit nach ihrer Quantität und Qualität und drittens gleiche Möglichkeiten bei der Wahl des Berufs, der Tätigkeit und Beschäftigung nach Berufung, Fähigkeiten, beruflicher Ausbildung, Bildung und mit Rücksicht auf die gesellschaftlichen Erfordernisse. Der Weg zu einer solchen Gewährleistung des Rechts auf Arbeit wurde vom Sozialismus geebnet, der den Menschen von der Ausbeutung befreit und jedem Mitglied der Gesellschaft die Möglichkeit gegeben hat, „*für sich selbst zu arbeiten*, und zwar zu arbeiten, gestützt auf alle Errungenschaften der modernen Technik und Kultur" (W. I. Lenin).

Arbeit sucht den Menschen

Das Recht jedes Bürgers der UdSSR auf Arbeit wird vor allem durch das sozialistische Wirtschaftssystem gewährleistet, das auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln basiert. Die vorherrschende Stellung des sozialistischen gesellschaftlichen Eigentums in der UdSSR sichert die Bedingungen, unter denen die Produktion keine Rückschläge und keine Flauten kennt. Sie wird gemäß den staatlichen Plänen für die Entwicklung der Volkswirtschaft, des sozialen und kulturellen Aufbaus verwirklicht.

Die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft schützt die Werktätigen zuverlässig vor Krisen und ermöglicht ein stetiges Wachstum der Produktion, die den Menschen ein breites Betätigungsfeld für ihre physischen und intellektuellen Kräfte bietet. Im 10. Planjahrfünft wird der Umfang der Industrieproduktion in der UdSSR um 35—39% und der Umfang der Agrarproduktion im Jahresdurchschnitt um 14—17% zunehmen. In diesen fünf Jahren sollen der Bevölkerung beträchtlich mehr als früher Dienstleistungen zukommen, das hohe Tempo des Wohnungsbaus wird beibehalten usw.

Das kontinuierliche Wachstum der gesellschaftlichen Produktion sowie die Erweiterung der Dienstleistungssphäre und der kulturellen Betreuung der Bevölkerung gehen mit stetiger Erhöhung der Beschäftigung einher. Hier einige Fakten dazu: 1922 belief sich die Anzahl der Arbeiter auf 4,5 Mio, 1928 auf 8,7 Mio, 1940 auf 23,7, 1950 auf 28,7, 1960 auf 45,9, 1971 auf 66,2, und 1977 sind es 74 Millionen. Bis vor kurzer Zeit wuchs die Beschäftigung in der Hauptsache durch Einbeziehung von Hunderttausenden Schulabgängern in die Produktion, ferner durch Einstellung nichtberufstätiger Frauen.

Gegenwärtig ist in der UdSSR eine weitere wesentliche Erhöhung der Beschäftigung nicht zu erwarten. Wie Statistiken zeigen, hat der Beschäftigungsgrad in der UdSSR, ebenso wie in den anderen sozialistischen Ländern, sein Maximum erreicht bzw. sich ihm angenähert. „Aus der entstandenen Situation", sagte Leonid Breshnew, „erwächst mit aller Eindringlichkeit die Aufgabe, Arbeitskräfte einzusparen und sie rationell einzusetzen."

Der Kurs auf einen effektiveren Einsatz der Arbeitskräfteressourcen besagt viel. Vor allem, daß in der sozialistischen Gesellschaft allein schon der Gedanke unmöglich ist, einem Menschen könnte das Recht auf Arbeit entzogen werden. Typisch ist der in der Sowjetunion weitverbreitete Ausdruck: „Nicht der Mensch sucht nach Arbeit, sondern Arbeit sucht nach Menschen."

Natürlich ist eine solche Suche nichts weniger als spontan. Sie wird planmäßig und zielgerichtet vom Staat selbst, von seinen Organen geführt. Im Rahmen des langfristigen Perspektivplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft ist in der UdSSR ein Generalschema für die Standortverteilung der Produktivkräfte in den Jahren 1976 bis 1990 vorbereitet worden. Das Schema begründet wissenschaftlich eine rationelle perspektivische Verteilung der Produktivkräfte, einschließlich der Planung und Regulierung der Beschäftigungsfragen durch den Staat. Das ist begreiflich, gehört doch die systematische Arbeit an der Aufrechterhaltung der Proportionen zwischen der Anzahl der Arbeitsplätze und der Anzahl der in die gesellschaftliche Produktion einbezogenen Arbeitsfähigen zu den wichtigsten Aufgaben der planmäßigen Führung der sozialistischen Wirtschaft. In der Gesellschaft kommt es ständig zu Wandlungen: Es verändern sich die demographische Situation, die Standortverteilung der Produktivkräfte; die Zweigstruktur der Produktion vervollkommnet sich, der Grad der Arbeitsmechanisierung wird erhöht. Deshalb bildet alles, was das Recht auf Arbeit gewährleistet, logischerweise den Schwerpunkt einer umfangreichen und methodischen Tätigkeit der sowjetischen Planungs- und Wirtschaftsstellen.

Zu ihrem Kompetenzbereich gehören die Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Landesgebiete und innerhalb dieser, die die Einbeziehung Jugendlicher, z. B. von Schulabgängern, in den Arbeitsprozeß in bestimmten Betrieben, das System der vertraglichen Einstellung in einer anderen Gegend, die Planung der Standortverteilung von Betrieben mit Rücksicht auf das Vorhandensein der Arbeitskräfte, die demographische Situation, die Zusammensetzung der Bevölkerung usw. In jeder Republik der UdSSR bestehen staatliche Komitees für Nutzung der Arbeitskräfte, in den Gebieten, Regionen und Städten sorgen dafür die entsprechenden Abteilungen, die die Arbeitskräfte zentral erfassen und planmäßig verteilen. Diese Tätigkeit zeigt konkret, wie der Staat das Recht der Sowjetbürger auf Arbeit gewährleistet. Dank einer solchen Sorge des Staates genießt jedes arbeitsfähige Mit-

glied der sowjetischen Gesellschaft das Recht auf Arbeit nicht nur in Wort, sondern auch in der Tat, und dies schon seit langem.

Arbeit als gesellschaftliches Gut

Zur Gewährleistung des Rechts auf Arbeit trägt viel der Umstand bei, daß das sozialistische Wirtschaftssystem den parasitären Verbrauch, der in jedem kapitalistischen Land einen bedeutenden Teil des Volkseinkommens verschlingt, abgeschafft hat.

In unserer Gesellschaft erfolgt die Verteilung der Einnahmen nach dem Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.

Das sozialistische Prinzip der Verteilung nach Leistung weckt das persönliche materielle Interesse der Werktätigen an den Arbeitsergebnissen, erhöht den Nutzeffekt der Arbeit und fördert die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte. Artikel 23 des Entwurfs der neuen Verfassung der UdSSR lautet: „Der Staat befolgt unbeirrbar den Kurs auf eine Erhöhung des Arbeitsentgeltes, der Realeinnahmen der Werktätigen entsprechend der wachsenden Arbeitsproduktivität." Im Zeitraum der beiden vorausgegangenen Fünfjahrpläne wurden gewaltige Mittel — über 26 Md. Rubel — investiert, um den Volkswohlstand zu heben. Der Lohnfonds hat sich verdoppelt, und die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds sind fast auf das 2,2fache gestiegen. Noch wesentlichere Veränderungen auf diesem Gebiet sind von Partei und Staat im laufenden Planjahrfünft vorgemerkt worden. Bis 1980 werden die Realeinkünfte pro Kopf der Bevölkerung um 21% zunehmen und die durchschnittlichen Löhne und Gehälter 170 Rubel im Monat erreichen, 25 Rubel mehr als 1975).

Das sozialistische Wirtschaftssystem sowie die vollständige und endgültige Liquidierung der Arbeitslosigkeit in der UdSSR garantieren ihren Bürgern nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch das Recht auf Wahl des Berufs, der Tätigkeit und Beschäftigung nach Berufung, Fähigkeiten, beruflicher Ausbildung und Bildung. Ermöglicht wird das durch das bestehende System der unentgeltlichen Berufsausbildung, durch Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung und Umschulung. In der UdSSR besteht und vervollkommnet sich ein ausgedehntes Netz von Bildungseinrichtungen, die Millionen Menschen erfassen. Im Lehrjahr 1975/76 zählten die sowjetischen Fach- und Berufsschulen aller Arten 3 Mio Lernende.

Außerdem bestehen für Jugendliche, die nach der allgemeinbildenden Schule in die Produktion kommen, und für Personen, die in der Volkswirtschaft schon tätig sind, aber einen neuen Beruf erlernen bzw. sich beruflich weiterbilden möchten, Betriebsberufsschulen im Abend- und Schichtunterricht sowie Kurse und sonstige Lehrgänge für berufliche Qualifizierung und Umschulung. Im Lehrjahr 1975/76 z. B. zählten solche Schulen und Lehrgänge in den Betrieben, Ämtern und Kolchosen fast 30 Mio Menschen.

Unter den Verhältnissen der wissenschaftlich-technischen Revolution nimmt in den sozialistischen Ländern die Erhöhung des allgemeinen und beruflichen Bildungsniveaus und folglich der Qualifikation gesetzmäßigen Charakter an. Leonid Breshnew konstatierte: „Die moderne Produktion stellt rasch wachsende Forderungen nicht nur an die Maschinen, an die Technik, sondern auch vor allem an die Werktätigen selbst, an diejenigen, die diese Maschinen bauen und diese Technik steuern. Fachkenntnisse, hohe berufliche Qualifikation und das allgemeine kulturelle Niveau des Menschen verwandeln sich in eine unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit von immer breiteren Schichten der Werktätigen."

Unter dem Schutz des Gesetzes

Bisher sprachen wir hauptsächlich über die materielle Gewährleistung des Rechts der Sowjetbürger auf Arbeit. Dabei wird dieses Recht durch eine ganze Reihe juridischer Garantien untermauert, die in der geltenden Gesetzgebung, vor allem in der Arbeitsgesetzgebung, enthalten sind. Deren Kernstück bilden die Grundlagen der Arbeitsgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken, die der Oberste Sowjet der UdSSR im Juli 1970 erlassen hat, ferner die Kodexe der Arbeitsgesetze der Unionsrepubliken und andere miteinander organisch zusammenhängende Dokumente mit Wirkungskraft für die UdSSR bzw. einzelne Unionsrepubliken, die das Arbeitsverhältnis in der gesellschaftlichen Produktion regeln.

Vor allem heißt es darin: Die sowjetische Arbeitsgesetzgebung duldet keine direkte oder indirekte Schmälerung der Rechte und keine Bevorzugung von Bürgern bei der Arbeitseinstellung aus Gründen von Geschlecht, Rasse, Nationalität und Einstellung zur Religion.

Wichtig für die Gewährleistung des Rechts auf Arbeit sind die von der sowjetischen Arbeitsgesetzgebung vorgesehenen Verträge zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiter bzw. Angestellten, der in ein Arbeitsverhältnis tritt. In diesem Dokument, das beide Seiten einzuhalten verpflichtet sind, werden in allen Einzelheiten Inhalt, Charakter und Umfang der bevorstehenden Produktions- bzw. Amtstätigkeit, die Entlohnungsnormen, die Rechte und Pflichten des Arbeitenden und der Betriebsleitung usw. festgelegt. Das Recht auf den Abschluß eines solchen Arbeitsvertrags hat jeder Staatsbürger nach Vollendung des 16. Lebensjahres.

Die Entlassung eines Beschäftigten durch die Betriebsleitung darf nur anhand genau festgelegter Gründe erfolgen, die die sowjetische Gesetzgebung bestimmt hat, um die Arbeiter und Angestellten maximal vor unbegründeten Entlassungen zu schützen. Aber unabhängig von dem Grund, der der Betriebsleitung Anlaß gibt, einen Arbeiter oder Angestellten zu entlassen, muß sie zuerst die Zustimmung der BGL dazu erhalten.

Der Sowjetstaat sorgt für die strikte Einhaltung der geltenden Arbeitsgesetzgebung. Für die Verstöße dagegen werden die schuldigen Mitarbeiter der Betriebsleitung zur Verantwortung gezogen. In Artikel 58 des neuen Verfassungsentwurfs heißt es u. a.: „Amtspersonen, die sich Verstöße gegen die Gesetze, Amtsmißbrauch oder Schmälerung von Rechten der Bürger zuschulden kommen lassen, können auf dem Rechtsweg verklagt werden." Und weiter: „Die Bürger der UdSSR haben das Recht auf Ersatz des Schadens, der ihnen durch rechtswidriges Vorgehen von staatlichen Dienststellen bzw. gesellschaftlichen Organisationen oder von Amtspersonen in Ausübung ihrer Dienstobliegenheiten zugefügt wurde, wobei Verfahren und Höhe des Schadenersatzes gesetzlich festgelegt sind."

Der Werktätige hat z. B. das Recht, die Entlassung im Laufe eines Monats im Volksgericht anzufechten. Wird festgestellt, daß die Entlassung unrechtmäßig ist, so wird er sofort wiederaufgenommen und ihm die Entschädigung für den unverschuldeten Arbeitsausfall ausgezahlt (aber nicht mehr als für drei Monate). Wenn erforderlich,

wird die Frage gestellt, ob die an der Entlassung Schuldigen nicht zur Verantwortung zu ziehen sind.

In der Sowjetunion ist das Recht der Bürger auf Arbeit unlösbar mit der Sorge des Staates für die Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten verbunden. Besonders beachtet wird die Arbeitssicherheit. Zu diesem Zweck sind die für jeden Betrieb verbindlichen Regeln der Sicherheitstechnik und Betriebshygiene ausgearbeitet. Zur Erleichterung der Arbeit werden in der UdSSR alle Maßnahmen zur Mechanisierung der arbeitsintensiven Prozesse getroffen, geräumige, gut gelüftete Neubauten aufgeführt.

Für die Erfüllung aller Forderungen der sowjetischen Arbeitsgesetzgebung im Hinblick auf den Arbeitsschutz haben sowohl die Betriebsleitung als auch die Gewerkschaften zu sorgen. In deren Statuten heißt es, daß sie „Kontrolle über den Zustand des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik in Betrieben und Ämtern ausüben".

Besonders viel Sorge läßt der Sowjetstaat den Frauen angedeihen. Es gibt Maßnahmen zum Schutz der Frauenarbeit, die im Interesse von Mutter und Kind liegen.

Die Gesetzgebung verbietet z. B. Frauenarbeit bei gesundheitsschädlichen Arbeitsgängen, unter schweren Arbeitsbedingungen sowie untertage (eine Ausnahme bilden unter diesen letzteren nur Arbeiten, die keinen Aufwand an physischer Kraft erfordern). Die Frauen dürfen nicht zu Nachtschichten und Überstunden herangezogen, werdende Mütter und Mütter von Kindern bis zu einem Lebensjahr nicht auf Dienstreisen geschickt werden. Die Nachtschichten für Frauen sind in Ausnahmefällen, mit Sondererlaubnis der höchsten Gewerkschaftsorgane und nur in jenen Zweigen zugelassen, wo dies durch dringende Produktionserfordernisse bedingt ist. Für die Zeit der Schwangerschaft wird Frauen erforderlichenfalls leichtere Arbeit zugewiesen, ohne daß ihr Durchschnittslohn sinkt. Den stillenden Müttern wird auch eine Stillpause gewährt.

In der UdSSR bestehen ferner Regeln, die eigens dem Arbeitsschutz der Jugendlichen gelten. Wie bereits gesagt, dürfen Jugendliche unter 16 Jahren nicht eingestellt werden. Die Entlassung eines Minderjährigen auf Initiative der Betriebsleitung ist nur mit Einverständnis der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Kommission für Angelegenheiten der Minderjährigen beim Exekutivkomitee des örtlichen Sowjets möglich. Verboten ist die Untertagearbeit von Personen unter 18. Jahren, ebenso ihr Einsatz unter gesundheitsschädlichen oder schweren Arbeitsbedingungen. Alle Personen, die dieses Alter nicht erreicht haben, werden erst nach einer medizinischen Untersuchung eingestellt.

Die Betriebsleitung und die Gewerkschaften treffen Maßnahmen, um die Qualifikation der Jugendlichen, die in der Produktion beschäftigt sind, zu erhöhen bzw. ihnen den Besuch von Abendschulen und das Fernstudium ohne Aufgabe der Berufstätigkeit zu ermöglichen.

Die sowjetische Arbeitsgesetzgebung räumt den Betriebskollektiven umfassende Rechte bei der Leitung der Produktion ein. Diese Rechte werden über die Gewerkschaften, die Organe der Volkskontrolle, die Mitgliederversammlungen, Produktionsberatungen, Konferenzen sowie verschiedene Formen der ehrenamtlichen Tätigkeit von Arbeitern und Angestellten realisiert. Die Aufsicht über die Einhaltung der Arbeitsgesetze übt die Staatsanwaltschaft aus.

Das wären in Kürze die wichtigsten materiellen und rechtlichen Garantien, die den Bürgern der UdSSR das Recht auf Arbeit sichern können. Aber nicht nur dieses außerordentlich wichtige sozialökonomische Recht wird von der sowjetischen Demokratie garantiert. Zuverlässig gewährleistet werden auch alle anderen Rechte und Freiheiten der Bürger. „Wir haben eine Gesellschaft von Menschen aufgebaut", sagte Leonid Breshnew auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, „die im weitesten Sinne dieses Wortes gleichberechtigt sind, die keine Standes-, Eigentums- und Rassenprivilegien oder sonstige Vorrechte dieser Art kennen, eine Gesellschaft, die die Menschenrechte nicht nur verkündet, sondern es auch praktisch ermöglicht, von ihnen Gebrauch zu machen."

Der in der UdSSR aufgebaute Sozialismus hat erstmals in der Geschichte die Demokratie mit realem Inhalt erfüllt. Er hat die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und dadurch den Werktätigen nie dagewesene, in keinem kapitalistischen Land mögliche, wirklich demokratische Rechte und Freiheiten, den Wohlstand und die unerschütterliche Zukunftsgewißheit gesichert.

POLEN

Ein Foto aus dem Krieg, das ich aufbewahre, ist ausgesprochen symbolisch. Es zeigt einen alten Mann mit Brille, unrasiert, auf dem gebeugten Rücken einen unförmigen Sack. Der Mann steht auf der Straße, vor einem Plakat des Polnischen Nationalen Befreiungskomitees. Damals gab es Millionen solche Polen auf dem Treck, und ihnen galt das Manifest:

„Polen zu Haus und in
der Fremde!
Polen unter deutschem Joch!
Landsleute! Die Stunde
der Befreiung hat geschlagen.

Zusammen mit der Sowjetarmee hat das Wojsko Polskie den Bug überschritten. Der polnische Soldat kämpft auf heimatlichem Boden. Im gepeinigten Polen wehen wieder weißrote Fahnen."

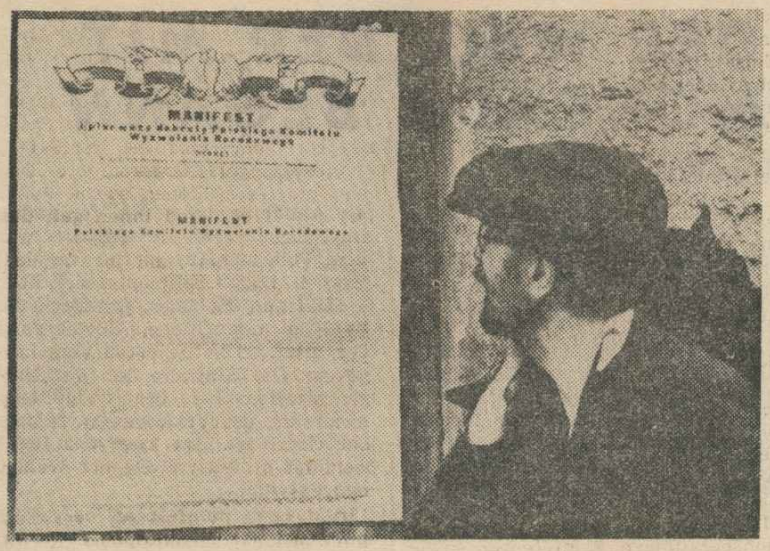
In diesem Manifest an das Volk spürt man die Atmosphäre jener Tage. Weiter lautet es so: „Im Augenblick der Befreiung Polens, jetzt, wo die Rote Armee und mit ihr das Wojsko Polskie die Besatzer aus unserem Land vertreiben, brauchen wir ein legitimes Machtorgan, das das Volk im Kampf um die endgültige Befreiung führen wird.

Deshalb hat die Krajowa Rada Narodowa, das provisorische Parlament des polnischen Volkes, als legitimes provisorisches Exekutivorgan das Polnische Nationale Befreiungskomitee zur Erringung der Unabhängigkeit und zur Wiederherstellung des polnischen Staates gebildet."

Damals ging es um eine noch regere Teilnahme des polnischen Volks am Kampf gegen Hitlerdeutschland, am Kampf für ein Polen, dem nie wieder eine deutsche Invasion drohen, für ein Polen, das einen festen Frieden und die Möglichkeit zu

POLEN IN ZAHLEN

Der ersten Volkszählung nach dem Kriege (1946) zufolge hatte Polen damals 24, im Jahre 1976 aber 34,5 Millionen Einwohner, von denen 52% nach dem Krieg geboren wurden. Bis zum Jahre 2000 wird die Einwohnerzahl schätzungsweise auf 40—41 Millionen steigen.



DIE JULIWENDE

Karól SZYNDZIELORZ

schöpferischer Arbeit haben sollte.

Im Manifest hieß es, daß in den Beziehungen zwischen den Polen einerseits und den Ukrainern, den Belorussen und den Russen anderseits eine geschichtliche Wende eintrete. Wir lesen weiter: „Die Konflikte weichen der Freundschaft und Zusammenarbeit. Unsere Ostgrenze muß eine Grenze gutnachbarlicher Freundschaft, sie darf keine Abgrenzung zwischen uns und unseren Nachbarn sein; sie soll festgelegt werden nach dem Grundsatz: Den polnischen Boden bekommt Polen, den ukrainischen, belorussischen und litauischen die Sowjetrepubliken Ukraine, Belorußland und Litauen. Ein festes Bündnis mit unseren unmittelbaren Nachbarn, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, wird bestimmend für die vom Polnischen Nationalen Befreiungskomitee betriebene polnische Außenpolitik sein." Im Manifest wurde betont, daß „die polnische Außenpolitik eine demokratische Politik sein und auf den Grundsätzen der kollektiven Sicherheit beruhen wird".

Der Historiker Franciszek Ryszka schreibt: „Der 22. Juli 1944 war in der Chronik des Frontgeschehens im zweiten Weltkrieg ein Tag wie jeder andere. Das Sowjetische Informationsbüro gab schon lange Siegesnachrichten durch. Meldungen der Wehrmacht bestätigten nolens volens, daß es für sie an allen Fronten schlecht stand. Das war der 1789. Kriegstag. Jeder solche Tag kostete durchschnittlich rund 20 000 Menschenleben. Bis zum Ende des Kriegs in Europa waren es noch 291 Tage."

Es gehörte viel Weitblick und sogar Mut dazu, schon damals, im Sommer 1944, als erst ein kleiner Teil Polens freigesetzt war, dessen Platz auf der Nachkriegskarte Europas so anzugeben, wie das im Manifest geschehen war. Das war möglich dank den Bemühungen der Polnischen Arbeiterpartei darum, den unabhängigen polnischen Einheitsstaat zu einem Begriff zu machen. Das Manifest vom 22. Juli bezeichnete eine Wende in der Geschichte Polens, den Beginn seiner Wiedergeburt.

Er war schwer, dieser Beginn. Der Krieg hatte die Früchte der Arbeit zahlreicher Generationen vernichtet. Polen verlor 38% seines Nationalbesitzes, Warschau, Gdańsk, Szczecin, Wroclaw lagen in Trümmern, aber dort keimte schon neues Leben.

Seit damals hat unser Volk einen weiten Weg zurückgelegt. Polen ist ein sozialistischer Staat, ein entwickeltes Industrieland geworden. Die wichtigsten Probleme unserer nationalen Existenz sind gelöst.

Eine besondere Stelle in der politischen Geschichte Polens nimmt das jetzige Jahrzehnt ein. Charakterisiert wird es durch ein zügiges Vorwärtskommen der Wirtschaft, durch große Wandlungen in den Arbeits- und Lebensverhältnissen unseres Volkes. Die vom VI. und VII. Parteitag der PVAP vorgemerkte Strategie wird befolgt. Es gibt eigentlich keinen Lebensbereich, in dem kein beachtlicher Fortschritt zu verzeichnen wäre.

Er setzt sich aus vielen Faktoren zusammen. Hier möchte ich nur einige nennen.

Die Löhne, die Gehälter und die Realeinkünfte der Landesbevölke-

Mit der Zuwachsrate seiner Industrie zählt Polen zu den ersten 10 Staaten der Welt. Diese Rate betrug im vorigen Planjahrfünft 10,5%. In den letzten Jahren sind 37% aller Werktätigen in Industrie und Bauwesen beschäftigt.

1975 entfielen auf Polen von der Ausbeute Europas an Schwefel 70%, an Kupfer 8% (10. Platz in der Welt) und an Steinkohle 18% (4. Platz). Von den in Europa gebauten Güterwaggons baut Polen 12%. Mit seiner Stromerzeugung nahm es 1975 den 10. Platz in der Welt ein.

Im vergangenen Planjahrfünft bauten die Werften von Gdańsk, Gdynia und Szczecin 400 Schiffe mit einem Fassungsvermögen von insgesamt 3,7 Mio t. Mit dem Schiffbau hatte Polen 1976 den 15. und mit dem Export den 9. Platz in der Welt inne. Unter polnischer Flagge segeln heute 315 Handelsschiffe mit 4,3 Mio t Ladefähigkeit (1939 hatte die polnische Handelsflotte ein Fassungsvermögen von 120 000 t).

Mit seinem Roggen- und Kartoffelertrag steht Polen an 2. Stelle in der Welt, mit dem an Hafer an 4., Zuckerrüben 5. und Milch 6.

rung haben wesentlich zugenommen; ebenso die sozialen Aufwendungen.

Der Wohnungsbau geht immer schneller vonstatten, bis Mitte der 80er Jahre soll jede polnische Familie eine separate Wohnung haben.

Rasch steigt die materielle Produktion bei einer gleichzeitigen Modernisierung fast der gesamten Industrie.

Die Wirtschaftsbeziehungen Polens zu den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, vor allem zur UdSSR, werden enger.

Edward Gierek, der Erste Sekretär des ZK der PVAP, sagte ausdrücklich: „Bei der politischen Linie, die der VI. und der VII. Parteitag unserer Partei angegeben haben, geht es um eine beschleunigte Entwicklung Polens und um bessere materielle und kulturelle Lebensverhältnisse der Werktätigen. In kurzer Zeit ist Polen erstarkt und sind die Lebensverhältnisse der Polen besser geworden. Diese unumstößliche Tatsache wird nicht einmal von unseren Feinden angezweifelt. Auf diesem Weg können und müssen wir weitergehen. Er is der einzig rechte Weg."

Polen entwickelt sich schnell. Für dieses Planjahrfünft haben wir einen Zuwachs des Nationaleinkommens um 40—42% eingeplant. Im Jahre 1980 wird Polen 207 Mio t Kohle abbauen, 22,2 Mio t Stahl schmelzen und 135 Md. kWh Strom erzeugen. Im laufenden Jahrzehnt wird sich der Wert der Grundfonds verdoppeln und der des Exports vervierfachen. Im Jahre 1980 wird der durchschnittliche Reallohn um 64—67% höher als zu Anfang der 70er Jahre sein. Ungefähr verdreifachen werden sich in diesem Zeitraum die Warenlieferungen für die Bevölkerung. In den 10 Jahren werden 2,7 Millionen Neubauwohnungen entstehen, um eine Million mehr als in den 60er Jahren.

Wir werden nie erfahren, was der alte Mann beim Lesen des Manifests an einer Mauer Lublins dachte. An seine Familie hinter der Front? An sein eingeäschertes Dorf? An seine zukünftige Arbeit? Wie dem auch sei, konnten er und Millionen seiner Landsleute sich damals nicht vorstellen, daß Volkspolen als Bundesgenosse der UdSSR und der anderen Bruderländer zu Lebzeiten einer einzigen Generation einen solchen Riesenschritt in die Zukunft tun wird.

Warschau, im Juli

KUBA

DER WEG, DER MIT MONCADA BEGANN

Oleg DARUSSENKOW

Als die kubanischen Revolutionäre unter Fidel Castro ihren Sturmangriff auf die Moncada-Kasernen am 26. Juli 1953 unternahmen, um das Volk zum Kampf gegen die Diktatur zu erheben, war ihr Ziel soziale Gerechtigkeit und Demokratie für ihre leidgeprüfte Heimat. Dieses Ziel leuchtete ihnen auf dem langwierigen und schweren Weg des revolutionären Kampfes, der in der Gründung des ersten sozialistischen Staates der westlichen Hemisphäre gipfelte.

Kurz vor dem großen revolutionären Fest des kubanischen Volkes, dem Tag des Nationalaufstandes am 26. Juli, wurde die erste Tagung der im vorigen Jahr gewählten Nationalversammlung der Volksmacht einberufen.

Die Wahlen verliefen 17 Jahre nach dem Sieg der Revolution. Das ergab sich aus den komplizierten spezifischen Bedingungen, unter denen das revolutionäre Kuba entstanden war. Aber obwohl keine gewählten Machtorgane bestanden, sicherte die Revolution in all diesen Jahren eine breite Beteiligung der Massen an der Leitung des Staates. Die gesellschaftlichen Organisationen erhielten die Möglichkeit, ihrerseits zur Ausarbeitung gesamtstaatlicher Maßnahmen beizutragen. Ein fester Bestandteil der Praxis wurden die Volksaussprachen über alle wichtigen politischen Dokumente und wirtschaftlichen Vorhaben der Regierung.

Die Festigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die Verwandlung der KP in die Führungskraft der Gesellschaft und die Stärkung der internationalen Positionen Kubas haben die Voraussetzungen für die Ersetzung der provisorischen Formen der revolutionären Macht geschaffen. Hierbei ging es, wie Fidel Castro auf dem I. Parteitag der KP Kubas betonte, „nicht um eine bloße Formalität, sondern darum, wohldurchdachte und langfristige feste Institutionen im Einklang mit den Gegebenheiten im Lande einzurichten".

Ein wichtiger Schritt dazu war die Annahme der neuen Verfassung im Februar 1976. Ihr Entwurf war dem Volk zur Aussprache vorgelegt worden. Daran beteiligten sich über 6 Millionen Kubaner, praktisch die gesamte erwachsene Bevölkerung der Insel. Es liefen 16 000 Vorschläge ein. Die Hinweise der Werktätigen wurden bei der endgültigen Abfassung des Verfassungswortlauts berücksichtigt. Am Tage des Referendums billigten 97,7% der Wähler den Entwurf.

Die neue Verfassung verbrieft umfassende demokratische Rechte des kubanischen Volkes. Sie legt fest, daß Arbeit das Recht, die Pflicht und die Ehrensache jedes Staatsbürgers ist. Die Beschäftigung wird durch das sozialistische Wirtschaftssystem gewährleistet. Den Werktätigen wird das Recht auf Erholung garantiert. Der Jahresurlaub ist bezahlt. Durch das System der Sozialversicherung gewährleistet der Staat den Werktätigen ein gesichertes Alter. Den Bürgern wird unentgeltliche medizinische Betreuung gewährt.

Die Verfassung verankert das Recht aller auf Bildung: Es wird gewährleistet durch zahlreiche Schulen, Internatsschulen, durch die Gewährung von Stipendien und unentgeltliche Lehrmittel.

Den Bürgern wird die Redefreiheit gewährt. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film und die anderen Massenmedien sind staatliches oder gesellschaftliches Eigentum, was ihre Benutzung ausschließlich im Interesse des arbeitenden Volkes und der Gesellschaft garantiert.

In der Verfassung ist das Versammlungs-, das Demonstrations- und das Koalitionsrecht verbrieft.

Der sozialistische Staat anerkennt und garantiert die Gewissensfreiheit, das Recht eines jeden Staatsbürgers darauf, sich zur beliebigen Religion zu bekennen bzw. im Rahmen der Gesetzlichkeit einen jeden Kult auszuüben.

In vielen kapitalistischen Staaten verkündet die Verfassung die hohen Prinzipien von Freiheit und Gleich-

heit. Dabei ist allgemein bekannt — und zahlreiche Fakten bestätigen das täglich —, wie weit die formal fixierten Prinzipien von der realen Sachlage in den kapitalistischen Ländern entfernt sind. Nur der Sozialismus bringt die wahre Freiheit und Demokratie. Die Wirklichkeit des heutigen Kuba und der anderen sozialistischen Länder führt das mit aller Deutlichkeit vor Augen.

Aufgrund der neuen Verfassung



Moncada, die ehemalige Festung in Santiago de Cuba, die von den jungen Revolutionären unter Fidel Castro am 26. Juli 1953 angegriffen wurde.
Foto APN

wurden im Lande erstmalig wirklich demokratische Wahlen zu den Organen der Volksmacht abgehalten. Die Wahlkampagne und die Wahlen selbst bewiesen die hohe politische Aktivität der Bürger des sozialistischen Kuba.

Die ältere Generation weiß noch, wie die „repräsentative Demokratie" im vorrevolutionären Kuba aussah. Damals entschieden über die Geschicke der Nation die im Kongreß sitzenden Latifundienbesitzer, Bankiers, Zuckerfabrikanten, große Hausbesitzer, sämtlich prinzipienlose Politikaster. Die Interessen der Nation, die Interessen des Volkes kümmerten sie nicht im geringsten.

Im sozialistischen Kuba ist ein Abgeordneter Fleisch vom Fleische seines Volkes. Mit der Bestimmung des Weges, auf dem Kuba in die Zukunft gehen wird, sind Veteranen des revolutionären Kampfes, mutige Verteidiger der Revolution, Produktionsneuerer, die besten Vertreter der Volksintelligenz betraut. Übrigens sind die meisten der in die Nationalversammlung gewählten Abgeordneten Mitglieder der KP und des Bundes der Jungkommunisten Kubas.

Die erste Tagung der Nationalversammlung der Volksmacht bedeutet den Abschluß des Prozesses, in dem die Staatlichkeit des sozialistischen Kubas Gestalt annahm. Die Abgeordneten beschlossen eine Reihe Gesetze, darunter über die Organisation des Rechtssystems des Landes, über die Organisation und Tätigkeit der Arbeitsräte und den Denkmalsschutz. Bestimmungen über die Nationalversammlung und die örtlichen Organe der Volksmacht wurden bestätigt, ferner ständige Kommissionen des obersten Organs der Staatsmacht gewählt.

Fidel Castro sagte: „In unserem Lande besteht nur eine Macht, die Macht des arbeitenden Volkes. Sie wird durch die Nationalversammlung und die ihr untergeordneten Behörden ausgeübt. Unsere Form der Staatsmacht trägt den Erfahrungen anderer Völker, die den Weg des Sozialismus gehen, und unserer eigenen Praxis Rechnung. Wir wenden die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus auf unsere konkreten Bedingungen an."

Das Beispiel des revolutionären Kuba, das als erstes in der westlichen Hemisphäre mit dem sozialistischen Aufbau begonnen hat, zeigt anschaulich, wie zutiefst human die neue Gesellschaftsordnung ist. Wer vorurteilslos ist, kann die Erfolge des kubanischen Volkes in der sozialen Entwicklung und Wirtschaft sowie die wachsende internationale Autorität der Republik nicht übersehen. All das sind reale Früchte des Sieges der sozialistischen Revolution. Aber wohl die größte Errungenschaft ist jene Würde, jenes Gefühl, freier Bürger seines Landes und Herr in seinem Lande zu sein, das die heutigen Kubaner, ebenso wie die Bürger der anderen sozialistischen Länder, von ihren Zeitgenossen in der Welt des Kapitals unterscheidet. ■

NZ STREIFLICHTER

■ UdSSR

In Moskau wurde am 15. Juli eine Ausstellung der in der Sowjetunion erschienenen Bücher und Broschüren ausländischer Autoren eröffnet. Sie zieht eine Bilanz der Verlagstätigkeit in diesem Bereich in den 60 Jahren der Sowjetmacht.

Seit 1917 sind in der UdSSR, die jetzt nach UNESCO-Angaben an erster Stelle bei der Herausgabe von Übersetzungsliteratur liegt, 73 000 Bücher und Broschüren von Autoren aus 136 Ländern erschienen, u. a. 149 Ausgaben gesammelter Werke von 63 Autoren. Die Gesamtauflage liegt bei über 2 Md. Wie die über 13 000 Exponate zeigen, erscheinen immer mehr Übersetzungen. Die Herausgabe einer „Bibliothek der Weltliteratur" (Gesamtauflage über 60 Millionen) wird abgeschlossen. Die 137 Bände dieser Buchreihe enthalten Werke von 2600 ausländischen Schriftstellern. Außer zahlreichen thematischen Reihen („Literarische Denkmäler", „Zeitgenössische Prosaschriftsteller", „Der ausländische Roman des 20. Jahrhunderts" u. a.) sollen 15bändige Belletristik-Anthologien der sozialistischen Bruderländer erscheinen.

■ ITALIEN

In der Abgeordnetenkammer des italienischen Parlaments wurden die Debatten über das Programmabkommen abgeschlossen, die von den sechs wichtigsten Parteien des Landes (Christdemokraten, Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale) erarbeitet wurde. Am 16. Juli stimmten die weitaus meisten Abgeordneten für eine Resolution, die dieses Abkommen billigt (442 gegen 87 Stimmen bei 16 Enthaltungen). Der IKP-Fraktionsvorsitzende, A. Natta, betonte dabei, daß die Resolution ein integraler Teil des Regierungsprogramms geworden sei. Die Resolution befaßt sich mit einem weiten Kreis akuter wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme.

Zum ersten Mal in den letzten 30 Jahren, schrieb das KP-Organ L'UNITÁ, ist das Parlament zu einer Stätte geworden, wo die Auffassungen jener Kräfte offen einander gegenüber-

▶



KOMPROMISS AUF ZEIT, PROBLEME AUF DAUER

Ruben ANDREASSIAN

Erdöl ist für die Weltwirtschaft und -politik dermaßen wichtig, daß kein größeres Treffen der OPEC-Länder von der Weltöffentlichkeit und den Geschäftskreisen unbemerkt bleibt. Auch die turnusmäßige Konferenz der Erdölminister der OPEC-Länder von Mitte Juli bei Stockholm bildete da keine Ausnahme.

Im Unterschied zu früheren Treffen dieser Art verlief sie äußerlich ruhig und faßte keine dramatischen Beschlüsse. Die Minister erörterten nicht einmal die Erdölpreise für die zweite Hälfte von 1977. Die Konferenz beschloß lediglich, einen Ausschuß einzusetzen, der für die nächste Konferenz (Dezember 1977) einen Bericht über die Preisentwicklung vorbereiten soll.

Der ungewohnt ruhige Verlauf der Stockholmer Konferenz erklärt sich daraus, daß die OPEC-Länder sich über das Preisniveau für das zweite Halbjahr schon zuvor geeinigt hatten.

Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) erklärten, sie würden ihren Ölpreis ab 1. Juli um 5% erhöhen, wenn die übrigen OPEC-Teilnehmer keine zusätzliche 5prozentige Preiserhöhung vornehmen. Dann wären die Ölpreise aller wichtigsten erdölexportierenden Länder erneut einander angeglichen. Erinnert sei, daß 11 der 13 OPEC-Länder auf der vorausgegangenen Konferenz in Doha, der Hauptstadt von Katar, im vorigen Dezember übereingekommen waren, 1977 die Erdölpreise ab 1. Januar um 10% und ab 1. Juli um weitere 5% heraufzusetzen. Saudi-Arabien und die VAE hingegen wollten die Preise nur einmal, ab 1. Januar, und nur um 5% steigern. So kam es erstmalig in der Geschichte der OPEC zu einem zweistufigen Preissystem beim Erdöl. Die Einheit der früher geschlossenen OPEC geriet in Gefahr.

Jetzt erklärten sich 9 Länder aus der Elfergruppe bereit — „im Interesse der Einheit und Solidarität", wie der OPEC-Generalsekretär erklärte —, ihren ursprünglichen Beschluß über die zusätzliche 5prozentige Preiserhöhung ab 1. Juli zurückzunehmen. Dem schlossen sich, wenn auch sehr ungern, auch Irak und Libyen an.

Im Westen wird die gemäßigte Haltung der meisten erdölexportierenden Länder begrüßt. Präsident Carter brachte die Hoffnung zum Ausdruck, der Preisstopp werde mindestens bis Ende 1978 vorhalten.

Saudi-Arabien hat seine frühere Separathaltung aufgegeben und sich den meisten OPEC-Ländern angeschlossen. Folglich hat es seine in Doha vorgebrachten Argumente fallen lassen und die Hoffnungen, die es an seinen Separatkurs knüpfte, aufgegeben. Scheich Yamani, Minister für Erdöl und Bodenschätze Saudi-Arabiens, begründete die damalige Weigerung, eine nicht über 5% gehende Erhöhung des Erdölpreises vorzunehmen, mit drei Argumenten: Das würde die einsetzende Wirtschaftsbelebung im Westen durchkreuzen; die gemäßigte Haltung der OPEC müsse die entwickelten kapitalistischen Staaten auf der Pariser Nord-Süd-Konferenz zu Zugeständnissen bewegen; und schließlich werde die Position Saudi-Arabiens Washington moralisch dazu verpflichten, Israel in einer für die Araber günstigen Richtung zu beeinflussen.

Die Wirklichkeit hat diese Argumente zunichte gemacht. Die meisten OPEC-Länder verkauften ihr Erdöl teuerer als Saudi-Arabien, doch hat das dem zyklischen Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft keinen Abbruch getan. Der Westen hörte nicht auf die Aufrufe aus Er Riad und kam der dritten Welt auch bei der nächsten Runde des Pariser Nord-Süd-Dialogs nicht entgegen. Die Nahostregelung ist nicht weitergekommen. Nach wie vor beliefern die USA Israel mit neuesten Waffen, und das Weiße Haus bemüht sich um eine gemeinsame Sprache mit den Rechtsextremisten, die in Tel-Aviv an die Macht gekommen sind.

Mit seinen niedrigeren Ölpreisen hoffte Saudi-Arabien außerdem, seine Partner aus der OPEC auf dem Markt auszustechen. Die Belebung der Wirtschaft und der vergangene kalte Winter in der nördlichen Hemisphäre haben die Nachfrage nach dem flüssigen Brennstoff gesteigert, so daß die meisten Mitglieder der Elfergruppe die Förderung und den Absatz von Öl wider Erwarten sogar etwas erhöhen konnten.

Es wäre übrigens falsch, zu glauben, die Abnehmerstaaten hätten das Erdöl aus Saudi-Arabien viel billiger bekommen. Der iranische Staatsminister Amuzegard veröffentlichte im März die Angaben, daß die amerikanischen Aramco-Aktionäre das Erdöl von den saudischen Behörden zwar mit dem 5-Prozent-Zuschlag (gegenüber dem vorjährigen Preis) erhalten, es jedoch um 9% teurer verkauft hätten. Das ist eine beträchtliche Differenz: Nach Expertenschätzungen, die **Teheran Journal** publizierte, beläuft sie sich auf ca. 5,5 Mio Dollar täglich. Die Behörden in Er Riad erklärten in aller Öffentlichkeit, sie würden Spekulationen mit ihrem Erdöl gerichtlich belangen, haben jedoch natürlich keinen Finger gerührt, um die US-Monopole zur Verantwortung zu ziehen. So hoch ist der in Dollars ausgedrückte Preis des Abfalls Saudi-Arabiens von den gemeinsamen Interessen des Bundes der Erdölländer.

Die amerikanische **Newsweek** hat in einem Juniheft ein weiteres Motiv Saudi-Arabiens aufgezeigt: Vor etwa zwei Jahren hätte Er Riad und Washington ein Geheimabkommen geschlossen. Ihm zufolge verpflichte sich Saudi-Arabien, seine Riesengewinne aus dem Erdöl zu 50% in den Wertpapieren der US-Regierung anzulegen und eine über 5% im Jahr gehende Erhöhung der Erdölpreise nicht zuzulassen; die USA übernähmen die Verpflichtung, Saudi-Arabien Waffen und sonstige Militärtechnik zu liefern, und garantierten seinen herrschenden Kreisen militärische Hilfe „gegen jede Gefahr". Er Riad hat bereits Dutzende Milliarden Dollars in der Wirtschaft der USA investiert und so

zum Ausgleichen ihrer Zahlungsbilanz nicht wenig beigetragen. Wie die Newsweek zu berichten weiß, sei das Abkommen unter Präsident Ford geschlossen und von Präsident Carter bestätigt worden. In diesem Licht versteht man schon besser, warum die herrschenden Kreise Saudi-Arabiens vor kurzem ihre Position in einer für die Araber sehr akuten Angelegenheit geändert haben. Noch im Frühjahr d. J. sagte der Thronfolger und stellvertretende Ministerpräsident Fahd, Saudi-Arabien könne erneut einen Erdölboykott einleiten, falls die USA Israel nicht in einer für die Araber günstigen Richtung beeinflussen wollten. (Die arabischen Länder decken den US-Bedarf an Erdölimport fast zur Hälfte, und die Hälfte dieses Anteils kommt aus Saudi-Arabien.) Nach seinem Aufenthalt in Washington im Mai erklärte Prinz Fahd jedoch, sein Land werde das Erdöl nicht als Instrument zur Erreichung einer Nahostregelung benutzen. Mehr noch, in Er Riad verhielt man sich positiv zu dem Wunsch der USA, ihnen mehr Erdöl zu liefern. Auf diese Weise sollen die strategischen Vorräte am flüssigen Brennstoff vergrößert werden, was ein eventuelles Embargo ungefährlich machen würde.

Das unterschiedliche Preisniveau mußte selbstverständlich die anderen OPEC-Länder beunruhigen, zumal auf Saudi-Arabien und die VAE ein Drittel des von allen OPEC-Ländern geförderten und exportierten Erdöls entfällt.

In der Zeit nach Katar unternahmen Vertreter der Elfergruppe energische Anstrengungen, um Er Riad für einheitliche Preise zu gewinnen. Im April bereiste der venezolanische Präsident Carlos Andrés Pérez die Hauptstädte aller OPEC-Länder in dieser Mission.

Saudi-Arabien schlug als Kompromißlösung vor, seine Ölpreise lediglich um 7—8% zu erhöhen, die übrigen Partner aber sollten als Gegenleistung auf die erneute Preiserhöhung ab 1. Juli verzichten. Erst in der zweiten Junihälfte, nach der Rückkehr einer Regierungsdelegation Saudi-Arabiens aus den USA, schlug Er Riad die heutige Variante vor. Sie wurde von Präsident Carter gutgeheißen. Auf einer Pressekonferenz vom 30. Juni erklärte er: Als sich Prinz Fahd hier aufhielt, besprachen wir die voraussichtlichen Ölpreise der OPEC-Länder, und er legte mir vertraulich seine Meinung dar... Ich hoffe, und Saudi-Arabien glaubt meiner Meinung nach ebenfalls, daß der Preisstopp bis Ende 1978 vorhält." Der Erdölminister Saudi-Arabiens Yamani unterstützte in Stockholm die USA-Position, ihm pflichtete sein iranischer Kollege bei. Irak, Libyen und Algerien traten jedoch energisch gegen den Preisstopp auf.

Somit hat das zweistufige Preissystem ein Ende. Die OPEC-Einheit wird so oder anders wiederhergestellt, was die Positionen der alles in allem antiimperialistischen Vereinigung der Entwicklungsländer festigt. Dadurch, daß die Mitglieder der Elfergruppe den in Katar gemeinsam gefaßten Beschluß aufgeben, werden ihnen Milliardenverluste erwachsen, und zwar nach Ansicht maßgeblicher ausländischer Ökonomen nicht nur durch den Ausfall zusätzlicher Gewinne aus dem Erdölexport, sondern auch durch die stetige Senkung des realen Preises für jede verkaufte Erdöltonne infolge der Inflation, die in der kapitalistischen Welt nicht abreißt. Die Preise für Industriewaren, die die Erdölländer benötigen, stiegen ja viel rascher als die Ölpreise. Das war denn auch der wirkliche Grund der früheren Veränderungen der Erdölpreise, wie der OPEC-Generalsekretär Ali Mohammed Jaidah in seinem letzten Bericht Anfang Juli erklärte. Unter solchen Umständen können die OPEC-Länder stabile Ölpreise überhaupt nicht versprechen. Am 1. Juli erklärte Präsident Pérez: „In Zukunft werden die Ölpreise unvermeidlich anziehen, und diese Frage wird in engem Zusammenhang damit stehen, ob im Dialog zwischen entwickelten und Entwicklungsländern über die Verteilung der Weltressourcen ein Fortschritt erreicht wird."

Offenbar werden die Preise für Erdöl zusammen mit seinem Verbrauch wachsen. In mehreren westlichen Prognosen dieses Jahres wird behauptet, falls Energie in den bevorstehenden 10 Jahren nicht aktiv eingespart, falls die Erzeugung von Atomenergie und die Kohleförderung nicht gesteigert werde, würde der Importbedarf der kapitalistischen Länder an Erdöl bereits 1985 weit über dem Exportpotential der OPEC-Länder liegen. Das wäre dann eine noch akutere Energiekrise als in der ersten Hälfte der 70er Jahre.

Der in der OPEC erzielte Preiskompromiß ist demnach nur ein Provisorium. Probleme bleiben, heftige Kämpfe gehen weiter.

NZ STREIFLICHTER

gestellt werden sollen, die lange entgegengesetzte Positionen einnahmen. Jetzt seien die Bemühungen auf den Boden einer praktischen Verwirklichung des Programms gestellt. Allein die Tatsache, daß die IKP an den Verhandlungen teilnahm, eröffnet neue Möglichkeiten für die Volkskräfte, die bei gemeinsamen Aktionen den Kampf für die Realisierung der Ziele des programmatischen Dokumentes fortführen werden.

FRANKREICH—RSA

Wie Reuter am 13. Juli aus Paris mit Hinweis auf dortige offizielle Kreise meldete, beabsichtigt Frankreich große Ankäufe von Natururan in der RSA zu tätigen. Die Cogema, die dem französischen Atomenergiekommissariat untersteht, habe einen Kontrakt mit der RSA-Gesellschaft Randfontein Estates unterzeichnet. Am geichen Tag konkretisierte AFP, daß das Abkommen nach Angaben „ausländischer Quellen" vorsieht, im Zeitraum 1980—1990 900 bis 1000 t Uran jährlich für 27 Dollar pro engl. Pfund an Frankreich zu verkaufen. Der jetzige Weltmarktpreis beläuft sich auf 40 Dollar pro Pfund. Die Agentur erinnert daran, daß sich Frankreich im August 1976 bereit erklärt hat, der RSA zwei Atomreaktoren von je 900 MW zu liefern.

SIMBABWE

Ungeachtet zahlreicher Proteste der Weltöffentlichkeit wurde Mitte Juli Robert Bhebe, eine hervorragende Persönlichkeit der Afrikanischen Volksunion von Simbabwe, hingerichtet. Die rhodesische Polizei hatte ihn bereits im März v. J. festgenommen. Selbst nach offiziellen Angaben haben die rassistischen Gerichte Rhodesiens in den letzten 15 Monaten 105 Todesurteile gegen Afrikaner gefällt.

Auf die neuen Verbrechen der Rassisten antworten die Patrioten Simbabwes mit einer Aktivierung des bewaffneten Freiheitskampfes. In einem am 15. Juli in Maputo veröffentlichten Kommuniqué der Patriotischen Front von Simbabwe heißt es, daß Trupps der Volksarmee von Simbabwe (ZIPA) er-

——▶

UdSSR—JAPAN

DIE EINZIG RICHTIGE WAHL

Georgi KRASSIN

In den letzten Wochen haben sich in den sowjetisch-japanischen Beziehungen zwei wichtige Ereignisse zugetragen. In Moskau wurde ein zeitweiliges Fischereiabkommen und in Tokio ein neues langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen unterzeichnet, das dem Ausbau der Handels- und Wirtschaftsverbindungen zwischen den beiden Ländern bis 1980 einschließlich eine vertragsrechtliche Grundlage gibt.

Schon die Unterzeichnung der beiden wichtigen Urkunden bestätigt die großen Möglichkeiten zu einer für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit. Sie bestehen in verschiedenen Bereichen: in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Kunst.

Seit 20 Jahren ist der Handel auf mehr als das 70fache angewachsen und reichte 1976 über 2 Md. Rubel hinaus. Es liegt alle Ursache vor zu hoffen, daß die gegenseitigen Lieferungen in den fünf Jahren von 1976 bis 1980 10 Md. Rubel erreichen werden. Dazu soll auch das neue, fünf Jahre geltende Abkommen dienen. Auf der siebenten Tagung der beiderseitigen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die für September angesetzt ist, sollen konkrete Fragen eines Ausbaus des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen zur Sprache kommen.

In japanischen Geschäftskreisen zeigt man dafür lebhaftes Interesse. Als Beispiele der für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit können die bereits ausgeführten Großprojekte und die Abkommen dienen, laut denen Japan an der Nutzbarmachung der Naturschätze Sibiriens und des sowjetischen Fernen Ostens beteiligt wird.

„Ich kann mit Gewißheit sagen", erklärte Herr Doko, der dem größten japanischen Unternehmerverband — der Föderation der Wirtschaftsorganisationen — vorsteht, „daß die meisten Geschäftsleute Japans ihre diesbezügliche Einstellung nicht ändern. Wir sind an einer langfristigen Zusammenarbeit bei der intensiven Nutzung der Ressourcen Sibiriens und des Fernen Ostens interessiert. Darüber hinaus haben unsere beiden Länder noch viele ungenutzte Möglichkeiten auch auf anderen Gebieten, namentlich bei der friedlichen Atomenergienutzung." Für eine umfangreichere Zusammenarbeit mit der UdSSR hat auch Herr Nagano, der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Japans, Stellung genommen.

Die verschiedensten Bevölkerungsschichten Japans zeigen reges Interesse für die UdSSR und eine freundschaftliche Einstellung zum Sowjetvolk. Die im vergangenen April und Mai in Tokio abgehaltene Leistungsschau der UdSSR zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatte über 80 000 Besucher. Jetzt befindet sie sich in Osaka, der zweitgrößten Stadt Japans. Durchschlagenden Erfolg hat eine Ausstellung russischer und sowjetischer Gemälde. Eine Operntruppe der Moskauer Stanislawski- und Nemirowitsch - Dantschenko - Bühne fand großen Beifall. Rund 680 000 Japaner beteiligen sich an dem Russischunterricht, der im japanischen Fernsehen unter Mitwirkung sowjetischer Ansager ausgestrahlt wird. Kolloquien der Arbeiterjugend, wissenschaftliche Symposien, ein Delegationsaustausch und gewerkschaftliche Zusammenkünfte sind üblich geworden.

Doch finden sich innerhalb und außerhalb Japans Elemente, die dagegen auftreten, daß die gute Nachbarschaft mit der UdSSR ausgebaut und konsolidiert wird. In Presse, Funk und Fernsehen hetzen sie unverblümt gegen die UdSSR. Die kürzlichen Verhandlungen über die Fischerei zum Anlaß nehmend, stellten diese Elemente wieder unberechtigte Gebietsansprüche an die Sowjetunion.

Diese absurden Ansprüche werden bisweilen von Führern der liberal-demokratischen Regierungspartei und einiger anderer Parteien unterstützt, die sich fortschrittlich nennen. Unverhohlen faschistische Organisationen wie die Patriotische Partei Großjapan und die Internationale Liga für den Sieg über den Kommunismus hetzen zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR und verlangen, „den Sowjets sämtliche Kurilen und Südsachalin abzunehmen". Sowohl in Regierungskreisen als auch in der Opposition gibt es Politiker, die darauf dringen, daß Tokio Peking auf antisowjetischer Basis nähertritt, und hoffen auf chinesischen Rückhalt bei der „Gebietsstreitigkeit" mit der Sowjetunion. Sie fordern einen japanisch-chinesischen „Friedens- und Freundschaftsvertrag", der auch gegen die UdSSR gerichtete Punkte enthalten soll. Mit diesem Vertrag hofft China, Japan vor seinen Kriegswagen spannen und für die Ausführung seiner Hegemoniepläne benutzen zu können. Worauf aber rechnet man japanischerseits bei einem solchen Vertrag?

In Japan zeichnen sich also ganz deutlich zwei Einstellungen zur UdSSR ab: eine realistische, die im staatlichen Interesse von Land und Volk liegt, und eine irreale, die sich auf die reaktionären, revanchistischen und auf Peking orientierten Kreise stützt.

Zwischen Japan und der UdSSR kamen unlängst akute Probleme auf. Man mußte entscheiden, ob das Verhältnis im weiteren gutnachbarlich sein, oder ob sich die Beziehungen zuspitzen werden. Leonid Breshnew stellte folgendes fest: „Ich sehe es so, daß durch die Bemühungen beider Seiten die einzig richtige Wahl getroffen wurde, die Wahl zugunsten der weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit. Diese Tatsache an sich ist Hoffnung erweckend und gibt Anlaß zu der Zuversicht, daß sich unsere Beziehungen künftig nicht auf die Position des Vergangenen, sondern auf den Gedanken an die Zukunft stützen."

Um das restliche Mißtrauen zu beheben und einer steten Entwicklung des bilateralen Verhältnisses freie Bahn zu geben, hat die UdSSR einen Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit Japan in Vorschlag gebracht. Er würde den Bereichen der bilateralen Beziehungen eine feste Rechtsgrundlage geben, die schon reif dafür sind, und würde Chancen für ein Vorwärtskommen in verschiedenen Richtungen bieten.

Bei diesem Angebot geht die UdSSR davon aus, daß engere freundschaftliche Verbindungen nicht allein im Interesse der Völker beider Länder liegen, sondern auch dem Frieden im Fernen Osten und in der übrigen Welt sehr förderlich wären. ■

KONFLIKT UM BELIZE

Neuerdings schreiben die Zeitungen von einem Land, das auf der Karte nicht so leicht zu finden ist. Nach Belize (Fläche: 23 000 km², Bevölkerung: 140 000 Personen) wurden eiligst 1000 britische Fallschirmspringer entsandt, im Karibischen Meer kreuzen britische Kriegsschiffe.

Nach einigem Nachschlagen erkennt man in Belize das ehemalige Britisch-Honduras, eine Kolonie in Zentralamerika, die Großbritannien im 17. Jahrhundert an sich riß, nachdem es die dortigen Herrscher durch knechtende Verpflichtungen entmachtet hatte. Der heutige Name des Landes wird auf das altindianische Bel Itza („Straße aus Itza", einer altertümlichen Maya-Stadt) zurückgeführt.

Solange Belize besteht, wird um seine Zugehörigkeit gestritten. Der Nachbarstaat Guatemala erhebt Anspruch auf sein Territorium. Großbritannien will sein Honduras en miniature nicht aufgeben. Aber nach Annahme der historischen UNO-Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker mußte London unter dem Druck der Öffentlichkeit der Kolonie die sogenannte innere Selbstverwaltung gewähren und die Unabhängigkeit versprechen. 1964 hörte das Land auf, Britisch-Honduras zu heißen, doch hängt Belize noch immer von der britischen Krone ab. Zwar hat es ein Ministerkabinett und ein Parlament, aber die reale Macht liegt in der Hand des von London aus ernannten Gouverneurs. Dieser entscheidet über die lebenswichtigen Fragen: die Außenpolitik, die Verteidigung und die innere Sicherheit. In wirtschaftlicher Hinsicht ist Belize ein typisches Kolonialland mit rückständiger Landwirtschaft und praktisch ohne Industrie.

Den Anstoß für die heutigen Spannungen um Belize gab die Drohung des guatemaltekischen Diktators Eugenio Laugerud, Belize gewaltsam anzuschließen, wenn Großbritannien seine Selbständigkeit anerkenne. In Guatemala wurden Reservisten einberufen und Truppenverbände in einer Höhe bis 26 000 Mann an die Grenze zu Belize herangezogen. Übrigens hatte Guatemala Belize einmal schon „angeschlossen", u. zw. 1966, als es dieses kleine Land von sich aus als Departement seines Territoriums bezeichnete.



Woher dieses überraschende Interresse für Belize? Dort ist Erdöl entdeckt worden, und für Erdöl, das immer knapper wird, haben die US-Monopole eine Schwäche. Hinter dem Vorgehen des guatemaltektischen Regimes erkennt man ohne weiteres ihre richtunggebende Hand.

Die KP von Honduras definierte die Situation in einer Entschließung über Belize, die auf ihrem III. Parteitag beschlossen wurde, sehr genau: „Wer Belize heute zu einem guatemaltekischen Territorium erklärt und sogar die Waffen einzusetzen bereit ist, um die eigenen Annexionspläne zu verwirklichen, kann nur mit Mühe die Gier der multinationalen US-Gesellschaften maskieren, die ihren britischen Rivalen das Recht auf die Vorkommen von Erdöl und anderen Bodenschätzen in Belize streitig machen."

Wer auf Belize auch immer Anspruch erhebt, unter welchem Vorwand auch immer, es bleibt Tatsache: Dort hat sich bereits eine Nation herausgebildet, und niemand kann der Bevölkerung dieses Landes das Recht nehmen, einen unabhängigen Staat zu bilden. Das Volk von Belize hat das Recht, zu erwarten, daß nicht andere Staaten über sein Schicksal entscheiden, wieviel Erdöl der Boden von Belize auch bergen mag. Die Öffentlichkeit Lateinamerikas vertritt die Auffassung, daß nur eine wirkliche Unabhängigkeit dieses Landes den Weg zur Beilegung des Konfliktes in Zentralamerika freilegen wird.

W. TSCHIRKOW

NZ STREIFLICHTER

folgreich 61 Attacken, 50 Kommandounternehmen und 65 Diversionsakte ausgeführt sowie 35 Hinterhalte gelegt haben. Hierbei verloren die rhodesischen Truppen über 850 Mann. Die Flakartillerie holte 8 Flugzeuge des Gegners herunter. 58 Transportmittel und 4 rhodesische Armeelager wurden vernichtet. Die Patrioten erlangten viele militärische Ausrüstungen und Waffen. Laut Kommuniqué erfolgte die größte Kampfoperation in diesem Zeitraum am 27. April. An diesem Tag wurde in der operativen Zone Nord der Stützpunkt Nyamapanda liquidiert, der vom Smith-Regime für Aggressionsakte gegen Moçambique genutzt wurde.

AUSTRALIEN

Am 14. Juli demissionierte der australische Generalgouverneur John Kerr. Das gab Premierminister Malcolm Fraser offiziell bekannt. Er erklärte, Kerr habe die Verantwortung für die Verschärfung der politischen Lage im Lande übernommen.

Kerr hatte sich in Australien unbeliebt gemacht, als er im November 1975 die gewählte Laborregierung unter Gough Whitlam absetzte und Neuwahlen ankündigte. Dieser Schritt rief damals heftigen Protest bei weiten Kreisen der australischen Öffentlichkeit hervor, die ihn als Verletzung verfassungsrechtlicher Normen qualifizierten. Eine Streikwelle rollte durch das Land. Die Demonstranten verlangten die Demission des Generalgouverneurs. Die Forderungen nach einem Rücktritt Kerrs verstärkten sich, als in der Presse durchsickerte, daß er viele Jahre eng mit der Tätigkeit einiger Organisationen, die von der CIA finanziert werden, mit US-Firmen und mit dem australischen Nachrichtendienst liiert war.

Als Nachfolger Kerrs wurde der Vizekanzler der Universität von Queensland, Prof. Z. Cowen, genannt. Er wird sein Amt im Dezember antreten.

NAHER OSTEN

RÜSTUNGSWETTLAUF

„Wir sind im Nahen Osten in einer Krisensituation", sagte dieser Tage ein Assistent von Präsident Carter. „Wir gehen unruhigen Zeiten entgegen." Doch tragen denn die Washingtoner Politiker nicht selbst zu einem solchen Gang der Ereignisse bei?

Beginnen wir damit, daß die USA weiterhin Israel mit modernen Waffen versorgen, über die bisweilen allein die US Army verfügt. Jetzt stehen, wie kürzlich Außenminister Vance sagte, Waffentransporte im Werte von 3 Md. Dollar nach Israel bereit. Unterdes hat Tel Aviv bereits so viel amerikanische Kriegstechnik gehortet, daß nach Meinung selbst israelischer Zeitungen das Land über einen amerikanischen Lieferstopp ohne negative Folgen ein oder anderthalb Jahre lang hinwegkommen kann.

Mitte Juli beschloß das Pentagon, 60 F-15-Jäger an Saudi-Arabien zu verkaufen. Neueste Überschallflugzeuge werden das Arsenal dieser arabischen Monarchie auffüllen, die allein 1975—1976 Kontrakte über den Ankauf amerikanischer Waffen für über 7 Md. Dollar geschlossen hat. Doch siehe da: Als „Kompensation" für dieses Waffengeschäft beschloß man, 25 dieser Jäger auch an Israel zu liefern.

Auf den ersten Blick ein politisches Paradox — Ländern Waffen zu geben, die als potentielle Gegner gelten. Dazu in einem Raum, wo die Lage gespannt ist, in den letzten 30 Jahren vier Kriege entfesselt wurden und das Tempo des Wettrüstens nach westlichen Angaben sieben- bis achtmal höher liegt als sonst in der Welt. Nur ein großer Einsatz und Langzeitplanung können jemanden zu einem so riskanten Spiel bringen. Diese Kalkulation wird immer deutlicher. Bereits liegen Pläne in der Luft, die vor einigen Jahren noch utopisch schienen.

So ließ sich Anfang Juni die amerikanische Zeitung *Newsday* über Pläne für die Schaffung eines „Superblockes" im Nahen Osten aus. „Die Kraft dieses Blocks", schrieb das Blatt, „würde auf der großen arabischen Bevölkerungszahl und den arabischen Ölvorräten basieren, vereint mit den technischen, militärischen und finanziellen Möglichkeiten der Israelis" sowie der „Freunde Israels", d. h. der zionistischen Kreise. Ein Geheimemissar Tel Avivs sondierte hierfür den Boden in den Hauptstädten einiger konservativer arabischer Staaten bei „engen Freunden des saudischen Königs Haled" und wurde von ihnen sehr wohlwollend empfangen. Als ersten Schritt zur Realisierung solcher Pläne wurden „Friedensvorschläge gemacht, die offene Grenzen, die Bildung einer jordanisch-israelisch-palästinänsischen Konföderation und eines gemeinsamen Nahostmarktes vorsehen".

Mit derartigen Gedanken tragen sich viele einflußreiche israelische Politiker, die eine Neokolonialisierung der arabischen Länder anstreben, schon seit geraumer Zeit. Jetzt werden ihre Äußerungen fast wörtlich vom Weißen Haus wiederholt. „Ein freier Verkehr von Menschen, Waren und Ideen" zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn ist der Kernpunkt in den Plänen einer Nahostregelung, die von der jetzigen US-Administration vorgelegt werden.

Doch die eigentliche Schwierigkeit besteht darin, was aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten und den Rechten der Palästinenser werden soll.

Präsident Carter sprach vor dem Treffen mit dem neuen israelischen Ministerpräsidenten Begin vor Führern amerikanischer zionistischen Organisationen davon, wie die *Washington Post* schrieb, daß Israel nur „einige arabische Gebiete" zurückgeben werde. Hierbei stellte Carter das diesem Blatt zufolge viel stärker in den Hintergrund als bei früheren Erklärungen und sagte klarer als je zuvor, er billige den Gedanken der Bildung eines

WESTBERLIN

BONNER TRUGBILDER

Vor zwei Monaten erklärte der Staatssekretär des Bonner Innenministeriums Günter Hartkopf Westberlin zu nicht mehr und nicht weniger als einem „Bundesland der Bundesrepublik Deutschland". Den Bonner Politiker störte keineswegs, daß im Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 etwas völlig anderes gesagt ist. Die Westsektoren Berlins, heißt es, sind, „so wie bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland" und „werden auch weiterhin nicht von ihr regiert". Alles scheint klar zu sein. Jedoch, wenn in der BRD von Westberlin gesprochen wird, verkehrt sich die Wahrheit nicht selten in ihr Gegenteil.

Davon, daß die Äußerungen Hartkopfs eine übliche Provokation waren, zeugte auch der laute Beifall, der sowohl aus den Reihen von Strauß' CSU als auch von der Springerpresse zu hören war. Die Opposition beschränkte sich jedoch nicht nur auf Ovationen. Es folgte eine Parlamentsanfrage des CSU-Abgeordneten Zimmermann: Stimmen die Äußerungen Hartkopfs mit der Meinung der Regierung überein und haben etwa die Kabinettsmitglieder die Absicht, sich öffentlich genauso zu äußern?

Dieser Tage gab der parlamentarische Staatssekretär desselben Ministeriums Gerhart Baum eine schriftliche Antwort auf diese Anfrage. Im Namen der Regierung solidarisierte er sich mit den Äußerungen seines Kollegen. Westberlin sei ein Bundesland der BRD, und alle Bundesorgane sollten sich „ohne Einschränkungen" zu dieser Stadt wie zu einem Land der BRD verhalten. Das fordere der Beschluß des westdeutschen Bundesverfassungsgerichtes vom 31. Juli 1973, der, wie Baum unterstrich, „selbstverständlich für die Bundesregierung verbindlich ist".

Die Antwort Baums wurde von den Rechtskräften in der BRD mit Jubel aufgenommen. Ein CSU-Sprecher beeilte sich zu erklären, seine Partei sehe in der Stellungnahme des Staatssekretärs ... eine Bestätigung der (West-)Berlin-



Das Schaubild aus der Wochenzeitung **Horizont** (DDR) zeigt, daß sich in den letzten Jahren die israelischen Rüstungsausgaben mehr als verzehnfacht haben.

Foto TASS

unabhängigen Palästinenserstaates nicht.

Den Schwerpunkt, den die neue israelische Führung hervorhebt, bestimmte die Pariser Zeitschrift *Le Monde diplomatique* folgendermaßen: Begin und seine Partei „erblicken in Israel eine Bastion der freien Welt gegen den Kommunismus"... und gehen davon aus, daß sie mit Washington fest ein „gemeinsames Interesse daran verbindet, einer Ausbreitung des Kommunismus im Nahen Osten entgegenzuwirken".

Militanter Antikommunismus imponiert ja einflußreichen Personen nicht nur in Washington, sondern auch in einigen arabischen Hauptstädten. Nicht das erste Jahr versucht die arabische Reaktion gerade unter der Flagge des Antikommunismus zu einem Frontalangriff auf ihre Gegner überzugehen. Die imperialistischen Kreise der USA aber wollen offensichtlich die progressiven Strömungen im Nahen Osten dadurch abwürgen, daß Druck sowohl von den israelischen Militaristen als auch von der arabischen Reaktion ausgeübt wird. Die Politik dieser beiden Machtfaktoren will Washington auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Hier ein Beispiel ihres Zusammenwirkens. In Südlibanon leisten die israelischen Generale direkte Militärhilfe für die dortigen Rechtskräfte. Sind ja auf den Hügeln und in der südlibanesischen Ebene palästinensische Widerstandstrupps konzentriert. Die Pläne für eine neue Nahost-Allianz laufen besonders deutlich ihren Interessen zuwider.

Doch sind allein die Palästinenser unter Beschuß? Der israelische General Sharon, Organisator der Überquerung des Suez-Kanals im Oktoberkrieg von 1973 und jetzt Kabinettsmitglied Begins, gab kürzlich eine recht aufschlußreiche Erklärung gegenüber US-Senator Javits ab. Er empfahl den Amerikanern, „sich keine Sorgen über einen möglichen Einfluß des arabischen Öls auf die Pläne der USA zu machen, da Israel falls erforderlich die Ölfrage lösen kann". Die *Washington Post* schrieb zu dieser Erklärung, daß Sharon „offensichtlich auf eine in Zukunft mögliche israelische Operation gegen die Erdölfelder, z. B. in Libyen, angespielt hat". Warum ausgerechnet dort? Weil die Politik dieses Landes die besondere Unzufriedenheit des Imperialismus und konservativer Kräfte in der arabischen Welt hervorruft, die sich wie Tel Aviv meint, einer Aktion gegen Libyen nicht widersetzen würden. In der arabischen Presse werden ferner Irak und selbst die Ölstaaten am Persischen Golf als potentielle Zielobjekte für „Überraschungsaktionen" Israels genannt.

In einer solchen Lage müssen auch die Rechtskräfte in der arabischen Welt befürchten, daß Tel Aviv versucht, ihnen den Schlüssel zu den Ölressourcen des Nahen Ostens zu entreißen. Von Vertrauen zwischen den Schützlingen Washingtons kann nicht die Rede sein. Und deshalb versuchen die USA, beide Seiten mit zusätzlichen Waffenlieferungen zufriedenzustellen, wobei sie das Wettrüsten in Nahost forcieren. All das beschwört die Gefahr „sehr unruhiger Zeiten" herauf. Das Gejammer der Washingtoner Politiker über diese Gefahr erweist sich als reinste Heuchelei.

D. WOLSKI

---

politik der CSU sieht. Eine bemerkenswerte Erklärung.

Schon lange provozieren die Oppositionsparteien hartnäckig die Regierung der BRD zur Durchführung eines „harten Kurses" in den Westberlinangelegenheiten, der auf eine volle Einbeziehung der Stadt in das Staats- und Rechtssystem der BRD gerichtet ist. Leider schlug die sozialliberale Koalition des öfteren diesen zweifelhaften Weg ein, indem sie in Westberlin gesetzwidrig Bundesämter einrichtete und Abkommen auf diese Stadt ausdehnte, die offen ihrem Status und ihrer Sicherheit widersprechen.

Die jüngste Äußerung Baums ist ein neuer Versuch von Seiten der BRD, sich hinsichtlich Westberlins Rechte anzueignen, die sie nie besaß, nicht besitzt und nicht besitzen kann. Westberlin als ein Bundesland der BRD ist ein Trugbild, entstanden in jener ungesunden politischen Atmosphäre, die von den Gegnern der internationalen Entspannung ständig um diese Stadt angeheizt wird.

Die Realität, wie sie auch im Vierseitigen Abkommen dargestellt ist, sieht ganz anders aus. Das weiß man in Bonn sehr wohl. Westberlin bleibt weiterhin besetztes Territorium, es ist ein Gebiet mit einem besonderen politischen Status, der durch die Abmachungen der vier Mächte bestimmt wurde. Und weder der Senat von Westberlin noch die Behörden der BRD haben das Recht, diesen Status zu verändern. Im Gegenteil, sie sind verpflichtet, ihn strikt einzuhalten.

In diesem Sinne sind die Äußerungen Baums, Hartkopfs und anderer ebenso wie auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes der BRD, das Westberlin zu einem Land der BRD erklärt, Beschwörungen, die an der wirklichen Lage der Stadt nichts ändern können, jedoch einen nicht geringen Schaden anrichten. Sie schaffen um Westberlin eine Atmosphäre der Spannung und Unsicherheit, stören die Anstrengungen, die darauf gerichtet sind, daß diese Stadt aktiv zur Entspannung und Zusammenarbeit beiträgt.

In Bonn geizt man gewöhnlich nicht mit Treueerklärungen zum Vierseitigen Abkommen. Man redet gern über die Bereitschaft, Komplikationen und Konflikte um Westberlin zu vermeiden. Gute Worte, vernünftige Gedanken. Oft gehen jedoch Worte und Taten auseinander. Und das geschieht immer, wenn man bei der Jagd auf Trugbilder den Sinn für die Realität verliert. Der jüngste Auftritt von Staatssekretär Baum ist ein Beispiel dafür.

W. SANIN

HELMUT SCHMIDT IN WASHINGTON

Wohl kaum ein anderer namhafter westlicher Politiker hätte US-Präsident Carter besser darüber informieren können, wie Westeuropa auf den außenpolitischen Kurs der neuen US-Administration reagiert. Helmut Schmidt trifft regelmäßig mit den führenden Politikern der Neun zusammen und ist über ihre Stimmungen gut informiert. Vielleicht vertraten gerade deshalb viele Kommentatoren vor Schmidts USA-Reise (13. und 14. Juli) die Auffassung, Helmut Schmidt werde gegenüber Carter seine Besorgnis darüber äußern, daß der Kurs Washingtons in der „Menschenrechtsfrage" die globale Entspannung gefährdet. Die **New York Post** ging noch weiter: Sie behauptete, das Wesen der US-Strategie löse Besorgnis aus.

Wir wissen nicht genau, was der Kanzler dem Präsidenten gesagt hat. Die amerikanische Presse schrieb, die Differenzen zwischen Schmidt und Carter seien „abgeschwächt" worden. Das sagte auch ein Sprecher des Weißen Hauses. In den offiziellen Erklärungen wurde der Schwerpunkt auf die Übereinstimmung beider Seiten gelegt. Das rechtfertigte die scharfe Kritik, die der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann Gautier in einer Erklärung vom 15. Juli an den Ergebnissen des Besuches übte. Er kritisierte den Bundeskanzler, dieser trete nicht gegen den Versuch entspannungsfeindlicher Kreise der USA auf, zu einer neuen Runde des Wettrüstens überzugehen. Zugleich ist die Lage, in der dieser Besuch stattfand, für die Beziehungen kennzeichnend, die sich zwischen den USA und Westeuropa insgesamt und der BRD insbesondere herausbilden. Obgleich ein recht weiter Kreis von Fragen der bilateralen Beziehungen erörtert wurde, lag der Schwerpunkt der Gespräche bei Problemen von größerer Tragweite. Das ist auch verständlich angesichts jener logischen Folgen, die viele westeuropäische Politiker bei einer Analyse von Carters Kurs vorhersehen.

Erstens betonte Schmidt, seine Regierung sei an einer Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses sowie an einem Erfolg der Verhandlungen von Belgrad und Wien interessiert. Zweitens äußerte er darüber Besorgnis, daß bei einer Verschlechterung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen der Spielraum der Entspannungspolitik kleiner wird. Nach derartigen Erklärungen konstatierten amerikanische Kommentatoren sogleich, Carters „harter Kurs" rufe in Westeuropa keine Begeisterung hervor.

Es ist wohl allen deutlich, daß Carter und Schmidt in ihrer prinzipiellen Haltung zur Menschenrechtsproblematik und in ihrem Demokratieverständnis übereinstimmen. Der Bundeskanzler ist in diesen Fragen ebenso weit von der Position der sozialistischen Welt entfernt wie der US-Präsident. Theorie und Praxis der BRD-Regierung haben das wiederholt gezeigt. Doch nach Schmidts Meinung gibt es andere Möglichkeiten für einen „Schutz der Menschenrechte" als die jetzige Methode des Präsidenten. Der Kanzler erklärte im Nationalen Presseklub in Washington, für den Schutz der Menschenrechte sei es das beste, eine aktive Entspannungspolitik zu betreiben.

Die Haltung gegenüber der Entspannung ist jetzt ein akutes Problem für die USA und die anderen westlichen Länder. Das Treffen Carter—Schmidt hat auf seine Art die Richtigkeit der Feststellung bestätigt, die so oft von den Verantwortlichen in aller Welt wiederholt wird: Zur Entspannung gibt es keine Alternative.

L. ILJIN

EMBARGO-KNÜPPEL

Eine Arbeitsgruppe des US-Verteidigungsministeriums hat, wie die **Washington Post** meldet, einen detaillierten Plan für eine „Ausweitung und Verschärfung" des Embargos bei Lieferungen amerikanischer Waren in die UdSSR erarbeitet, der, wie es heißt, der Sowjetunion den Zugang zu westlicher Technologie von strategischer Bedeutung versperren soll.

Der Plan, über den sich Pentagon-Experten 18 Monate den Kopf zerbrachen, ist, wie die Zeitung schreibt, von einer „neuen Einstellung" gekennzeichnet. Das Embargo soll auf das Know-how, das von Universitäten und Betriebskonstruktionsbüros entwickelt wird, auf Auslandsreisen technischer Spezialisten und auf Kontrakte von US-Firmen mit Firmen in anderen westlichen Ländern ausgedehnt werden.

Washington will also in den Beziehungen zur Sowjetunion wieder den harten Mann spielen — diesmal im Handel. Ist es doch für niemanden ein Geheimnis, daß auch ohne die „neue Einstellung" das „strategische Embargo" für die Gegner des Ost-West-Handels ein psychologisches Druckmittel ist. Hierdurch versucht man, US-Geschäftsleute gerade jener Branchen, deren Produkte für eine Ausweitung des Exports in die sozialistischen Länder besonders vielversprechend sind, vom Handel mit der Sowjetunion abzubringen. Ein Beispiel dafür, wie willkürlich derartige Verbote praktiziert werden, sind die Computer Cyber 76, deren Export im Juni von Carter höchstpersönlich untersagt wurde (siehe NZ 26/77). Sie können ja, wie die Erzeugerfirma Control Data versicherte, in der UdSSR nur zur Wettervorhersage eingesetzt werden.

Die Verschärfung der Embargopraktiken kann auch Projekte der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft und bei der Förderung von Bodenschätzen in Mitleidenschaft ziehen, an deren Verwirklichung große amerikanische Firmen interessiert sind.

Die Absicht, den wissenschaftlich-technischen Austausch in das Embargo einzubeziehen, muß auch jene Bereiche berühren, die entsprechend den sowjetisch-amerikanischen Abkommen gemeinsame Forschungen sowie einen Austausch von Wissenschaftlern und Fachleuten vorsehen.

Die „neue Einstellung" Washingtons signalisiert schließlich auch weiteren amerikanischen Druck auf die westlichen Länder, die industriell und wissenschaftlich-technisch mit den sozialistischen Staaten zusammenarbeiten.

Im Handel glaubt man noch mehr als in der Politik nicht Worten, sondern Taten. Die angesteuerte Verschärfung des Embargos zeigt ein weiteres Mal: Washingtons Taten decken sich nicht mit seinen Beteuerungen, in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen habe es wegen der „neuen Einstellung" der jetzigen Administration keine Wende zum Schlechteren gegeben.

F. GORJUNOW

AUSNAHMEN OHNE REGEL

Bekanntlich gibt es keine Regel ohne Ausnahmen. Doch auch das Gegenteil kommt vor — zumindest wollten das die Waffenlieferanten der RSA-Rassisten der Weltöffentlichkeit weismachen.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärte auf einer Pressekonferenz in Washington, die Vereinigten Staaten würden sich strikt an das UNO-Embargo für Rüstungslieferungen an das RSA-Regime halten. Und wenn die Rassisten auch so manches erhielten, dann sei das eine „Ausnahme". Was den Export amerikanischer Waffentypen betreffe, die in anderen Ländern hergestellt werden, so seien die USA, wie er betonte, dafür nicht verantwortlich.

Auch andere Exporteure denken gar nicht daran, die Verantwortung für Embargo-Verletzungen zu übernehmen. Die italienische Firma Oto Melare, die für die RSA Schützenpanzerwagen und Selbstfahrlafetten herstellt, kann z. B. stets darauf verweisen, sie produziere mit amerikanischen Lizenzen und mit Zustimmung der USA. Doch manchmal müssen westeuropäische Länder auch Lieferungen ihrer eigenen Waffen eingestehen. Doch dann sagen sie, das sei nicht die Regel, sondern die Ausnahme.

Nach Angaben, auf die ein bedeutender amerikanischer Wirtschaftswissenshaftler verwies, gibt es im RSA-Arsenal, das mit Hilfe der USA und anderer westlicher Länder geschaffen wurde, jetzt etwa 1000 Flugzeuge und Hubschrauber, 525 Panzer, 2400 Schützenpanzerwagen und Panzerspähwagen...

Sind das nicht zu viele Ausnahmen von der angeblich nicht existenten Regel der Unterstützung für das Rassistenregime?

W. BOIKOW

Was heißt hier Dummheit?

Der gemeinsame Ausschuß des Exekutivkomitees der Labour Party für Innen- und Außenpolitik billigte den Schluß aus dem Report einer Arbeitsgruppe, die Rüstungsausgaben zu kürzen. Nachdem sich die Arbeitsgruppe unter dem Parlamentsabgeordneten Ian Mikardo drei Jahre mit diesem Problem befaßt hatte, legte sie einen vernünftigen Vorschlag vor, der von den nationalen Interessen Großbritanniens bestimmt ist. Der britischen Wirtschaft geht es alles andere als gut, nicht zuletzt wegen der riesigen Rüstungsausgaben.

Doch wie war die Reaktion in Westminster?

Die Tories waren außer sich: Dieser Plan bedrohe die Sicherheit Europas, Großbritannien bleibe ungeschützt und die Verbündeten würden das Vertrauen zum Inselreich verlieren. Ein Verteidigungsexperte der Konservativen, Ian Gilmour, bezeichnete den Plan als puren Nonsens. Aber das war ja von den Tories auch zu erwarten.

Premierminister James Callaghan nahm leider diesen Vorschlag nicht ernst — so schrieb der DAILY MAIL.

Verteidigungsminister Fred Mulley beteuerte, die Regierung werde nie ihre NATO-Verbündeten im Stich lassen. Den Plan bezeichnete er als ausgesprochene Dummheit.

Eine Reduzierung der Rüstungsausgaben ist also nach Mulley dumm. Wie soll man dann ihre ständige Forcierung bezeichnen?

M. TSCHERNOUSSOW

STEIGENDE LEBENSHALTUNGSKOSTEN

Die Benzin- und Kaffeepreise klettern ständig, die Stimmung der bundesdeutschen Konsumenten aber sinkt — so schrieb **Die Welt** zur wachsenden Teuerung im Westen.

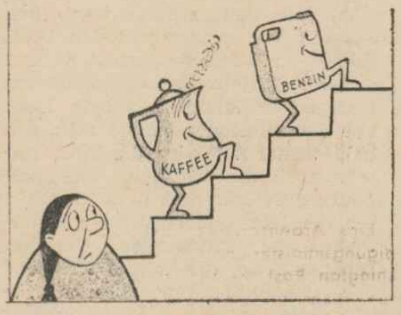
Allein im Zeitraum 1971—1975 sind die Preise für Massenbedarfsgüter in der BRD fast um 35%, in den USA um 39%, in Frankreich um 53%, in Italien und Japan um über 70% und in England um 84% gestiegen.

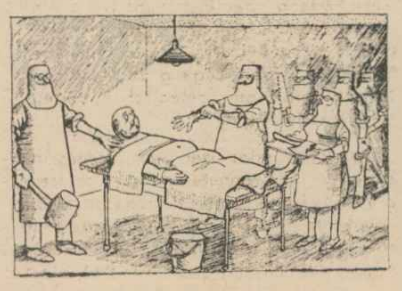
* * *

Eine schwere Krankheit bedeutet auch den finanziellen Ruin. Ein Tag im Krankenhaus kostet in den USA 128 Dollar und eine Blinddarmoperation 820 Dollar.

Folgendes Rezept für eine Reduzierung dieser Ausgaben präsentiert die **Süddeutsche Zeitung:**

Operation 1977: „Na ja, Herr Ehrenberg, wir wollen's eben möglichst billig machen!"





Die direkten und indirekten Steuern schlucken 20—30% der Löhne und Gehälter der Arbeitenden im Westen. Dazu brachte der **Wall Street Journal** (USA) folgende Karikatur: „Elsie, komm' doch bitte mal herunter und erkläre dem Herrn hier, wo unser Geld geblieben ist."



ÄGYPTEN

EIN JAHRESTAG UND SEINE LEHREN

Juri POTOMOW

Mit Gewißheit läßt sich sagen, daß die Jahrtausende der ägyptischen Geschichte nicht gar so viele Perioden kennen, die, was die Vielzahl der Ereignisse, ihren dramatischen Charakter und die Stärke ihres Einflusses auf die Geschicke des ägyptischen Volkes und der anderen arabischen Völker angeht, mit den 25 Jahren nach der Revolution von 1952 vergleichbar wären. Die Revolution des 23. Juli, die unter Führung des hervorragenden arabischen Patrioten und Kämpfers gegen den Imperialismus, Gamal Abdel Nasser, vollbracht wurde, hat der antiimperialistischen nationalen Befreiungsbewegung nicht nur in Ägypten starke Impulse gegeben. Und obgleich heute viele ihrer Errungenschaften in Ägypten fast völlig revidiert und abgelehnt werden, bleibt der revolutionäre Elan weiterhin so stark, daß selbst offene Gegner der Revolution sich bisweilen als ihre „Verteidiger" ausgeben aus Angst, das Vertrauen der ägyptischen Volksmassen zu verlieren. Für die Mehrheit der Ägypter war und bleibt die Juli-Revolution ein Symbol des neuen Lebens, der nationalen Unabhängigkeit und der sozialen Gerechtigkeit.

Wenn man von der Revolution 1952 spricht, meint man nicht nur die Aktion der ägyptischen Patrioten, die zur Liquidierung der reaktionären Monarchie, einer Marionette des Imperialismus, der einheimischen Feudalherren und der Kompradorenbourgeoisie geführt hat. Wenn das alles gewesen und die Positionen jener Kräfte nicht erschüttert worden wären, die mit den Attributen einer historisch überfälligen Monarchie parasitierten, dann wären die Ereignisse des 23. Juli nur ein Militärputsch gewesen wie viele andere. In Ägypten bestand vor 25 Jahren eine andere Situation.

Die Revolutionäre unter Nasser setzten sich die Aufgabe, eine Verwirklichung ihrer Ziele durchzusetzen, u. a. vor allem die Liquidierung der Positionen des Imperialismus und seiner Helfershelfer, des Feudalismus sowie der Macht der Monopole und des Kapitals. Die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes mußte überwunden und eine unabhängige nationale Wirtschaft geschaffen werden.

Die Anfangsperiode der ägyptischen Revolution — die 50er Jahre, als die ersten Schritte zur Lösung dieser vordringlichen Probleme getan wurden — kann man zu Recht als Zeit des Suchens und des Experimentierens charakterisieren. Man wollte optimale Wege und Mittel finden, um eine wahre nationale Unabhängigkeit zu gewährleisten, und auf viele Fragen, die im heutigen Ägypten diskutiert werden, wurden Antworten bereits in den ersten nachrevolutionären Jahren gegeben.

Ein Hauptproblem, mit dem die ägyptische Führung damals konfrontiert war, bestand darin, Finanzquellen für die nationalen Entwicklungsprojekte ausfindig zu machen. Die Bodenreform, das Projekt des Assuan-Damms, die industrielle Entwicklung und die Erschließung der Wüstengebiete — all das verlangte große Investitionen. Man hegte Illusionen, daß das nötige Geld von den größten westlichen Staaten, vor allem aus den USA, sowie aus den Ersparnissen und anderen Mitteln der einheimischen Bourgeoisie kommen würde. Doch von den Illusionen mußte man sich bald trennen. Weder die einheimische noch die westliche Monopolbourgeoisie kam dem Land zu Hilfe, um die jahrhundertealte Rückständigkeit zu überwinden. Überdies sabotierte sie direkt die Versuche der revolutionären republikanischen Regierung zur Lösung dieser Aufgabe.

Ein klassisches Beispiel für den Wortbruch imperialistischer Kreise war die Weigerung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung 1956 (mit Segen der US-Monopole), ihr Versprechen einzulösen, den Bau des Assuan-Damms zu finanzieren. Einige Jahre später, im Januar 1971, sagte Anwar Sadat, bereits als Präsident Ägyptens nach Nassers Tod hierzu: „...Daß die USA ihr Versprechen gebrochen haben, beim Aufbau des Hochdamms zu helfen, ist nur ein Kettenglied in ihrer Tätigkeit. Dies läßt uns glauben, daß es eine politische Linie der USA gibt, die den Hoffnungen der arabischen Nation zuwiderläuft und ihr Streben nach einer friedlichen Entwicklung und dem Aufbau eines neuen Lebens behindert."

Der Imperialismus begegnete auch dem Versuch der jungen Republik feindselig, sich selbst die für ihre Entwicklung notwendigen Mittel zu sichern, wobei sie die Positionen des Westens in der ägyptischen Wirtschaft begrenzte, insbesondere durch die Nationalisierung der Suezkanal-Gesellschaft. Um die „unruhigen Ägypter zu besänftigen", wurde die Dreieraggression gestartet — das Kriegsabenteuer Israels, Großbritanniens und Frankreichs im Suezkanal-Raum, das faktisch von den USA abgesegnet war. Es endete mit einem Fiasko.

Die Suezkrise und der langwierige Kampf der jungen ägyptischen Republik gegen die Versuche, sie in Militärpakte zu zwingen, trugen noch mehr dazu bei, daß die ägyptische Führung verstand: Die nationalen Interessen der arabischen Völker und die neokolonialistischen Bestrebunben imperialistischer Kreise sind unvereinbar.

Das ägyptische Volk behauptete sein Recht auf eine unabhängige und freie Entwicklung in einem schwierigen, aufreibenden Kampf gegen Imperialismus und Reaktion. In Ägypten weiß man nur zu gut, daß ein Erfolg hierbei in nicht geringem Maße von der Unterstützung der nationalen Hoffnungen des ägyptischen Volkes durch die Fortschrittskräfte der Welt abhängt, vor allem durch die Länder der sozialistischen Gemeinschaft.

Bereits in den ersten Jahren der jungen Republik wurde das Fundament für ihre gleichberechtigten und beiderseitig nützlichen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern gelegt. Die Zusammenarbeit bei der Festigung der Verteidigungsfähigkeit Ägyptens, die prinzipielle Zusage für den Bau des Assuanstaudamms sowie die aktive und entschiedene Unterstützung des ägyptischen Widerstands gegen die Dreieraggression — all das hat dem ägyptischen Volk gezeigt, daß es in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern aufrichtige, zuverlässige Freunde hat.

Die UdSSR nimmt nach wie vor

eine konsequente, prinzipielle Haltung bei der Unterstützung des antiimperialistischen Freiheitskampfes des ägyptischen Volkes und der anderen arabischen Völker ein. Die wachsende Macht des Sozialismus, sein Einfluß auf die Weltentwicklung und die Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus haben günstige internationale Voraussetzungen für die ägyptische Revolution geschaffen. Doch man mußte es verstehen, eine solche Lage zu nutzen, geleitet von den wahren nationalen Interessen des ägyptischen Volkes. Ein großes Verdienst der revolutionären Führung Ägyptens unter Nasser war es, daß sie es vermochte, den Widerstand der imperialistischen Kreise und der einheimischen Reaktion zu überwinden, die jahrzehntelang zwischen Ägypten und den sozialistischen Ländern Desinformation und Verleumdungen säen. Die ägyptische Führung hat den Weg einer breiten und allseitigen Zusammenarbeit mit diesen Ländern eingeschlagen, ohne es den Feinden des ägyptischen Volkes zu erlauben, das Land in der Welt zu isolieren. Wie klug und weitsichtig diese Politik war, wurde durch die gesamte spätere Entwicklung Ägyptens bewiesen.

In dieser Zeit wurde die Notwendigkeit enger freundschaftlicher Beziehungen zwischen Ägypten und der Sowjetunion besonders deutlich. Angesichts der westlichen Wirtschaftsblockade, der ständigen Verschwörungen gegen die revolutionäre Republik und der Gefahr einer israelischen Aggression mit Rückendeckung imperialistischer Kräfte war die Unterstützung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten für Ägypten ein entscheidender Faktor bei den progressiven Umgestaltungen. Wahre Symbole des Fortschritts und der Unabhängigkeit Ägyptens wurden der Assuanstaudamm, der mit sowjetischer Hilfe entstand, sowie viele andere wichtige Volkswirtschaftsobjekte, die die Grundlage der unabhängigen Volkswirtschaft bildeten.

Die Rolle der Sowjetunion bei der Stärkung der ägyptischen Streitkräfte ist allgemein bekannt, was von besonderer Bedeutung ist in Anbetracht der ständigen Anschläge imperialistischer Kräfte auf die Freiheit und Unabhängigkeit des ägyptischen Volkes. Die israelische Aggression als Bestandteil der antiarabischen Politik des Weltimperialismus unterstrich lediglich die Richtigkeit von Nassers Linie auf eine allseitige Entwicklung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten. Die ägyptische Führung betonte wiederholt die Bedeutung und Wirksamkeit der sowjetischen Militärhilfe für die Abwehr der israelischen Expansionisten.

Die Sowjetunion war und bleibt ihrem prinzipiellen Kurs gegenüber Ägypten und dem befreundeten



At-Tahrir (Befreiung) — der zentrale Platz der ägyptischen Hauptstadt
Foto TASS

ägyptischen Volk treu. Dieser Kurs hängt nach wie vor nicht von vorübergehenden politischen Konstellationen ab. Um so mehr ist jetzt zu bedauern, daß in letzter Zeit entgegen dem Wunsch der Sowjetunion gewisse negative Elemente in die sowjetisch-ägyptischen Beziehungen getragen wurden. Heute versuchen gewisse Leute aufdringlich, die Ägypter und die anderen arabischen Völker davon zu überzeugen, die sowjetischen Menschen wären schuld daran, daß die guten Beziehungen zwischen Ägypten und der Sowjetunion gestört sind. Nichts ist so unwahr wie derartige Behauptungen.

Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern war in Ägypten stets Gegenstand des Kampfes zwischen den patriotischen Fortschrittskräften und jenen Kreisen, die gegen die Ziele der Julirevolution aus ihrem Programmdokument — der Charta nationaler Aktionen — auftreten.

Die Politik der Freundschaft mit den sozialistischen Ländern war stets ein fester Bestandteil des gesamten progressiven Kurses dieses Landes. Deshalb ist die Einstellung zu diesem Kurs auf das unmittelbarste auch mit dem Verhältnis zur Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten verbunden. In Ägypten — in Führungskreisen wie bei den breiten Volksmassen — hat man das immer gut verstanden. Das kam z. B. in einem so wichtigen offiziellen Dokument zum Ausdruck, das bald nach Nassers Tod angenommen wurde, wie im Programm nationaler Aktionen (Juli 1971). In dem Kapitel, das von den Umtrieben der Gegner einer progressiven Entwicklung Ägyptens handelt, heißt es: „Unsere Außenpolitik, unsere Zugehörigkeit zum Lager der Völker, die für die Befreiung und die Liquidierung des Kolonialismus kämpfen, unsere Freundschaft mit der heroischen Sowjetunion — all das wurde angezweifelt. Stimmen wurden laut, die dazu aufriefen, auf die Entwicklung und ihre hohen Ziele zu verzichten, den staatlichen Sektor zu beschränken, unsere Beziehungen zu den imperialistischen Kräften zu regeln und den Investitionen der imperialistischen Monopole den Zutritt zu unserem Lande zu eröffnen..."

Anläßlich des 25. Jahrestages der ägyptischen Revolution wird in der Sowjetunion erneut die Bereitschaft betont, gute Beziehungen zu Ägypten auf fester, prinzipieller Grundlage zu unterhalten und zu entwickeln. Bei den kürzlichen Gesprächen zwischen dem sowjetischen und dem ägyptischen Außenminister in Moskau wurde sowjetischerseits erklärt, daß wir für eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit Ägypten u. a. im politischen und wirtschaftlichen Bereich eintreten. Von diesen Positionen aus geht die UdSSR an eine Normalisierung der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen heran. Verständlicherweise verlangt dieses Ziel gemeinsame Anstrengungen und eine Berücksichtigung der Interessen beider Völker.

Die Völker der Sowjetunion und der ARÄ haben gemeinsame Ziele im Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus, für die Liquidierung der Folgen der israelischen Aggression sowie für die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten. Bei gutem Willen können alle Hindernisse bei der Wiederherstellung und Entwicklung der sowjetisch-ägyptischen Beziehungen auf guter, fester und prinzipieller Grundlage überwunden werden. Die Sowjetunion tut hierfür alles Erdenkliche. ■

BAUMEISTER DER UNABHÄNGIGKEIT

Alexander MALOW

In der Geschichte des unabhängigen Burmas nimmt der nationaldemokratische General Aung San, der vor 30 Jahren ein tragisches Ende fand, einen besonderen Platz ein. Die Ranguner Zeitschrift *Forward* nannte ihn den Baumeister der burmesischen Unabhängigkeit. Er führte nicht nur den Freiheitskampf an, sondern umriß auch, wie das unabhängige Burma politisch, sozial und wirtschaftlich beschaffen sein werde.

Geboren wurde er am 13. Februar 1915 in Natmauk (Zentralburma). Sein Vater war Rechtsanwalt U Pha, dessen Familie durch Generationen für ihre patriotische Einstellung bekannt war. In seiner Kindheit und Jugend war Maung Htein Lin, wie sie ihn bei seiner Geburt nannten, von den Erzählungen seines Großvaters Bo Min Yaung über den heldenhaften Kampf gegen die britischen Kolonialherren stark beeindruckt. Der „Goldene Yaung", wie der Alte im Volke hieß, kämpfte bis an sein Ende mit der Waffe in der Hand gegen die britische Kolonialarmee.

Politisch geschult und revolutionär gestählt wurde der junge Aung San im antiimperialistischen Kampf vor dem zweiten Weltkrieg. Kaum 20 Jahre alt, wurde er führend in der Studentenbewegung, die im Kampf für die nationale Befreiung Burmas eine große Rolle spielte. 1937, noch als Student der Universität Rangun, widmete er sich der politischen Tätigkeit. Ein Jahr später wurde er zum Generalsekretär der größten antiimperialistischen Organisation, der Dobama Asiayone (Burma den Burmesen), gewählt, die für völlige nationale Unabhängigkeit kämpfte.

Im zweiten Weltkrieg scharte Aung San die burmesischen Patrioten um sich. Sie bildeten den Kern der burmesischen Nationalarmee, die sich an der Befreiung des Landes beteiligte. Allerdings machte er, wie er später selbst gestand, den Fehler, als er dem Versprechen der japanischen Militaristen, die Engländer aus Burma hinauszusetzen und sein Volk unabhängig zu machen, Glauben schenkte.

Als die Japaner aber Burma besetzten, gingen Aung San und seinen Kampfgefährten die Augen auf. Die neuen Unterdrücker übten Terror und Gewalt. Nun der Illusionen ledig, bildete Aung San gemeinsam mit anderen Patrioten im Jahre 1944 eine antiimperialistische Einheitsfront, die Antifaschistische Volksbefreiungsliga, und bereitete Armee und Volk auf die Entscheidungsschlacht gegen die japanischen Okkupanten vor. Am 27. März 1945 leiteten die Nationalarmee Burmas und die illegalen Widerstandsorganisationen, geführt von der Liga, zu deren Präsidenten Aung San gewählt worden war, einen bewaffneten Aufstand gegen die Besatzer ein und befreiten Rangun, die Landeshauptstadt, am 1. Mai. Im letzten Jahr des zweiten Weltkriegs — 1945 — kämpften die burmesischen Patrioten gemeinsam mit den Truppen der Alliierten gegen das militaristische Japan.



Aung San, der Nationalheld Burmas

Nach dem Krieg setzte Aung San alles daran, die Versuche der britischen Imperialisten zu vereiteln, Burma wieder das Kolonialjoch aufzuhalsen. Von ihm geführt, mobilisierte die Liga die Massen zum entscheidenden Kampf für die völlige Befreiung des Landes. Unter seiner Leitung wurde auch die erste Verfassung des unabhängigen Burmas formuliert und eine provisorische Regierung gebildet; ferner wurden Wahlen zur Konstituante abgehalten, die am 4. Januar 1948 die Unabhängigkeit Burmas ausrief. Aung San hat die frohe Stunde nicht erlebt. Seinen Feinden verhaßt, war er vom Volke geliebt. Am 19. Juli 1947 fiel er von der Hand gedungener Mörder der Imperialisten.

Aung San war führend beteiligt an der Bildung des burmesischen Einheitsstaates: der Republik der Union von Burma, in der sich die Burmesen, Schan, Karen, Katschi, Kai und Tschin föderierten. Dem Führer des Freiheitskampfes ist es unstreitig als Verdienst anzurechnen, daß er 1947 eine Konferenz von Vertretern der nationalen Minderheiten zustande brachte, so daß die britischen Imperialisten das Land nicht in Separatstaaten zersplittern konnten.

Von Aung San liegt ein umfangreicher theoretischer Nachlaß vor. Seine wichtigsten politischen, sozialen und ökonomischen Ansichten sind in unter seiner Leitung abgefaßten Dokumenten, in Aufsätzen und Reden niedergelegt, die auch in der UdSSR veröffentlicht worden sind *. Er sah Burmas Zukunft sozialistisch, bemühte sich aber um einen „burmesischen Weg zum Sozialismus", gangbar für das zurückgebliebene Agrarland, in dem der Buddhismus noch starke Traditionen und großen Einfluß hat. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß er auf die Bauernschaft baute und die Arbeiterklasse als die führende Kraft im Kampf für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft unterschätzte.

Auf einer Konferenz der Liga sagte Aung San am 23. Mai 1947, die von ihm geplante Umgestaltung des unabhängigen Burmas sei eine Synthese von Kapitalismus und Sozialismus. Seinem sozialen und wirtschaftlichen Programm zufolge sollten Bergbau, Ölindustrie, Energiewirtschaft, Fernmeldewesen, Naturschätze, Grund und Boden und Forsten verstaatlicht werden. Er schrieb, daß „ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit die politische Unabhängigkeit ein Hohn, eine Farce ist".

Aung Sans politische Anschauungen waren dem wissenschaftlichen

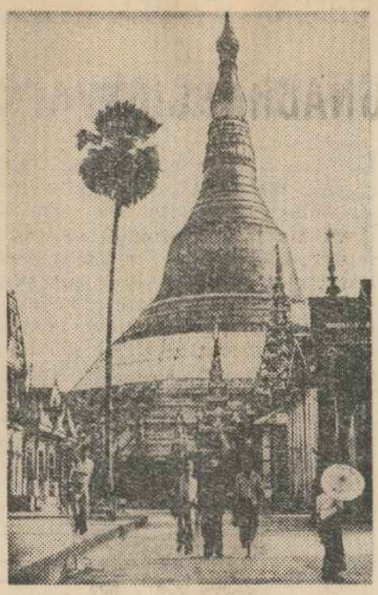
* Aung San, „Burmas Herausforderung". Aufsätze und Reden. Moskau 1965 (russ.)

Sozialismus nahe, ganz aber konnte er ihn nicht akzeptieren. Als überzeugter Antiimperialist und Antikolonialist blieb er bis an sein Lebensende ein revolutionärer Demokrat. Seine fortschrittlichen Ideen übten einen starken Einfluß auf die Nachkriegsgeneration der burmesischen Patrioten aus, die im März 1962 zur Macht kamen und die sozialistische Umgestaltung der burmesischen Gesellschaft zu ihrer Aufgabe machten. Die Ideen Aung Sans fanden ihren Niederschlag im Programm der Regierungspartei — der Burmesischen Sozialistischen Programmpartei —, betitelt „Der burmesische Weg zum Sozialismus".

In den anderthalb Jahrzehnten wurden unter Führung der revolutionären Demokraten einige wichtige soziale und wirtschaftliche Reformen vorgenommen: Verstaatlicht wurden der Besitz des ausländischen sowie des privaten Großkapitals, das Finanz-, Verkehrs- und Fernmeldewesen, der Außen- und Binnengroßhandel, die Schulen, Krankenhäuser, Lichtspieltheater und Zeitungen. Gemäß der neuen Verfassung von 1973 wurden Landeswahlen zur Volksversammlung und zu den örtlichen Machtorganen abgehalten. Am 2. März 1974 übergab ihnen der für die Übergangszeit gebildete Revolutionsrat als höchstes gesetzgebendes Organ die ganze Macht. In einem speziellen Artikel der neuen Verfassung heißt es, daß nur eine Partei, die Burmesische Sozialistische Programmpartei oder, wie sie burmesisch heißt, die Lanzin, im Staat führend ist.

In den 15 Jahren ihres Bestehens hat sie den dornenvollen Weg des politischen und organisatorischen Werdens zurückgelegt und hat sich aus einer engen „Kaderpartei" zu einer politischen Massenorganisation entwickelt, die heute über 1 Million Mitglieder hat (3,3% der Landesbevölkerung). Von ihr geleitet, betätigen sich die Massenorganisationen der Arbeiter, der Bauern und der Jugend, die etwa 10 Millionen Mitglieder haben, was ein Drittel der Landesbevölkerung ausmacht.

Für das Wirken der Lanzin als Regierungspartei haben ihre bisherigen drei ordentlichen und zwei außerordentlichen Parteitage eine große Rolle gespielt. Am III., der Ende Februar, Anfang März d. J. in Rangun stattfand, nahmen 1311 Delegierte von den 181 617 Mitgliedern und 703 843 Kandidaten der Lanzin teil. (Zu ihr gehören auch sogenannte Sympathisanten, das sind alle, die um Aufnahme angesucht haben, aber noch nicht aufgenommen worden sind.)



Die Shwedagonpagode, das schimmernde Wunder Ranguns

Foto TASS

Der Parteitag hat zu einer Zeit großer politischer, sozialer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Landes stattgefunden, Schwierigkeiten, die eine ganze Reihe objektiver und subjektiver Ursachen haben. Bei den sozialen und wirtschaftlichen Reformen, besonders beim Verstaatlichen des Privathandels, sahen sich die revolutionären Demokraten vor Probleme gestellt, die davon herrührten, daß diese Reformen nicht ausreichend vorbereitet, also übereilt waren. Infolgedessen entstanden Schwierigkeiten beim Versorgen der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern, nahm die Teuerung zu, wuchs die Inflation, bildete sich ein schwarzer Markt, riß Korruption ein. Das alles wirkte sich verhängnisvoll auf den Lebensstandard, namentlich in den Städten, aus. Wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten streikten 1974 und 1975 Arbeiter und Studenten.

Voriges Jahr wurde in der Armee ein Komplott gegen die Regierung aufgedeckt, dessen Anstifter Burma von seiner fortschrittlichen Entwicklung abbringen wollten.

Die regierungsfeindlichen Aufrührer suchen die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten auszunutzen, um das Regime der revolutionären Demokraten zu stürzen. Diese Bewegung entstand schon unter der bürgerlich-feudalen Regierung U Nu. Diese wollte die Opposition mit Waffengewalt niederwerfen. Die nach nationaler Einheit strebenden revolutionären Demokraten verhandelten mit allen Aufrührergruppen, aber vergebens.

Infolge der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen hielt es der III. Parteitag für angezeigt, die Ursachen eingehend zu untersuchen und ein Programm für ihre Überwindung aufzustellen. Im Rechenschaftsbericht des ZK, den Generalsekretär San Yu erstattete, gab er zu, daß der zweite Vierjahrplan für die wirtschaftliche Entwicklung Burmas nicht erfüllt worden ist. Die Bruttoproduktion hatte nur einen 2,6prozentigen Zuwachs statt der geplanten 4%. Von Jahr zu Jahr wachsen die Auslandsschulden Burmas.

Im Rechenschaftsbericht hieß es, daß im Rechnungsjahr 1975/76 vom Bruttoprodukt 34,6% auf den staatlichen, 2,3% auf den genossenschaftlichen und 63,1% auf den privaten Sektor entfielen. In der Industrie bestanden 1473 staatliche Betriebe, in denen ein Zehntel der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt war. In Privatbesitz sind noch immer 25 756 mittlere und kleine Industriebetriebe, ferner 99,69% der Agrarproduktion.

Im Rechenschaftsbericht und in Diskussionsbeiträgen wurden einige führende Persönlichkeiten scharf kritisiert, weil sie gegen Planauflagen verstoßen haben. Deshalb standen bei der Wahl des neuen Lanzin-ZK 41 bisherige ZK-Mitglieder nicht auf der Liste für die geheime Abstimmung. Nicht gewählt wurden acht Mitglieder des Staatsrats, der Ministerpräsident, sein Stellvertreter und zwei Minister.

Der Parteitag legte Richtlinien für den dritten volkswirtschaftlichen Vierjahrplan für 1978/79—1981/82 fest und betonte, daß der 20jährige Perspektivplan für die wirtschaftliche Entwicklung unbedingt erfüllt werden muß, laut dem der Anteil des staatlichen Sektors an der Landesproduktion bis zum Jahre 1997 auf 48 und der des genossenschaftlichen Sektors auf 26% gebracht werden soll.

Im Rechenschaftsbericht wurde es

als wünschenswert bezeichnet, daß sich der genossenschaftliche und der private Sektor bei „entscheidender, bestimmender Rolle des staatlichen Sektors" entwickeln sollen. Erstmalig enthält das Wirtschaftsprogramm der Lanzin einen Passus über eine eventuelle wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern und ausländischen Wirtschaftsorganisationen, einschließlich einer Gründung gemischter Unternehmen. Allerdings wird betont, daß keine wie immer geartete Auslandshilfe „die wichtigsten innerpolitischen Prinzipien antasten darf".

Außenpolitisch hat der III. Parteitag der Lanzin Burmas Kurs auf Frieden und Freundschaft mit allen Völkern auf Basis der friedlichen Koexistenz erneut bestätigt.

Die Freundschaft und Zusammenarbeit Burmas und der UdSSR entwickelt sich gut. An ihrer Wiege stand Aung San, der die Erfolge des Sowjetvolks beim Aufbau der „neuen, sozialistischen Zivilisation" sehr bewundert hat.

Die gute Einstellung des Sowjetvolkes zu den Völkern Burmas kommt in dem Begrüßungsschreiben des ZK der KPdSU an den III. Parteitag der Lanzin zum Ausdruck. Darin heißt es: „Wir sind überzeugt, daß die Freundschaft und Zusammenarbeit, die sich zwischen unseren Parteien und Völkern angebahnt haben, im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus, für Frieden und sozialen Fortschritt auch weiter erstarken und sich ausdehnen werden."

Nur 32 Jahre alt ist Aung San, der rastlose Kämpfer für die Freiheit seines Landes, geworden. Burmas Feinde hatten gehofft, nach seinem Tod die Geschichte zum Rücklauf zwingen zu können. Sie haben sich verrechnet. Die revolutionären Demokraten Burmas folgen dem Vermächtnis Aung Sans, das ihnen hilft, mit den Schwierigkeiten ihres Landes fertig zu werden und auf dem selbstgewählten, sozialistisch orientierten Weg tapfer auszuschreiten.

UdSSR – ITALIEN

HOHES TEMPO, NEUE FORMEN

Dieses Jahr wird Italien unter den entwickelten kapitalistischen Ländern wahrscheinlich nach der BRD den zweiten Platz im Handel mit der UdSSR einnehmen. Dafür sprechen die Ergebnisse der ersten drei Monate des Warenverkehrs, der mit jedem Jahr zunimmt. 1973 hatte er den Wert von 600 Mio Rubel, 1976 dagegen von 1,8 Md. Rubel. Er hat sich in den vier Jahren also verdreifacht, und es liegt alle Ursache zu der Annahme vor, daß er 1977 über 2 Md. Rubel ausmachen wird.

So urteilten die Teilnehmer einer kürzlichen Zusammenkunft von Vertretern der sowjetischen Geschäftswelt mit Walter Giuseppe Maccotta, dem neuen Botschafter Italiens in der UdSSR, Ugo Toscano, Handelsberater bei der Botschaft, und Niccolo Gioia, dem Präsidenten der Italienisch-Sowjetischen Handelskammer. Italien sei an der Zusammenarbeit mit der UdSSR interessiert und werde alles daransetzen, sie zu fördern.

Umfang und Mannigfaltigkeit des italienischen Exports nach der UdSSR nehmen zu. Zur Zeit wird über den Bau einiger Industrieobjekte des Maschinenbaus, der Chemie und der Petrolchemie sowie über die Gewinnung von Bodenschätzen verhandelt. Italienische Exporteure

PROTEKTIONISMUS GREIFT UM SICH

Wladimir LAWRENOW

Der unlängst in Rom abgehaltenen Konferenz der sogenannten Europäischen Bewegung lag ein Projekt mit dem Titel „Europäische Währungsunion" vor, verfaßt von dem Luxemburgischen Politiker Pierre Werner, der schon 1970 mit dem hochfliegenden Plan kam, bis 1980 eine EG-Wirtschafts- und Währungsunion zu bilden. Aus dem Werner-Plan wurde nichts, und in den Hauptstädten der EWG-Länder denkt man heute lieber gar nicht mehr daran. Werner aber schmiedet, wie wir sehen, weiter Unionen, obwohl jetzt für die westeuropäische Integration der Handelsprotektionismus bestimmend ist.

Besonders stark zur Geltung kam diese Seite der von den EG-Teilnehmern betriebenen Wirtschaftspolitik Ende Juni im Londoner Lancaster House, als dort der Europarat tagte. Die Regierungs- und Staatschefs der neun EG-Mitglieder beschlossen eine „Erklärung über Wachstum, Inflation und Beschäftigung". Deren Sinn in puncto Beschäftigung faßt der Pariser **Figaro** folgendermaßen auf: Die Vertreter der Westmächte hätten in London besonders eingehend den Handel mit der übrigen Welt erörtert, weil die Krise in der Textil-, Schuh- und Stahlindustrie, im Schiffbau und in der Elektronik darauf hindeute, daß auf der nächsten Ratstagung der Handelsverkehr namentlich mit Japan zur Sprache kommen werde.

Die Wirtschaftslage in der EWG läßt jetzt in der Tat zu wünschen übrig. Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter überhand: Bis April d. J. hatte die Zahl der nicht ständig Beschäftigten 5,4 Millionen erreicht. Die Inflation hört nicht auf, im April waren die Einzelhandelspreise in Großbritannien um 17,5% höher als im Mai 1976, in Irland um 16,7, in Italien um 21 und in Frankreich um 9,5%. Auch die Bilanz im Handel mit den USA ändert sich nicht zugunsten der EWG: 1976 schloß sie mit einem Passivum von 10 Md. Dollar ab. Japan führte voriges Jahr nach den EG-Ländern für 8,7 Md. Dollar mehr Waren aus, als es aus ihnen einführte.

Die gemeinsamen wirtschaftlichen Gebrechen nötigen die EG-Mitglieder auch zu gemeinsamen Schutzmaßnahmen im Handel. Neulich traf Robert Strauss, Sonderbeauftragter des USA-Präsidenten für Handelsgespräche, in Brüssel ein. Die Forderung ist immer ein und dieselbe: Das „grüne Europa" soll weniger

wollen der UdSSR demnächst auch Maschinen und Industrieanlagen für die Erzeugung von Kunstdünger, Schädlingsbekämpfungsmitteln, Kunstfasern, Farbstoffen, Kaprolaktam und anderen chemischen Artikeln liefern.

Zu einem Schwerpunkt der Geschäftsverbindungen wird immer mehr der wissenschaftlich-technische und kommerzielle Austausch auf dem Gebiet der Kernenergetik. Voriges Jahr kam ein Kontrakt zustande, laut dem die Firma Finmeccanica Anlagen für die Wolgodoner Schwermaschinenwerke liefern wird. Diese werden Bestandteile für Kernreaktoren erzeugen.

Zur Zeit wird darüber verhandelt, daß Italien am Bau einer sowjetischen Waschmittelfabrik mit einem Jahresausstoß von 200 000 t beteiligt werden soll.

„Für den Ausbau der Zusammenarbeit liegen viele Projekte vor, und einige können durchaus im Kompensationsgeschäft unter Beteiligung von Drittländern ausgeführt werden", sagte Herr Gioia.

Die italienischen Gesprächspartner wiesen auf ein neues Moment in unseren Beziehungen hin: Die Partner erwägen zur Zeit, bei ihren Abrechnungen transferable Rubel — die Verrechnungswährung der RGW-Mitglieder — zu verwenden. Das Abkommen der Mitgliedstaaten der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Verwendung des transferablen Rubels schließt eventuelle Abrechnungen mit kapitalistischen Ländern in dieser Währung nicht aus.

Keine unbedeutende Reserve für den Ausbau des für beide Seiten vorteilhaften Austauschs ist eine umfangreichere Beteiligung mittelgroßer und kleiner italienischer Firmen. Herr Gioia ist überzeugt, daß ihre Erzeugnisse in der UdSSR Absatz finden werden, weil sie von guter Qualität sind.

Um Formen für möglichst enge Wirtschaftsbeziehungen ausfindig zu machen, plant die Italienisch-Sowjetische Handelskammer für die nächsten Monate Kolloquien und andere Zusammenkünfte.

B. MEGRELISCHWILI

gegen den amerikanischen Agrarexport abgeschirmt werden.

Dieses „grüne Europa" liegt unverkennbar auch den australischen Exporteuren im Magen. „Wegen der protektionistischen Politik der EG haben wir viele Agrarmärkte verloren", klagte unlängst Australiens Ministerpräsident Fraser und fügte hinzu: „Wenn die Europäer beständige Uranlieferungen wollen, so wäre es von unserer Seite aus nicht unangebracht, für uns beständigen Zutritt zu ihren Märkten zu verlangen."

Auch Neuseeland leidet unter dem Protektionismus der EG. Zwar einigte man sich unlängst bei Verhandlungen des stellvertretenden neuseeländischen Ministerpräsidenten in Brüssel auf eine Quote für die Einfuhr von Käse und einigen anderen Molkereiprodukten seitens der EG, aber die Sache ist noch längst nicht bereinigt. Besonders gegen die getroffene Entscheidung ist Irland, es will bei der nächsten Zusammenkunft der neun Landwirtschaftsminister beantragen, daß die EG-Länder ihren Käseimport aus dem fernen Neuseeland ganz einstellen.

„Mehr Verantwortung" für die Förderung der Weltwirtschaft verlangt man in Brüssel auch vom Land der aufgehenden Sonne. Damit meint man, daß es seine Expansion auf den Märkten Westeuropas abbremsen und den Monopolen der EG mehr Zutritt zu seinen Märkten geben soll.

Nicht gerade wohlwollender verhalten sich die Neun auch zu ihren Nachbarn, sogar zu denen, die schon bei der EG anklopfen: zu Griechenland, Portugal und Spanien. Der Grund ist der gleiche: Man will keine billigeren Agrarprodukte auf den Gemeinsamen Markt lassen. Das zeigt sich besonders deutlich in den Bemühungen Frankreichs



Westeuropa kann dem japanischen Merkur nicht entrinnen.
Aus „Agefi" (Frankreich)

und Italiens, die Aufnahme der drei Länder auf die lange Bank zu schieben.

In diesem Zusammenhang schlägt man neuerdings protektionistische Töne auch einer „Ware" gegenüber an, die noch vor kurzem in der EG sehr begehrt war. Auf der Londoner Tagung beantragte Bundeskanzler Schmidt, die Bestimmungen aus dem Vertrag von Rom über die Freizügigkeit von Arbeitskräften Griechenland, Portugal und Spanien gegenüber aufzuheben. Für einen Schutz der vom Standpunkt der Beschäftigung verwundbarsten Industriebranchen setzte sich im Europarat auch Premierminister Callaghan ein.

Zur allgemein protektionistischen Einstellung in der EG kommen noch rigorosere Einzelmaßnahmen: Ende Juni schränkte Frankreich den Import einiger Baumwollstoffe und anderer Textilien aus Südostasien ein. Wie Staatssekretär Antoine Ruffenacht, der dem Minister für Industrie, Handel und Gewerbe beigegeben ist, erklärt hat, geschah das, weil man „einen Zusammenbruch der französischen Textilbranche verhüten wollte". Durch den heftigeren internationalen Konkurrenzkampf ist jetzt jeder zehnte französische Textilarbeiter stellungslos. Trotzdem kaufen Frankreichs EG-Partner, besonders die BRD und die Niederlande, billige Stoffe in Südostasien, tauschen die Etiketts aus und verkaufen die Stoffe zollfrei auf dem französischen Markt.

Die Einschränkung des Textilienimports scheint erst der Anfang zu sein. In einem Bericht, den Jacques Ferry, ein Führer des Unternehmerverbandes, beim Wirtschafts- und Sozialrat Frankreichs vorlegte, werden Maßnahmen zum Schutz einzelner Wirtschaftsbranchen vorgeschlagen, die für eine „Unabhängigkeit der europäischen Gemeinschaft" notwendig seien. Hinter den französischen Protektionisten stehen auch die englischen nicht zurück. Neulich hat London die Einfuhr japanischen Stahls eingeschränkt.

Wenn also einer von den „Europäisten" eine neue „Union" planen sollte, so wäre die treffendste Bezeichnung dafür wohl Europäische Protektionistenunion.

„STRENG VERTRAULICH"

Sergej GOLJAKOW

Am 15. September 1970 zitierte Präsident Nixon den CIA-Direktor Helms zu sich und erklärte ihm, der Amtsantritt der Regierung Allende in Chile sei für Washington absolut „inakzeptabel".

Die CIA begriff sofort. An die Leute, die die Weisung des Präsidenten auszuführen hatten, wurde sie in kürzester Zeit weitergegeben in Form „streng vertraulicher" Instruktionen und Anordnungen.

„Streng vertraulich" ist der Titel eines neuen Buches der *Iswestija*-Journalisten Wadim Kassis, Leonid Kolossow, Michail Michailow und Boris Piljazkin (*Iswestija*-Verlag, Moskau 1977). Doch handelt das Buch nicht so sehr von der Tragödie Chiles (wie viele Leiden und Unbilden die verbrecherische CIA-Aktion seinem Volk gebracht hat, weiß heute jedermann). Die Rede ist von den „streng vertraulichen" Operationen der westlichen, vor allem der amerikanischen Wühldienste, und zwar von Operationen unter der Flagge „des Kampfes um die Menschenrechte".

Wie die Autoren schreiben, ist der wirkliche Kampf um die Menschenrechte eine große und gerechte Sache. Denkt man jedoch über die Ursachen und den Ursprung der gegenwärtig im Westen um sich greifenden antikommunistischen und antisowjetischen Kampagne nach, so erkennt man, daß es ihren Urhebern gar nicht darum geht.

Den reaktionären Kräften der alten Welt ist jedes Mittel recht in ihrem aussichtslosen, aber heimtückischen Kampf gegen die Welt des Sozialismus, gegen die nationale Befreiungsbewegung und die Arbeiterbewegung: militärische Interventionen. Stützung der faschistischen und rassistischen Regimes, ideologische Wühlaktionen gegen die sozialistischen Staaten, Ermunterung des aggressiven Zionismus, die Versuche, die sozialistische Gesellschaftsordnung von innen zu erschüttern, und das Reklamelaufen für Abtrünnige als „innere Opposition" zur sozialistischen Lebensweise.

Wie die Autoren feststellen, führen die westlichen „Sowjetologen", Geheim- und Nachrichtendienste heute einen Sonderauftrag aus: Sie heizen die antisowjetische Hysterie an, um die Werktätigen im Westen von den brennenden Problemen des untergehenden Kapitalismus abzulenken, den Sozialismus in Mißkredit zu bringen, den Menschen das Mißtrauen gegen ihn und seine Verfechter, gegen die Kommunisten einzuflößen und die Entspannung zu torpedieren. Das ist der wahre Grund der Kampagne um die „Menschenrechte".

Wem hat man ihre Durchführung auferlegt? Das Buch der *Iswestija*-Journalisten ist aktuell, seine zahlreichen und verschiedensten Helden kommen aus dem Leben. Doch bei all ihrer äußeren Verschiedenheit lassen sie sich in zwei Gruppen unterteilen: in diejenigen, die ideologische Diversionen gegen das Lager des Sozialismus unter dem Deckmantel des „Kampfes um die Menschenrechte" planen und verwirklichen, und ihre Opfer, die den berufsmäßigen Seelenfängern auf den Leim gegangen sind.

Der aus der UdSSR ausgewiesene Kriminelle Bukowski wird in Übersee im Amtssitz der Regierung empfangen. Ein gewisser Amalrik, ebenfalls aus der UdSSR ausgewiesen, versucht in Paris, sich mit Gewalt den Einlaß zum Palais de l'Elysée, zum Amtssitz des Staatsoberhaupts, mit Gewalt zu verschaffen, landet allerdings auf dem Polizeirevier. Man erläutert ihm, daß Ausländer, die sich in Frankreich aufhalten, sonst nicht selbst über eine Audienz beim Präsidenten der Französischen Republik bestimmen.

Der Matrose Tschaly, dem die amerikanischen Behörden „politisches Asyl" gewährt haben, wird in der Emigrantenzeitung *Possew* gelobt — und wenige Tage später wegen Raubmordes an einem amerikanischen Taxifahrer zu lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt.

Das sind die „Dissidenten", über die man sich im Westen so gern ausläßt. Solange Bukowski, Amalrik und Co. in der UdSSR waren, wo sie die ihnen vom Gericht zugemessenen Strafen für Kriminaldelikte verbüßt hatten, funktionierte die westliche Presse sie in „uneigennützige Wahrheitssucher" und „Verfechter des Humanismus" um. Als aber diese Leute in den Westen kamen, zeigten sie ihr wahres Gesicht und schockten selbst ihre Gönner. Die Einwohner der kleinen amerikanischen Provinzstadt, in der sich Solshenizyn vor kurzem niedergelassen hat, grüßen ihn nicht mehr, seit dieser „Humanist" sein Haus mittels eines undurchdringlichen Metallzauns mit Elektronenschlössern an den Toren in eine Festung verwandelt hat.

Was kümmert das aber die Leute, die um jeden Preis den Eindruck erwecken wollen, in der UdSSR gäbe es einen Untergrund? Wenn sich der von der Propaganda aufgewirbelte Staub um die noch kürzlich gefeierten „Helden" gelegt hat, werden neue ge- bzw. erfunden. Hier ist den Feinden des Sozialismus kein Mittel zu schlecht.

Ein Student und Rundfunkamateur aus Taschkent hört in einer Sendung aus dem Ausland, daß eine menschenfreundliche Organisation „ein vollständiges Nachschlagebuch der Rufzeichen aller Amateurfunker des Planeten" anbiete. Auf seine Anfrage erhält der Student aus Schweden nicht das Buch, sondern einen Brief von einem gewissen, ihm unbekannten Herrn Björn, der ihm Freundschaft und Briefwechsel anbietet. In seinem siebenten Brief wird er sachlich: Seinen Freund aus Taschkent halte er für „einen Gesinnungsgenossen im Kampf gegen die Sowjetmacht", worauf er ihm ein Kennwort für die nächste Verbindung mitteilt.

So sieht der Student sich mit einemmal unter den Agenten der NTS, einer der reaktionärsten antisowjetischen Organisationen und Schützenhilfe westlicher Aufklärungsdienste.

Das Buch der *Iswestija*-Journalisten liefert eine ausführliche Charakteristik dieser und anderer antisowjetischen Zentralen, die sich bemühen, in der Sowjetunion künstlich, aus Mitteln westlicher Geheimdienste eine Bewegung von „Andersdenkenden" zu provozieren. Nach allem zu urteilen, sind diese ideologischen „grünen Baretts" ziemlich finanzkräftig. Anders sieht es allerdings mit Fachkräften aus. Die ehemaligen Hitlerleute, Faschisten aus den Straftrupps und Verräter,

* Вадим Кассис, Леонид Колосов, Михаил Михайлов, Борис Пиляцкин. «Совершенно секретно». М., «Известия», 1977.

die die westlichen Geheimdienste von der Gestapo und der Abwehr geerbt hatten, taugen nicht mehr. Man braucht frisches Blut, neue Agenten, die das sowjetische Leben und die heutige Generation gut kennen. Aber woher nehmen?... Da hat sich der internationale Zionismus erbötig gemacht. M. Rivlin, Generaldirektor der Jüdischen Agentur, formulierte die Aufgabe, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen: „Es gilt, in der ganzen Welt von der Lage der sowjetischen Juden zu sprechen, denn nur das kann die Emigration aus der UdSSR fördern."

Seitdem läuft der zionistische Apparat auf Hochtouren: Die New-Yorker Organisation „El Tidom" entsendet heimliche Emissare in die UdSSR; die „Studenten zum Schutz der sowjetischen Juden" wollen die Jugend bemuttern. Broschüren, Aufrufe und Prospekte werden geschrieben, Konferenzen, Kundgebungen und Demonstrationen veranstaltet. In Leningrad organisiert der zionistische Agent Levit eine Zusammenkunft von US-Kongreßleuten, die in der UdSSR weilten, mit sowjetischen Juden, denen die Ausreise aus Gründen der Staatssicherheit verweigert wurde.

Und wie ist es mit denen, die ihre Ausreisegenehmigung bekommen haben? Welchen Empfang bereitete man ihnen im Westen? Wie leben nun die ehemaligen Sowjetbürger, die sich von den Zionisten haben überreden lassen?

„... Tag und Nacht sprechen wir über unser verlassenes Heim. Was gäbe ich nicht alles darum, zu meinem geliebten Moskonzert zurückzukehren! Erst jetzt begreifen wir, daß wir daheim nichts zu schätzen wußten. Unseren Leuten fällt es sehr schwer, sich an das amerikanische Leben zu gewöhnen, für die meisten ist es einfach unmöglich. Hier dreht sich alles um Geld. Als Menschen sind nur ganz wenige zu bezeichnen, die übrigen sind Roboter, die nicht mehr menschlich fühlen können. Sie sind nur auf eines bedacht: mehr Geld zu machen... Hier ist Zersetzung und Schmutz in den Beziehungen zwischen den Menschen, hier sind Plünderung, Diebstähle, zahllose Brände und Bombenexplosionen an der Tagesordnung... Immer wieder hören wir: ‚Paßt auf eure Kinder auf, sie könnten entführt werden.' Überhaupt stehen einem die Haare zu Berge, wenn man sieht, was sich hier tut. Unser Volk ist viel sauberer, herzlicher, organisierter, hat auch mehr Kultur. Der Unterschied ist himmelschreiend", schrieb eine ehemalige Moskauerin in die UdSSR.

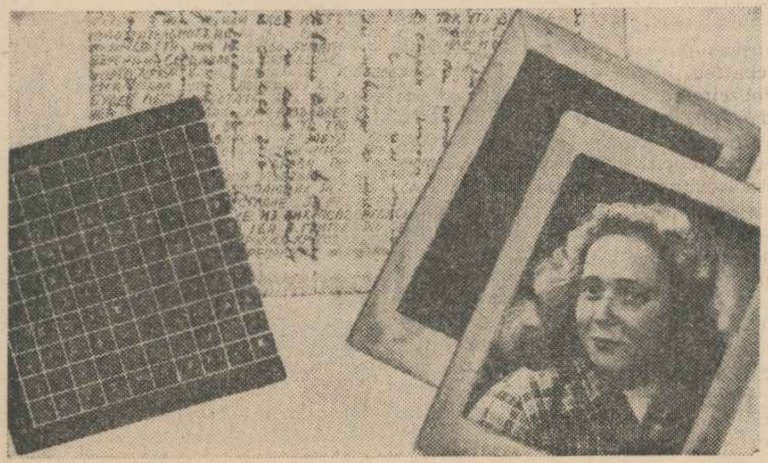
Dieser Brief voller auswegloser Verzweiflung wird von den westlichen Sendern in ihren Elaboraten über die Menschenrechte selbstverständlich nicht erwähnt. Emigranten, mitunter von ebendiesen „Stimmen" betrogen, gehen oft den westlichen Wühldiensten und -organisationen ins Netz. Diese suchen und finden unter ihnen (man muß ja in der Fremde irgendwie leben) neue Reserven für die Ausführung der „streng vertraulichen" antisowjetischen Weisungen und Instruktionen.

Wie wir in dem Buch lesen, arbeitet die internationale Reaktion an der Strategie und Taktik der Kampagne für die „Menschenrechte" von Anfang an in enger Zusammenwirkung mit den Aufklärungs- und Sonderdiensten der kapitalistischen Länder. Diese Kampagne bedeutet vor allem Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, und das ist bekanntlich seit jeher eine Domäne von Sonder- und Geheimdiensten. Gerade diese werben die „Dissidenten" an, führen die Aufträge der Entspannungsgegner aus, die sich als Verfechter der „Menschenrechte" in den sozialistischen Ländern aufspielen, und beteiligen sich eifrig daran, die Rechte von Millionen Menschen in den kapitalistischen Ländern mit Füßen zu treten.

„Die westlichen Geheimdienste wollen keine Entspannung, sie strengen sich an, den Sozialismus aufzuweichen und unter der Flagge des ‚Schutzes der Menschenrechte' die sozialen Umgestaltungen zu behindern und den Kräften der Demokratie und nationalen Befreiung in den Rücken zu fallen." Diese Worte, die im Buch zitiert werden, gehören dem ehemaligen stellvertretenden Militärattaché Belgiens, dem Berufsaufklärer Johannes Van Engelande, der sich für die Sowjetunion entschieden hat und nun auf der anderen Seite der Barrikade, gegen die Geheimdienste der NATO kämpft. In seinem Geständnis gibt es auch folgenden Satz: „Glauben Sie mir, einem Profi, ich weiß, was die ‚Menschenrechte' in der bürgerlichen Gesellschaft sind, wie sie in der ‚freien Welt' offen und insgeheim, niederträchtig, unmenschlich, täglich, ja stündlich verletzt werden."

Selbstverständlich ist das keine Offenbarung, eher eine sachliche Feststellung. Die Prätentionen gewisser westlicher Politiker, die anderen leben zu lehren, können von keinem souveränen Staat akzeptiert werden, ganz zu schweigen davon, daß die Sachlage in den kapitalistischen Ländern keinen Grund für solche Anmaßungen liefert.

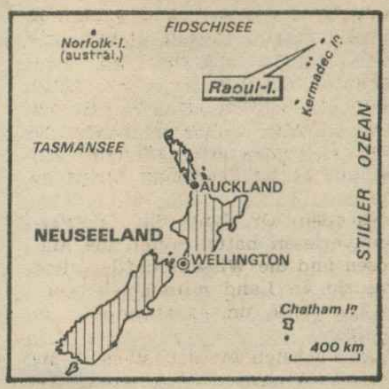
Der Versuch, den Völkern der sozialistischen Länder den fremden und bösen Willen aufzuzwingen, muß scheitern. Zu diesem Schluß läßt u. a. die Logik der zahlreichen Fakten kommen, die die *Iswestija*-Journalisten in ihrem aktuellen Buch zusammengetragen haben. ■



Aus der Ausrüstung eines NTS-Agenten, der sich dem Staatssicherheitsdienst der UdSSR freiwillig gestellt hat: eine Tarntafel, ein entwickelter Geheimbericht und eine Postkarte mit Versteck. *Aus dem Buch „Streng vertraulich"*

EINE INSEL NAMENS RAOUL

Oleg IGNATJEW



Täglich um die Mittagsstunde gab der Bordfunk unseres Forschungsschiffs, der „Kallisto", bekannt, wieviel Meilen wir seit 24 Stunden zurückgelegt haben und wieviel uns bis zur nächsten Insel bleiben, auf der das Wissenschaftlerteam arbeiten sollte. Eines Tages nannte er nach der Zahl der Seemeilen die Kermadec-Inseln und speziell die Raoul-Insel.

Auf dem Zwischendeck wurde die Verfügung Badenkows, des Expeditionsleiters, mit den Namen derjenigen ausgehängt, die auf Raoul an Land gehen sollten, und abends versammelten sie sich in der Messe, um sich von einem Expeditionsteilnehmer, dem neuseeländischen Wissenschaftler Charles Watt, über die auf Raoul geltenden Arbeitsregeln unterrichten zu lassen.

Watt, ein sehr ruhiger, großer und hagerer Mann mit einer dicken Hornbrille auf der fleischigen Nase, verlas, jedes Wort zerkauend und die meisten Vokale verschluckend, die Instruktionen der neuseeländischen Behörden.

Mit ihren 29 km² ist die Insel nämlich zum nationalen Naturschutzgebiet erklärt worden. Ehe man an Land geht, muß man sorgfältig seine Kleidung und das sonstige Gepäck in Augenschein nehmen, um nicht zufällig Erdkrümel oder Pflanzensamen einzuschleppen, die sich auf anderen Inseln Ozeaniens in Rucksack- und Zeltfalten festgesetzt haben mochten. Pflanzen für Herbarien darf man nur nach einer vorher bestätigten Liste sammeln und Bodenproben nur in bestimmter Zahl und nie mehr als ein Kilogramm nehmen. Nach getaner Arbeit muß man Konservendosen, Papier und anderen Müll aufs Schiff mitnehmen. Das Abschießen von Vögeln ist streng verboten.

Während Watt las, erinnerte ich mich an einen Vorfall, der sich kurz vorher auf Niue zugetragen hatte, das südöstlich der Fidschi-Inseln liegt.

Wir liefen Niue gegen Mittag an und gingen etwa 300 m vom Ufer vor Anker. Die Expeditionsleitung ließ Vertreter der Ortsbehörden an Bord kommen, ganz wie es sich gehört. Doch eine halbe Stunde vor Sonnenuntergang kam der Befehl, den Anker zu lichten, und die „Kallisto" fuhr etwa anderthalb Meilen hinaus und ließ sich treiben. Ich ging aufs Achterdeck, das mit anbrechender Dunkelheit sozusagen als Klub diente. Dort spielte man Domino, Schach usw., und gewöhnlich spann ein Seebär sein Seemannsgarn und fand dafür immer Zuhörer. Wenn ich nicht irre, erzählte bei der Gelegenheit, die ich jetzt meine, der zweite Mechaniker. Er erklärte, warum wir nicht über Nacht vor Niue ankerten:

„Hat jemand von euch vielleicht von der Dame Vong gehört? Die hat einen höchst seltenen Beruf: Sie ist Piratin. Die Höhlen in den steilen Uferfelsen der Insel habt ihr doch sicher bemerkt, nicht? In einer wohnt die ganze Bande, aber niemand weiß, in welcher. Hier ging schon manches Schiff vor Anker, und nachts schickte die Dame Vong Froschmänner aus, die schwammen zum Schiff, kletterten an Bord, setzten die Mannschaft aus und fuhren mit Volldampf hinaus, auf die hohe See, zu ihrem Stützpunkt, dessen Lage auch niemand kennt. So ist das, Jungs. Da läßt man sich auf alle Fälle schon lieber treiben."

Matrosen haben Sinn für Humor und belachten denn auch gehörig dieses Seemannsgarn. Auf meine Frage an Badenkow gab mir dieser statt einer Antwort ein behördliches Rundschreiben zu lesen, in dem es hieß: „Der Quarantänedienst der Cook-Insel schreibt den Kapitänen aller Cook (und Niue) anlaufenden Schiffe laut Bestimmung von 1955 vor, falls sie aus einer Gegend kommen, wo es den indischen Nashornkäfer (Oryctes rhinoceros) gibt, mindestens eine Meile weit hinauszufahren, u. zw. spätestens eine Viertelstunde vor Sonnenuntergang, und frühestens eine Viertelstunde nach Sonnenaufgang des nächsten Tages näher als eine Meile heranzukommen."



Beim Aufstieg zur höchsten Stelle der Insel sieht man links den Grünen See, rechts den Stillen Ozean

Der größte Reichtum der Bewohner von Niue ist nämlich die Kokospalme, und deren schlimmster Feind ist der besagte Käfer, ein Verwandter unseres Nashornkäfers, aber größer als dieser. Die „Kallisto" war, bevor sie Niue anlief, bei anderen Kokosinseln gewesen, und es konnten sich durchaus solche Käfer auf ihr eingenistet haben. Daher die

strenge Vorschrift. Der Käfer wird nur nachts lebendig und kann nur kurze Strecken fliegen. Daher die Verfügung, bei Anbruch der Dunkelheit hinauszufahren. Die Dame Vong (die es wirklich gibt, von der man in dieser Gegend Ozeaniens aber nie etwas gemerkt hat) hat mit der Sache überhaupt nichts zu tun.

Nachdem Dr. Watt die Instruktion verlesen hatte, holten die Matrosen und die Wissenschaftler alles, was sie an Land mitnehmen wollten, an Deck, um es gründlich zu reinigen.

Am nächsten Morgen stiegen die meisten Wissenschaftler, ohne das Wecken abzuwarten, aufs Oberdeck, bewaffnet mit Fernstechern und Kameras, denn etwa anderthalb Meilen entfernt fiel die grüne Steilküste von Raoul ins Meer ab. Interessant ist die Geschichte von der Entdeckung der Insel. In einem 1887 erschienenen Heftchen steht darüber folgendes: „Die Insel ist unter dem Namen Sunday oder Raoul allgemein bekannt. Den letzteren Namen gab ihr D'Entrecasteaux nach seinem ersten Steuermann Joseph Raoul. Der Admiral benannte die ganze Inselgruppe Kermadec, u. zw. nach dem Kapitän seines Geleitschiffes, Huon Kermadec."

Bruni D'Entrecasteaux war ein französischer Vizeadmiral, der 1791 in Frankreich mit den beiden Schiffen „La Recherche" und „L'Expérance" in See stach, um den seit 1787 in der Südsee verschollenen La Pérouse zu suchen. Am 17. März 1793 entdeckte er im Morgengrauen die Raoul-Insel. La Pérouse fand er jedoch nicht, auch keine Spuren von ihm.

Dreieinhalb Jahre später wurde die Insel zum zweiten Mal von den Engländern entdeckt. Kapitän Raven lief sie an einem Sonntag mit der „Britannia" an und nannte sie, ohne viel zu überlegen, Sunday. Auf den meisten Landkarten heißt die Insel jedoch so, wie sie ihr erster Entdecker nannte: Raoul.

Lange war sie unbewohnt. Im Jahre 1878 siedelte der Neuseeländer Thomas Bell mit Familie und mit 16 Eingeborenen von Samoa nach Raoul über (er hatte die Eingeborenen von Niue mitgebracht). Neun Jahre später lief der englische Dampfer „Stella" Raoul an. 1887 hißte ihr Kapitän, John Fairchild, auf der Insel die britische Flagge und nahm Raoul damit für England in Besitz. Jetzt gehört es zu Neuseeland, und wo einst Bells Hütte stand, befindet sich jetzt eine von neun Personen bemannte Wetterwarte. Die Wissenschaftler und die Mannschaft der „Kallisto" bereiteten sich auf die Begegnung mit ihnen vor.

Auf ein Kommando Viktor Prondjajews, des zweiten Elektrikers, wurde der schaukelnde Korb etwa vier Meter hochgehievt, der Kranausleger schwenkte um und setzte ihn auf dem nassen, glitschigen Beton des primitiven Piers ab. „Noch vier Ladungen, hörst du?" rief Viktor zu einer kleinen, am Felsen klebenden Bude hinunter, von der aus die Arbeiten der Winde geleitet wurden.

Jan McGregor, Leiter der Wetterwarte, der an den Hebeln hantierte, verstand natürlich kein Wort, zwinkerte aber lächelnd und griff nach einem Hebel, um den Korb wieder genau ins schaukelnde Boot unseres Schiffs zu befördern und ihn abermals zu heben, sobald die nächste Partie von Expeditionsteilnehmern auf den Korbrändern Platz genommen und sich an der Trosse festgehalten hatte.

McGregor war bester Laune und zeigte es auch. Die Insel ist klein, und obwohl sich seine Leute gut verstehen, ist ihr Leben doch monoton. Die Ablösung kommt nicht bald. Deshalb wurde die „Kallisto" so ungeduldig erwartet. Das erkannten wir sofort, als wir auf der Bude mit der Winde Sperrholzbretter mit der Aufschrift erblickten: „Willkommen auf Raoul!"

Die Wetterwarte besteht aus drei ebenerdigen, sehr properen, weißgestrichenen Häusern. Neben ihnen sind eine hölzerne Verkehrsampel und Verkehrszeichen angebracht: „Einbahnstraße", „Links einbiegen verboten", „15 km/h". Nicht weit davon entdeckten wir einen Tennis- und einen Golfplatz. Alles das soll das Heimweh mildern und die Illusion erwecken, daß die Heimat nahe sei.

Die Expeditionsteilnehmer hatten sich ihre Arbeit an Land ziemlich streng eingeteilt. Gleich am ersten Tag machten wir uns kurz nach Sonnenaufgang auf, um nach einem Marsch am Kraterrand entlang seine höchste Stelle, den Pik Moumou Kai, zu erreichen. Die Führung hatte der Neuseeländer Jan Curiphy, ein hagerer Mittdreißiger mit kurz gestutztem blondem Bart und gewelltem Haar, übernommen. Von Beruf ist er Ingenieur, aber auf Raoul leitet er die Farm (ein paar Kühe, etwa zwei Dutzend Schafe und zwei Paar Schweine).

Warum dieser Berufswechsel? Einfach, weil man für ein Jahr auf Raoul rund 7000 Dollar bekommt. Curiphy will Geld für seine nächste Expedition sparen. Er reist nämlich für sein Leben gern. Überhaupt haben fast alle Angestellten der Wetterwarte den Kontrakt aus materiellen Gründen geschlossen. Ein junger Mann will Geld verdienen, um zu heiraten, ein zweiter, um sich einen Wagen anzuschaffen, ein dritter, um an der Universität zu studieren.



So begrüßten uns die zeitweiligen Bewohner der Raoul-Insel

Fotos des Verfassers

Die höchste Stelle des Moumou Kai liegt ungefähr 526 m über dem Meeresspiegel. Man sollte meinen, diese Höhe sei nicht schwer zu bewältigen — man braucht ja nur rund 10 km zurückzulegen. Wir hatten also einen angenehmen Spaziergang erwartet — und wurden enttäuscht. Der Pfad stieg bald steil an, bald führte er wieder ein paar Hundert Meter abwärts, denn der Kraterkamm ist von Schluchten zerschnitten, und der Pfad folgt genau dem gezackten Kraterrand. Stellenweise gaben Bäume und Sträucher eine herrliche Aussicht auf die beiden Kraterseen frei: den Schwarzen und den Grünen.

Unsere „Informationsgruppe", die außer mir aus Viktor Babajew, einem Kameramann vom Fernsehen, und dem Matrosen Sergej Kos-

low bestand, trabte hinter Curiphy drein, und ihm stellte ich auch meine Fragen als einer, der nicht allzuviel von der Vulkanologie, der Botanik und von anderen ebenso geachteten Wissenschaften weiß. Von Natur aus wortkarg, antwortete Curiphy kurz. Auf meine Frage, wie das überall anzutreffende Gestrüpp heißt, antwortete er:

„Pohuthkawa."

„Und wie heißt das Knieholz?" wollte ich wissen.

„Pohuthkawa."

„Und die Baumriesen mit fünf Meter Umfang und knorrigen Luftwurzeln?"

„Pohuthkawa", hieß es wieder.

Entweder verstand er meine Fragen nicht, oder ich hatte sie falsch gestellt. Das unscheinbare Gestrüpp und die mächtigen Bäume können ja nicht denselben Namen haben. Als ich später Prof. Anatoli Woronow von der Moskauer Universität um Aufklärung bat, sagte er: „Doch, das kann schon sein." Ich erfuhr, daß das an den merkwürdigen Naturverhältnissen auf Raoul liegt. Die hohen Hänge des schlummernden Vulkans, die fast die ganze Fläche einnehmen, lassen ein derart verschiedenes Mikroklima entstehen, daß die Metrosideros (so heißen die hier Pohuthkawa genannten Pflanzen lateinisch) als niedriges Gestrüpp oder auch als eichengroße Bäume vorkommen.

Unterwegs zum Moumou Kai, auf einem niedrigeren Pik, von dem aus man links den Grünen See und rechts den an jenem Tag wirklich stillen Stillen Ozean sieht, bemerkten wir eine halbzerfallene Hütte und dabei unter der Krone eines Metrosideros einen verwitterten Aussichtsturm. Curiphy erläuterte: „Das war im zweiten Weltkrieg ein Beobachtungsposten der Armee Neuseelands, von dem aus japanische und deutsche Kriegsschiffe, Flugzeuge und U-Boote beobachtet wurden, die hier manchmal aufkreuzten."

Das ist längst vorbei. Die Insel ist jetzt für die Wissenschaftler da, und die Neuseeländer, die auf Raoul arbeiten, helfen unseren Wissenschaftlern, sich mit den dortigen Methoden des Umweltschutzes bekannt zu machen. Wir haben ja das gemeinsame Ziel, einmalige Weltgegenden wie die Raoul-Insel der Menschheit und der Wissenschaft unverändert zu erhalten.

An Bord der „Kallisto" zurück, fragte ich die neuseeländischen Kollegen nach ihren Eindrücken von den gemeinsamen Arbeiten mit unseren Wissenschaftlern auf der Insel. Watt sagte darauf:

„Das Forschungsprogramm der sowjetischen Kollegen hat mich sehr beeindruckt. Wir haben glänzend zusammengearbeitet. Besonders gefallen hat mir die gute Teamarbeit, mit der Sie ein bestimmtes ökologisches Problem allseitig untersuchen."

Und hier die Ansicht des bekannten neuseeländischen Forschers James Schofield:

„Unsere Einstellung zu geologischen Problemen ist verschieden, und wir begrüßen es, daß wir voneinander lernen können."

Es hieß von Raoul Abschied nehmen. Die Wissenschaftler und alle Matrosen, die nicht gerade auf Wache waren, gingen an Deck und hörten durch die Sprechanlage die Abschiedsworte McGregors, des Leiters der Wetterwarte. Hier ein kurzer Auszug daraus: „Wenn Sie in See stechen, werden wir Ihrem Schiff mit den Blicken folgen, bis es hinter dem Horizont verschwindet. Mit unseren Herzen werden wir bei Ihnen sein. Auf Raoul bleiben neun traurige Männer zurück. Ich schließe meinen Gruß mit unserem Spruch: ‚Viel Rauch für Ihren Schlot'."

Raoul-Insel—Moskau

Liebe Leser,

mit diesem Heft erhalten Sie

unsere Gratisbeilage

„Unser Russischunterricht".

Die Redaktion

DISKUSSION MIT DEM LESER

Von mancher Seite heißt es, daß die Zahl der Krankheitsfälle in Gegenden, wo Atomkraftwerke bestehen, unerhört zugenommen hat. In Ihrer Zeitschrift wird die Atomenergetik aber als das wirksamste Mittel gegen die Energiekrise bezeichnet. Könnte man nicht mit der Energie der Sonne und der Gezeiten auskommen!

Hans-Jürgen REUTER
Bernkastel, BRD



Es diskutiert

NZ-Kommentatorin

Jelena KNORRE

Leider weiß ich nicht, werter Herr Reuter, woher Sie Ihre Information über zunehmende Krankheitsfälle haben, bin aber überzeugt, daß dabei unsere sowjetischen Erfahrungen unberücksichtigt sind.

Sicher wissen Sie, daß das erste, experimentelle Atomkraftwerk in Obninsk bei Moskau gebaut wurde. Es funktioniert noch jetzt, und Obninsk ist heute der Sitz großer Forschungsanstalten, darunter eines Instituts für medizinische Strahlenkunde, das sich u. a. mit der Sicherung vor Strahlungen befaßt. Unweit der Großstädte Woronesh und Swerdlowsk sind noch zwei industrielle Atomkraftwerke mit noch größerer Leistung entstanden: das von Nowoworonesh und das von Belojarsk.

Vorher richtete die zuständige Gesundheitsbehörde in der Gegend der Baugelände viele medizinische Kontrollstationen ein. Seitdem werden dort das ganze Jahr über Boden-, Wasser-, Luft-, Laub- und Rasenproben genommen. Die Analysen auf ihre Radioaktivität hin haben ergeben, daß sie kaum anders als die natürliche ist. Ich muß Ihnen sagen, daß die Schutzvorschriften in der UdSSR sehr streng sind. Ein Betrieb, der gegen sie verstößt, wird sofort geschlossen.

Ich weiß nicht, ob Sie gehört haben, daß die Sowjetregierung beschlossen hat, im laufenden Planjahrfünft bei großen Städten des dichtbesiedelten europäischen Landesteils einige sehr große Atomkraftwerke (je 1000 Megawatt und

mehr) bauen zu lassen. Bei Leningrad ist die erste Baufolge des größten europäischen Atomkraftwerks dieser Klasse schon in Betrieb. Das erste Maschinenaggregat eines solchen Werks bei Jerewan ist fertig. Der Bau der beiden Objekte wäre nie erlaubt worden, wenn sie Menschen und Umwelt gefährden würden.

Allerdings ist die Sicherheit keine billige Angelegenheit. Auf die Schutzanlagen und den geschlossenen Zyklus des Wasserverbrauchs entfällt fast die Hälfte der Gesamtkosten. Das Kostbarste ist bei uns aber die Gesundheit der Menschen, dafür scheuen wir keine Ausgaben. Ich weiß das nicht etwa vom bloßen Hörensagen. Ich habe seinerzeit fast alle Atomkraftwerke und Baustellen für solche Objekte aufgesucht. Auch habe ich 1971 an der in Genf veranstalteten Diskussion mit führenden Sachverständigen verschiedener Länder teilgenommen.

Gewiß wäre es naiv, die Sache für ganz unproblematisch zu halten. Das Schwierigste ist, wo man mit dem bei Atomkraftwerken anfallenden stark radioaktiven Atommüll nin soll. Die jetzigen Methoden — Verglasung, Depots mit Wasserisolierung, das Versenken in stillgelegte Salinen usw. — sind nur eine vorläufige Lösung, es gibt ja noch nicht viele Atomkraftwerke auf Erden. Nach Ansicht vieler Experten ist das Versenken ins Meer absolut unzulässig. Bei uns befassen sich mehrere Institute mit diesem Problem. Auch in anderen Ländern sind Forschungen im Gange. Zweifellos wird man rechtzeitig einen Ausweg finden.

Ich sage rechtzeitig, denn ich bin fest davon überzeugt, daß die Menschheit die Treibstoffkrise nur mit Hilfe der Atomenergetik beheben wird. Sie erwähnen die Energie der Sonne, der Gezeiten und der Erdwärme. Diese Energiequellen sind aber nur von örtlicher Bedeutung. Wo scheint in Europa das ganze Jahr die Sonne? Für Wasserkraftwerke braucht man schnell fließende, wasserreiche Ströme, und das Wasserproblem folgt dem Treibstoff- und Energieproblem schon auf dem Fuße. Die 20—26 Md. t Einheitsbrennstoff, die die Menschheit braucht, können ohne die Atomenergie nicht erzeugt werden.

Die jetzige Methode, „Atome in Strom umzuwandeln", muß natürlich vervollkommnet, vielleicht sogar radikal geändert werden. Vielversprechend sind die schnellen Brutreaktoren (man muß nur verhüten, daß sie für militärische Zwecke verwendet werden). Ebenso magnetohydrodynamische Kraftwerke mit Atombeheizung. Und schließlich wollen wir doch hoffen, daß, während wir beide uns unterhalten, ein besonders günstiges Projekt im Entstehen ist, das alle Probleme mit einem Schlage lösen wird.

NZ POST

Zum Jubiläum der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sende ich dem Sowjetvolk hiermit meine herzlichen revolutionären Grüße. Bemerkenswert ist, daß gerade im Jubiläumsjahr der Revolution der Entwurf einer neuen sowjetischen Verfassung in Ihrem Land zur Diskussion gestellt worden ist. Sie wird das Unterpfand für eine neue Ära sein: die Ära des Kommunismus.

Eddi RODNEY
Georgetown, Guayana

Wir in Indien wissen sehr wohl die uneigennützige Hilfe zu schätzen, die die UdSSR unserem Lande leistet. Im Sinne der Blockfreiheit wird Indien seine Zusammenarbeit mit der UdSSR ausbauen, sowohl die wirtschaftliche als auch die kulturelle. Ich glaube, sie wird immer ein Vorbild von Beziehungen zwischen Ländern verschiedener Gesellschaftsordnung sein.

A. NARENDER KUMAR
Nirmal, Indien

Unlängst war ich auf Urlaub in Florida (USA). Dort fiel mir auf, daß die Amerikaner abends nichts als fernsehen. Von ernster, nutzbringender Lektüre kann keine Rede sein, man hat für sie keine Zeit übrig. Die Fernsehgesellschaften aber sind eifrig dabei, die Abonnenten zu verdummen und einer Hirnwäsche zu unterziehen. Daran scheint es mir zum Teil zu liegen, daß viele Amerikaner unfähig sind, die Umwelt kritisch und gerecht zu beurteilen.

Albert THUT
Guelph, Kanada

Es hat mich gefreut, wie ehrlich und richtig das britische Unterhausmitglied George Rodgers den Abscheu der sowjetischen Menschen vor dem Krieg schildert (Ihr Heft 25/77). Meine vor dem Krieg geborene Generation hat so manches erreicht, und es geht uns gut. Wir können aber nicht vergessen, daß uns der Krieg die Kindheit nahm. Mich freut, daß Mr. Rodgers die Gastfreundlichkeit meines Volkes genossen und dabei einen hervorstechenden Wesenszug der sowjetischen Menschen erkannt hat: ihre Friedensliebe.

A. SAMASCHNOI
Bohrmeister
Workuta, RSFSR

Bitte etwas über die Queen-Gruppe.

W. PASTUCHOW
Perm, RSFSR

Diese nach der englischen Queen benannte Rock-Gruppe, die sich anfangs Smile (Lächeln) nannte, entstand 1971. Die Mitglieder — Freddie Mercury (Gesang), May und Tailor (Schlagzeug) und John Deacon (Baßgitarre) — schreiben sich ihre Stücke selbst.

Seit ihrem Entstehen hat sie vier Plattenalben („Queen", „Queen II", „Bloß ein Herzanfall" und „Nacht in der Oper") sowie einige Einzelplatten herausgebracht, die Bestseller waren. Die „Böhmische Rhapsodie" belegte bei einer Umfrage der Zeitschrift **Melody Maker** für 1976 den ersten Platz.

Grundsätzliche Bedeutung für die Gruppe hatte das 1976 erschienene Album „Nacht in der Oper". Die Aufzeichnungen dauerten vier Monate und wurden gleichzeitig in drei Studios gemacht. Effektvoll ist die mehrfache Überlagerung von Melodien und Partien. Das Album war als Überblick über alle Arten des Schlagergesangs gedacht. Es zeugt vom Talent Mercurys und von der Vielseitigkeit der drei Instrumentalisten. Auch bestätigt es, wie richtig es ist, einen unlösbaren Zusammenhang zwischen der Rockmusik und der Schallplattenaufzeichnung festzustellen, die Effekte zu erzielen vermag, wie sie auf dem Konzertpodium nicht erzielt werden können.

GEMEINSAMES KOMMUNIQUÉ DER XI. DARTMOUTH-KONFERENZ

Die XI. Dartmouth-Konferenz von Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika und der UdSSR führte vom 9. bis 13. Juli 1977 in Jurmala (Lettische SSR, UdSSR) eine offene und freundschaftliche Erörterung des gegenwärtigen Standes und der Entwicklungsperspektiven der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen durch. Diese Diskussion behandelte viele Aspekte der gegenwärtigen internationalen Lage und wurde von dem beiderseitigen Streben getragen, günstige Bedingungen für die Minderung der Spannungen und die weitere Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit zu schaffen. Beide Partner stellten fest, daß in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nach den Errungenschaften der letzten Jahre bedeutende Schwierigkeiten entstanden sind; sie kamen überein, daß es für beide Länder wichtig ist, neue Anstrengungen zu unternehmen, um das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit zu festigen und zu fördern.

Erstrangige Aufmerksamkeit widmete die Konferenz den Problemen, die mit der Verhinderung eines Nuklearkrieges, der strategischen Rüstungsbegrenzung und der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen im Zusammenhang stehen sowie anderen Fragen der Abrüstung und der Sicherheit.

Zu den behandelten Themen gehörte die Entwicklung der internationalen Beziehungen in Europa nach Helsinki. Besonders hervorgehoben wurde die Wichtigkeit der KSZE-Schlußakte und ihre fundamentare Bedeutung für die Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten. Die Teilnehmer unterstrichen die Integrität der „drei Körbe" der Schlußakte und drückten die Hoffnung aus, daß in Belgrad ein konstruktiver Meinungsaustausch stattfinden und alle Bestandteile der Schlußakte in ihrem vollen Umfang weiterhin realisiert werden. Die Konferenzteilnehmer äußerten sich zu einer Frage, in der sie grundsätzlich verschiedener Auffassung sind: zum unterschiedlichen Herangehen der USA und der Sowjetunion an das Problem der Gewährleistung der Menschenrechte.

Die Konferenzteilnehmer äußerten die Hoffnung, einen baldigen Fortschritt bei den Wiener Verhandlungen über die Begrenzung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa zu erreichen.

Die Konferenzteilnehmer behandelten einen breiten Kreis von Fragen, die sich mit der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung befassen, und erörterten die ernsten Schwierigkeiten, die im Verlauf der Verhandlungen zu dieser Frage entstanden sind. Man wurde sich über die Notwendigkeit einig, so schnell wie möglich zu einem Abkommen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT II) zu gelangen, um danach über eine weitere Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen zu verhandeln. Man stimmte überein, daß sämtliche auf die Destabilisierung der Parität gerichtete Handlungen unerwünscht sind und nicht zugelassen werden dürfen.

Es wurden auch andere konkrete Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle behandelt sowie die Hoffnung ausgedrückt, daß die gegenwärtigen Verhandlungen erfolgreich verlaufen und somit die Zügelung des Wettrüstens fördern.

Es wurde die allgemeine Übereinstimmung bekundet, daß die Entspannung trotz vorhandener Differenzen weiterhin lebensfähig genug ist, um gegenseitig annehmbare Lösungen der Abrüstungsprobleme zu gewährleisten.

Die Konferenzteilnehmer stimmten überein, daß die Verhütung von Konflikten im Nahen Osten, die Beendigung des Zustandes von „weder Krieg noch Frieden", ein stabiler und allumfassender Frieden in diesem Raum den Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika wie auch der Sowjetunion entsprechen.

Beide Delegationen sind deshalb der Meinung, daß ein Fortschritt auf dem Wege zu einem gerechten und dauerhaften Frieden dringend notwendig ist. Die Genfer Konferenz sollte von ihren Kopräsidenten so schnell wie möglich einberufen werden. Es ist notwendig, daß beide Länder konstruktiv an der Konferenz mitwirken.

Die Teilnehmer der Dartmouth-Konferenz sind trotz der Differenzen in einigen konkreten Fragen der Nahostregelung überzeugt, daß für eine dauerhafte Regelung drei Hauptprinzipien berücksichtigt werden müssen:

1. Allumfassender Frieden, der allen Staaten in diesem Raum, einschließlich Israels, das Recht auf Existenz und Sicherheit garantiert.

2. Abzug Israels von allen während des Krieges von 1967 okkupierten Territorien. Zur Gewährleistung der beiderseitigen Sicherheit müssen gegenseitig anerkannte Grenzen festgelegt und als endgültig und unverletzbar erklärt werden.

3. Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechtes des arabischen Volkes von Palästina.

Der Kampf der Völker Afrikas für sozialen Fortschritt, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit erreichte ein intensives Stadium. Beide Delegationen unterstützen das Recht jedes afrikanischen Landes, seine Probleme selbst zu lösen. Beide Delegationen treten dafür ein, daß zwischenstaatliche Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln gelöst werden.

Die Konferenzteilnehmer treten für die schnellstmögliche Bildung einer Mehrheitsregierung in Südrhodesien ein, für die Erfüllung der UNO-Resolutionen über Namibia sowie die Beseitigung des Apartheidsystems in Südafrika. Beide Delegationen stimmen überein, daß auswärtige Kräfte militärische und andere Handlungen, die die Situation auf dem gesamten afrikanischen Kontinent komplizieren könnten, unterlassen.

Die Konferenzteilnehmer stellen fest, daß gegenwärtig ernste Hindernisse für einen weiteren Fortschritt in den ökonomischen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR bestehen. Hauptsächlich handelt es sich um die diskriminierende Tarifordnung für den sowjetischen Export sowie um die Beschränkung der der Sowjetunion durch die Export-Import-Bank zur Verfügung gestellten Kredite. Die Konferenzteilnehmer rufen dazu auf, in nächster Zukunft in Übereinstimmung mit den 1972 erreichten Abkommen, diese Hindernisse zu beseitigen.

Die Konferenzteilnehmer nannten eine Reihe von Gebieten, wo bereits eine ökonomische Zusammenarbeit besteht oder in nächster Zukunft entwickelt werden kann. Gemeint sind die Landwirtschaft, die Energetik und andere Ressourcen, gemeinsame Projekte in Drittländern und die Schaffung von Bedingungen für die Gewährung von kommerziellen Bankkrediten.

Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß positive Schritte auf dem Gebiet des Handels die Entspannung zum Wohle beider Länder fördern werden.

Ungeachtet der Differenzen über das Herangehen an eine Reihe von Problemen, wurde auf der XI. Dartmouth-Konferenz Übereinkunft darüber erreicht, daß es notwendig ist, die auf die Normalisierung und konstruktive Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gerichteten Anstrengungen fortzusetzen und zu intensivieren. Es fand eine breite und offene Diskussion über die politischen, sozialen und ökonomischen Fragen statt, die konstruktiv gelöst werden müssen, um eine Erosion des in den letzten fünf Jahren

schon erreichten gegenseitigen Verständnisses zwischen der UdSSR und den USA zu verhindern und die schon erzielten Übereinkünfte im Interesse unserer beiden Länder, im Interesse des weltweiten Friedens und der internationalen Sicherheit weiter zu entwickeln.

Nach Meinung der amerikanischen und sowjetischen Konferenzteilnehmer bestehen reale Möglichkeiten für einen solchen Fortschritt. Deshalb ist es notwendig, sie sowohl gegenwärtig als auch auf einer stabilen Grundlage in der Zukunft vollständig zu nutzen.

Beide Delegationen konstatierten, daß es bei aller Bedeutung der besseren bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA äußerst wichtig ist, die internationalen Organisationen im Interesse der Lösung globaler Probleme allseitig zu festigen. In diesem Zusammenhang bekräftigten beide Delegationen ihre Position zur Unterstützung der Tätigkeit und Struktur der UNO.

Die Konferenzteilnehmer unterstrichen, daß sie alle daran interessiert sind, die Öffentlichkeit beider Länder mit den Ergebnissen der XI. Dartmouth-Konferenz bekannt zu machen.

Die Teilnehmer der Konferenz dankten den lettischen Gastgebern für die große Gastfreundschaft.

Anlage I

Bericht der Arbeitsgruppe zu Fragen der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe behandelten einen breiten Kreis von Problemen, die die Rüstungsbegrenzung und -reduzierung sowie die Abrüstung betreffen, und unterstrichen, daß es wichtig ist, die Rivalität auf dem Gebiet der Rüstungen zu beenden. Dabei wurde der Begrenzung strategischer Rüstungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere wurden die bei den Verhandlungen zu dieser Frage entstandenen ernsten Schwierigkeiten erörtert. Man wurde sich über die Notwendigkeit einig, möglichst schnell zu einem Abkommen über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen (SALT II) zu gelangen. Danach sollten Verhandlungen aufgenommen werden, die eine baldige Übereinkunft über die weitere Begrenzung sowie Reduzierung strategischer Rüstungen auf der Basis des Gleichheitsprinzips zum Ziel haben, um damit die Sicherheit beider Völker und der ganzen Welt zu gewährleisten.

Die Konferenzteilnehmer diskutierten Probleme, die mit der Festigung der Stabilität des strategischen Gleichgewichts verbunden sind. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß der qualitative Wettbewerb bei der Vervollkommnung der bestehenden Systeme und die Entwicklung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen gefährliche und destabilisierende Folgen haben können. Auch andere konkrete Fragen wurden erörtert, u. a. die Wiener Verhandlungen und die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Während die Konferenzteilnehmer Meinungsverschiedenheiten zum Problem der friedlichen Kernexplosionen konstatierten, gaben sie der Hoffnung Ausdruck, daß die Bemühungen um ein vollständiges Verbot der Kernwaffentests erfolgreich sein werden.

Obwohl die Meinungsverschiedenheiten etwas größer als in den vergangenen Jahren sind, kamen die Konferenzteilnehmer zu der einheitlichen Ansicht, daß die Entspannung lebensfähig genug sei, um gegenseitig annehmbare Beschlüsse zu gewährleisten.

Anlage II

Bericht der Arbeitsgruppe zu Fragen der bilateralen ökonomischen Zusammenarbeit

Die Gruppe ist der Meinung, daß positive Schritte auf dem Gebiet des Handels den Entspannungsprozeß fördern werden, ungeachtet dessen, daß sich andere Fragen der bilateralen Beziehungen nach wie vor im Stadium der Lösung befinden. Die Gruppe konstatiert, daß gegenwärtig ernste Hindernisse für ein weiteres Voranschreiten in den ökonomischen Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA existieren. Diese Hindernisse umfassen die diskriminierende Tarifordnung in den USA für Waren des sowjetischen Exports, die Begrenzung für Kredite, die der UdSSR durch die Export-Import-Bank zur Verfügung gestellt werden, sowie die Tatsache, daß Handels- und Wirtschaftsfragen mit anderen Aspekten der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gekoppelt werden. Nach Meinung der Gruppe ist es notwendig, diese Hindernisse so schnell wie möglich zu beseitigen. Die Gruppe empfiehlt, daß die neue USA-Regierung dem Kongreß Vorschläge unterbreitet, die der 1972 erreichten Übereinkunft zwischen beiden Ländern entsprechen. Die Gruppe hält es für notwendig, daß die sich mit der Lizensierung des Exports beschäftigenden kompetenten Organe der USA die sich erweiternden ökonomischen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion im Zusammenhang mit den nationalen Interessen berücksichtigen.

Die Gruppe meint, daß das Handelsvolumen zwischen den USA und der UdSSR wahrscheinlich abnimmt, wenn keine konsequenten Schritte unternommen werden, die die Erweiterung der bilateralen ökonomischen Beziehungen begünstigen. Gegenwärtig werden einige ehemals für die USA bestimmte Handelsgeschäfte auf andere Länder umorientiert.

Die Gruppe macht darauf aufmerksam, daß es ungeachtet der bestehenden Handelsbeschränkungen Gebiete gibt, auf denen die ökonomische Zusammenarbeit realisiert wird oder in nächster Zukunft eine Entwicklung erfahren kann:

— die Landwirtschaft, wo eine langfristige Zusammenarbeit besteht und im Interesse beider Länder fortgesetzt werden sollte;

— die Energiewirtschaft, an deren Entwicklung beide Länder stark interessiert sind. In diesem Zusammenhang ist es nötig, einen Informationsaustausch über die Forschungen auf dem Gebiet der Energiewirtschaft zu führen sowie eine mögliche Zusammenarbeit bei der Erschließung und Entwicklung einiger Arten von Energieressourcen in der Sowjetunion zu prüfen (in der Absicht, einen Teil von ihnen zu exportieren);

— gemeinsame Projekte bei der Erschließung anderer Ressourcen. Einige Formen der Zusammenarbeit können Kompensationsabkommen oder andere Formen der Zusammenarbeit vorsehen, wenn sie zweckmäßig sind;

— die gemeinsame Teilnahme der UdSSR und der USA an Projekten in Drittländern. Als Beispiel kann man den Bau von Kraftwerken in Kolumbien und Kanada anführen. In diesem Fall verwirklicht das auftraggebende Land die Ausführung der Projekte, an denen die Sowjetunion, die USA und andere Staaten teilnehmen. Die Gruppe ist der Meinung, daß es notwendig ist, die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Drittländern zu untersuchen.

Die Arbeitsgruppe erörterte Fragen der Kredite in konvertierbarer Währung, die der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas gewährt werden. Dieser Frage wurde in der westlichen Presse große Aufmerksamkeit geschenkt. Die USA-Teilnehmer pflichten ihren sowjetischen Kollegen bei, daß die UdSSR durchaus imstande ist, diese Kredite zu tilgen, so daß hier keine Hindernisse bestehen, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen zu erweitern. Beide Seiten sind sich gleichzeitig darüber einig, daß es notwendig ist, die technischen Hindernisse zu beseitigen, die mit Beschränkungen verbunden sind, welche den USA-Banken verbieten, einem Kreditnehmer Darlehen, die 10% des Kapitals übersteigen, zur Verfügung zu stellen.

In der Kommission wurden Fragen der Beschaffung und des Austausches von Wirtschafts-, Industrie- und Finanzinformationen diskutiert. Man kam überein, den Informationsaustausch im durch die nationale Politik beider Länder vorgesehenen Rahmen zu erweitern.

PS

Fahrräder für Arbeitslose?

Ein Gericht in Frankfurt/M. verurteilte den Arbeitslosen K. zu drei Monaten, da er wiederholt ohne Fahrkarte in Nahverkehrszügen angetroffen wurde. K. erklärte vor Gericht, er erhalte keine Arbeitslosenunterstützung und in die Stadt fahre er auf Arbeitsuche. Der Richter empfahl K., zu Fuß zu gehen oder sich ein Fahrrad zu kaufen.

Wunder der Telepathie



Der Londoner *Daily Mirror* brachte kürzlich auf der ersten Seite ein Foto mit dem Kopf von Nessie. Wenn man der Zeitung glauben darf, hat ein geduldiger Beobachter aus einem Versteck am Ufer diesen Schnappschuß gemacht. Gefragt, wie er Nessie hervorlocken konnte, antwortete der Fotograf, ihm sei das mittels Telepathie geglückt.

Zu viel verlangt

Wie *Die Welt* berichtete, hängt in einer Jugendherberge im Harz folgende Bekanntmachung: „Es ergeht hiermit die Bitte an Amerikaner: Vor zwei Uhr morgens heimzukommen; Deutsche: Vor sechs Uhr morgens nicht aufzustehen; Italiener: Nach zehn Uhr abends nicht zu singen; Schweden: Keine Mädchen in die Herberge mitzubringen."

Du sollst nicht duzen

Gunda Herbst, eine Marktfrau aus Nürnberg, sprach einen Polizisten mit Du an, als jener sie aufforderte, ihren Gemüsestand weiter vom Fahrdamm zu entfernen. Der Bulle reichte eine Klage wegen Beleidigung einer Amtsperson im Dienst ein. Ein Gericht verurteilte Frau Herbst zu 2000 DM Strafe.

Gefängnisgalerie



In der größten Mailänder Gemäldegalerie, wo sich Bilder und Fresken der großen Renaissancemeister Raffael, Tizian und Veronese befinden, regnet es durch. Der Staat hat 200 Mio Lire für eine Reparatur der Galerie bereitgestellt. Doch im letzten Augenblick erhielt statt dessen das Mailänder Gefängnis San Vittore das Geld. Angesichts dieser Sachlage schlagen einige Kunstfreunde vor, man solle auch die Bilder ins Gefängnis schaffen. Im Kittchen tropft es nicht durch, und Gemälde dort zu klauen, ist schwieriger — wurden doch seit dem zweiten Weltkrieg aus den italienischen Museen 45 000 Kunstwerke entwendet.

Zahn auf Zahn



Der Komponist Giorgio Pizzini aus Rom stellte dem Publikum seine „Kalte Zeiten" betitelte Sinfonie vor. Sie wird nur in ungeheizten Konzertsälen zu Gehör gebracht. Zehn künstliche Kiefer sollen das Klappern der Zähne nachahmen.

Prioritäten

In Bangkok (Thailand) wurden an die Verkehrsregler Gasmasken verteilt. Doch man trug sie nur eine Woche. Der Polizeichef ordnete an, die Gasmasken abzunehmen, da man in ihnen von der Trillerpfeife nicht Gebrauch machen kann.

Mäzen gesucht

In der *Frankfurter Allgemeine* erschien folgende Anzeige: „Wir sind bankrott noch nicht ganz, aber mit Sicherheit in Kürze, wenn uns — Eishockeyclub der 1. Bundesliga mit funktionsfähigem Spielbetrieb, aber 6stelligen Schulden — nicht ein Mäzen gegen Überlassung des Werbepotentials sofort hilft. Eilangebote unter..."

Vielsagender Husten

„Husten Sie für die Sauberkeit der Luft" — das ist die Losung amerikanischer Organisationen, die Sondermaßnahmen gegen die Luftverschmutzung verlangen. Sie schlagen Gleichgesinnten vor, Kongreßabgeordnete anzurufen und lange in den Hörer zu husten, um so ihrer Unterstützung für eine Umweltschutzgesetzgebung Ausdruck zu verleihen.

Theorie und Praxis

William Wilson, ehemaliger Mitarbeiter einer Fluggesellschaft, hörte an der Universität Toronto einen kriminalistischen Vortragszyklus und beschloß dann, seine Kenntnisse praktisch anzuwenden. Wilson löste gefälschte Schecks ein und kaufte Flugtickets. Daraufhin wurde er beschuldigt, 12 Delikte begangen und einen Schaden von 3000 Dollar angerichtet zu haben. Vor Gericht halfen Wilson seine juristischen Kenntnisse nicht.

Optimistische Tragödie



Die Londoner Polizeichefs sind zufrieden: Die Zahl der Kapitalverbrechen in der Hauptstadt ist 1976 nicht so schnell gewachsen wie im Vorjahr. Doch kaum dürften die Gangsteropfer den offiziellen Optimismus teilen. Im vergangenen Jahr wurden in London etwa eine halbe Million Verbrechen verübt. Straßenüberfälle stiegen auf das Anderthalbfache. 60 000 Wohnungen wurden ausgeraubt, zudem ist die Hälfte dieser Gangster zwischen 10 und 16. Und auch die Polizei selbst hat es nicht sonderlich leicht: Über 3500 Bobbies mußten Verletzungen einstecken.

Zeichnungen
W. Tschakiridis

SOWJETISCHE AUSSENPOLITISCHE WOCHENSCHRIFT „NEUE ZEIT"

kommentiert das Geschehen auf allen Kontinenten, berichtet über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts. Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in acht Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, polnisch, tschechisch und arabisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (300 b. Fr.) — Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.

— Les Amitiés Belgo-Siviétiques, 21, rue du Meridien B-1030 Bruxelles.

BRD (16,00 DM) — Brücken-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf 1, Ackerstraße 3 (Worringerplatz), Postfach 1928

— W. E. Saarbach GmbH, Ausland-Zeitungshandel, 5 Köln 1 Follerstraße 2 — Postfach 101610. Kubon & Sagner 8 München 34, Postfach 68.

— Presse-Vertriebsgesellschaft m. b. H., Börsenstraße 13–15 6 Frankfurt am Main.

DÄNEMARK (36,00 D. Kr.) — Akademisk Boghandel Universitetsparken, Aarhus—C.

— Sputnik International Import og Boghandel, Vester Voldgade 11, 1152 København V.

— Rosenkilde og Bagger, Kron-prinsens-gade 3, København K.

— Rhodos International Tidsskrifthandel, 36, Strandgade, DK 1401 København K.

DDR (12,00 M) — Deutsche Post und deren Zusteller sowie Zeitungsvertriebsamt, 1004 Berlin, Straße der Pariser Kommune 3—4.

FINNLAND (18,00 mk) — Akateeminen Kirjakauppa Postilokero 128, 00100 Helsinki 10.

— Kansankulttuuri Oy Simonkatu 8, 00100 Helsinki 10.

— Rautakirja Oy, PL 1, 01641 Vantaa 64.

FRANKREICH (30,00 NF) — Librairie du Globe, 2, rue de Buci, 75 — Paris 6e.

Association France—U.R.S.S. 8, bd. de Mélinmontant, 75 — Paris 20e.

— Presses Universitaires de France, 12, rue Jean de Beauvais, 75 — Paris 5e.

— Les Livres Etrangers S.A. 10, rue Armand Moisant, 75 — Paris 15e

HOLLAND (17,40 H. fl.) — „Pegasus" Boekhandel, Leidsestraat 25 Amsterdam.

— Ster-boek, Visserstraat 23 Groningen.

ITALIEN (1200 Lire) — Associazione Italia—URSS, Piazza della Republica 47, 00185 Roma, Italie.

JAPAN (2400 Yen) — Nauka Ltd., 30-19, Minami-Ikebukuro 2-chome, Toshima Ku., Tokyo.

— Nisso Tosho Ltd. c/o Masumoto Bldg., 1—5—16, Suido, Bunkyo-ku, Tokyo.

JUGOSLAWIEN (41,30 Din.) — 11 000 Belgrad. „Jugoslovenska knjiga", Terazije 27/II, soba 5.

— „Prosveta" Terazije 16/1.

— 41 000 Zagreb. „Mladost", Ilica 30/1, Preradovicева 18

— 6100 Ljublana. „Drzavna Zalozba Slovenije" Titova cesta 25.

— „Cankarjeva Zalozba", Kopitarjeva 2.

— 71 000 Sarajevo. „Veselin Maslesa", S. Milutinovica 4.

— 91 000 Skopje. „Makedonska knjiga", Tiranska bb.

KANADA (4,50 Can. $) — Progress Books, 487 Adelaide St., West. Toronto 2B. Ont.

— Periodica Inc., 7045 Avenue Du Parc, Montreal 15, Qué.

LUXEMBURG (300 b. Fr.) — Messageries Paul Kraus, Case Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

NORWEGEN (36.00 N. Cr.) — A/S Narvesens Litteraturtjeneste, Bertrand Narvesens vei 2, Postboks 6140, Oslo 6.

— Tanum Cammermeyer (Subscription-Centre) Karl Johansgt. 43, Oslo 1.

— Norsk-Sovjetrussisk Samband, Rådhusgt, 8-V, Oslo.

— A/S Norsk Forlag NY DAG, Boks 3634 GB. Oslo.

ÖSTERREICH (44 S.) — „Globus"-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.

—„Das Internationale Buch", Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.

— Morawa und Co., Wien, Postfach 159.

— Österreichische Kommissionsbuchhandlung, Maximilianstraße 17, A-6029 Innsbruck.

— Gerold und Co., Graben 31, A-1011 Wien 1.

POLEN (52 Zl.) — „Ars Polonia-Ruch"-Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs.

SCHWEDEN (36,00 Sw. Kr.) — Wennergren-Williams AB, Fack S-104 25 Stockholm 30.

— A.B.C.E. Fritzes Kungl. Hovbokhandel, P.O.B. 16356, S-10327 Stockholm 16.

— Gumperts Bokhandel AB, Södra Hamngatan 35, Göteborg.

— Almqvist & Wiksell Subscription Agency 26, Gamla Brogatan Box 62, S-101 20 Stockholm.

— Förbundet Sverige-Sovjetunionen, Katarinavägen 20, 1 tr. 116 45 Stockholm.

SCHWEIZ (16,00 s. Fr.) — Genossenschaft Literaturvertrieb, Cramerstraße 2/Ecke Zweierstraße, 8004 Zürich.

— Naville et Cie S.A. 5—7, rue Lévrier, 1211 Genève.

— Librarie Rousseau 36, rue J.-J.-Rousseau, Genève.

— Pinkus et Cie, Froschaugasse 7, 8001 Zürich.

TSCHECHOSLOWAKEI (62,40 KČs) PNS-dovoz tisku; PNS-dovoz tlace.

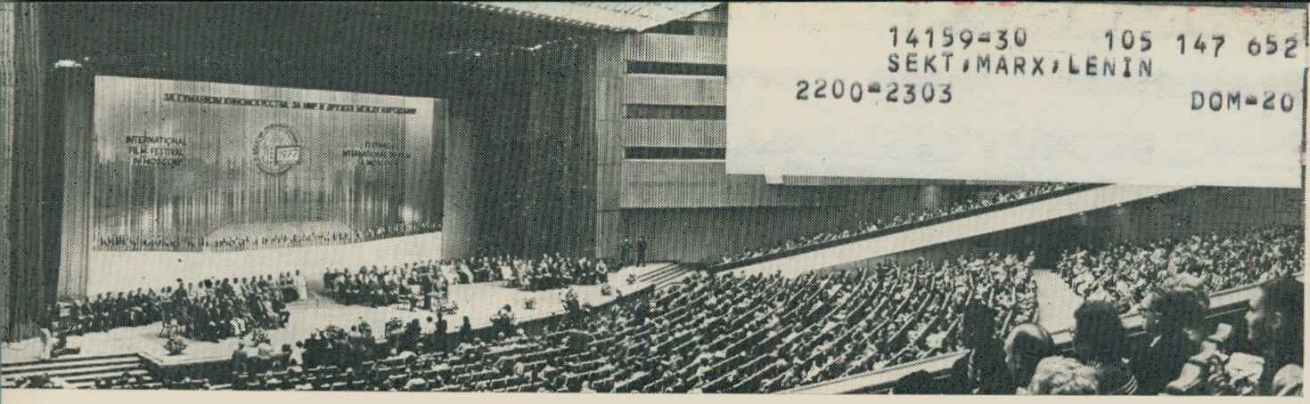
UNGARN (80 Forint) — Die Postämter

USA (5,50 $) Four Continent Book Corporation, 149, Fifth Avenue, New York N. Y. 10010.

WESTBERLIN (16,00 DM) „Das europäische Buch", 1000 Berlin 33/West, Thielallee 34.

— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62/West Hauptstraße 101.

14159=30 105 147 652
SEKT/MARX/LENIN
2200=2303 DOM=20



DIE 10. MOSKAUER INTERNATIONALEN FILMFESTSPIELE

Die Moskauer Festspiele sind nicht nur ein Wetteifern von Filmleuten aus allen Erdteilen, ein Forum, auf dem altbekannte Studios und neue aus den Entwicklungsländern repräsentiert sind. Hier tauschen außerdem Filmkünstler ihre Meinungen aus, knüpfen Kontakte mit dem wohlmeinenden und wißbegierigen sowjetischen Publikum an und tätigen Abschlüsse.

Unsere Bilder: Die Eröffnungsfeier im Kongreßpalast des Kreml ◆ Autogramme gibt die beliebte polnische Schauspielerin Barbara Brylska, Mitglied der Jury für abendfüllende Filme ◆ Der Regisseur Sembène Ousmane aus Senegal im Gespräch mit Stanislaw Rostozki, dem Vorsitzenden der Jury für abendfüllende Wettbewerbsbeiträge ◆ Der bekannte amerikanische Schauspieler Kirk Douglas als Gast der Festspiele ◆ Der namhafte italienische Regisseur Valerio Zurlini ◆ Hersteller und Darsteller des Films „Nacht über Chile". Ganz links einer der Spielleiter und Buchverfasser, Sebastián Alarcon ◆ Mata Shankar, eine Schauspielerin aus Indien.

Fotos O. Knjasew und B. Kaufman













NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
Индекс 70624

„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ
Soviet airlines